

In diesem Heft

Editorial 2

Essay

HELMUT BOCK
Wie aktuell ist Maximilien Robespierre? 5

Konkrete Utopien

LOTHAR BISKY
Plädoyer für einen libertären Sozialismus 21

Gesellschaft - Analysen & Alternativen

LÁSZLÓ ANDOR
Peripherisierung in Ungarn 52

ULRICH BUSCH
Kapitalimport und Entwicklung.
Ungarische Erfahrungen 48

CHRISTOPH BUTTERWEGGE
Sozialstaatskritik in der Bundesrepublik.
Hintergründe – Zusammenhänge – Prognosen 62

Standorte

LOLA ZAHN
Neue Ansätze in der Historiographie unter dem
Einfluß der französischen Revolutionsforschung.
Die Schule der »Annales« 70

Konferenzen & Veranstaltungen

GÜNTER BENSER
Migration und Arbeiterbewegung 78

STEFAN BOLLINGER
Keine Menschenrechte ohne Power 80

Bücher · Zeitschriften

- Carl Schmitt:
Staat, Großraum, Nomos.
Arbeiten aus den Jahren 1916-1969,
herausgegeben, mit einem Vorwort und
mit Anmerkungen versehen von Günter Maschke,
Duncker & Humblot Berlin 1995
(HERMANN KLENNER) 82
- Brita Baume, Hannelore Scholz (Hrsg.):
Der weibliche multikulturelle Blick. Schriften. Band 1,
trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1995
(ANGELIKA HAAS) 84
- Jürg Ulrich:
Leo Trotzki als junger Revolutionär,
Decaton Verlag Mainz 1995
(JOCHEN WEICHOLD) 86
- Hanna Behrend, Anneliese Braun, Hans Wagner:
Emanzipation = menschliche Selbstveränderung?
trafo verlag dr. weist Berlin 1995
(RENATE LIEBSCH) 88
- Gudrun Hentges, Guy Kempfert, Reinhard Kühnl (Hrsg.):
Antisemitismus.
Geschichte - Interessenstruktur - Aktualität,
Distel Verlag Heilbronn 1995
(ROBERT KATZENSTEIN) 89
- Claudia von Zglinicki:
Ich, Prinzessin Viola.
Ein altes Haus und seine Besetzer,
Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1995
(MARION KUNZE) 90
- Jahresinhaltsverzeichnis 1995 91
- Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren 96

Editorial

Polen hat gewählt, und der neue Präsident ist nicht der alte. Dabei hatte Walesa doch so ziemlich alles auf seiner Seite, was wichtig schien: den legendären Ruf des Solidarnosc-Helden der frühen Achtziger; den Bonus des gestandenen Reform-Präsidenten der Neunziger; die nimmermüde Hilfe langjährig einflußreicher Mitstreiter; die über alles Maß eindeutige Rückenstärkung der katholischen Kirche. Und: die Zuneigung des Westens von diversen Regierungssesseln übers Feuilleton bis hin zur Boulevardpresse und Regenbogenautobahn.

Auch an knallhartem Verbalkrieg gegen seinen Konkurrenten hat es Walesa nicht fehlen lassen; und auch nicht - für die zarteren Seelen - an wohlweislicher Inselführung seines Familienvaterseins.

Und dennoch: der Wahlsieger heißt Kwasniewski. Und dieser Kwasniewski ist ein Linker.

Das Wundern im Westen ist groß. Hatten sie nicht eindeutig gesagt, die Polen, sie wollten nie mehr Sozialismus? Und also wie der Westen sein? Und hat man ihnen dafür nicht mancherlei zugesteckt an Finanzschulderlassung und Verheißung offener Wege nach Europa?

Sie hat nicht gereicht, diese Wohltätigkeit. Denn es ist ganz offensichtlich anderes, das die Mehrheit der Polen will. Walesas Ruhm aus seinen Werfzeiten in Gdansk - was kann er noch gelten, da der Reformers zum Erzkonservativen geworden ist? Und was sein Ja zum Westen, da es sich an einen rückwärtsgewandten, eifersüchtig besitzstandswahrenden Westen wendet und nicht nach vorn?

Zweierlei vor allem scheint dominant in der polnischen Wahlentscheidung. Zum einen die Erfahrung, daß mit der Verdammung von vier Jahrzehnten allein noch keine neue Gesellschaft zu bauen ist, und mit ihr verbunden das Gefühl, daß erlebte Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu wichtig sind, um sie in Bausch und Bogen und ein für allemal über Bord zu werfen. Und zum anderen der Drang nach Europa. Aber eben nicht: nach einem Europa von Westens Gnaden. Sondern: nach echter Moderne, nach Gleichberechtigung, nach unbegrenztem Austausch mit dem Westen. Kurz: nach Europa als normalster Daseinsform.

Genau dafür aber stand Walesa nicht, und dafür steht nicht der Westen. Auch Polen erlebt - wie Laszlo Andor es in diesem Heft für Ungarn beschreibt - nicht seinen seit 1989 so sehr erträumten Einstieg mitten hinein in die europäische Wirtschaft, sondern seine Peripherisierung. Völlig falschen Träumen hätten sie nachgehungen, läßt uns Andor über so bekannte ungarische Reformers wie Laszlo

Antal wissen, denn: Sie hätten den internationalen Kontext ihrer Reformprogramme vollständig ignoriert. Das gilt wohl auch für Walesa und Kuron.

Doch nun schafft sich genau dieser Kontext rücksichtslos sein Recht. Mit ersatzloser Zerschlagung gewachsener Wirtschaftsstrukturen, mit ebenso ersatzloser Vernichtung einstiger Absatzmärkte, mit der Deklassierung einheimischer Produkte durch hemmungslosen Verdrängungs-»Wettbewerb« und mit all den wohlbekannten Folgen dessen für Wissenschaft und Kultur, Bildung und Sozialwesen. Und energischer wird folgerichtig der Ruf nach einem Gegenprogramm.

Und dies ja nicht nur in Polen oder Ungarn. Nein, das war kein Zufall: daß fast zeitgleich mit den polnischen Wahlen auch ein Ruck durch die deutschen Sozialdemokraten ging. Ein kleiner erst nur - und wohl noch lange nicht getragen von der Einsicht, daß die mit sozialdemokratischer Billigung durchgesetzte Deindustrialisierung Ostdeutschlands »nationaler« Bestandteil dieser komplexen Peripherisierung Osteuropas ist. Aber allmählich begreift man wohl doch: Peripherisierung da und Deregulierung hier - das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die beide nichts Gutes für die Zukunft verheißen: befördern sie doch neuen Nationalismus, neue Abschottung, neue Feindschaften.

Wird die Linke es schaffen, sich dem entgegenzustellen? Und wirklich neue Zeichen für Europa - das richtige, ganze - zu setzen?

WOLFRAM ADOLPHI

HELMUT BOCK

Wie aktuell ist Maximilien Robespierre?

Am Anfang der Großen Revolution der Franzosen tönnten Schallmeinen des inneren und äußeren Friedens – nicht die Alarmtrommeln des Bürger- und Staatenkrieges. Die Abgeordneten des Dritten Standes, die mit dem Ballhauschwur, eine Verfassung des Königreiches auszuarbeiten zu wollen, auf unmißverständliche Weise als Nationalversammlung auftraten, trotzten dem Auflösungsbefehl Ludwigs XVI. lediglich mit der Rhetorik des Grafen Mirabeau. Man stehe hier durch den Willen des Volkes von Frankreich: »Nur vor der Gewalt der Bajonette werden wir vom Platze weichen!« Sie erstrebten einen landesweiten Konsens für Reformen, damit die Monarchie künftighin »auf festen Grundlagen ruhen« möge.

Diese Juristen und Beamten, Kaufleute und Bankiers, Industriellen und Grundbesitzer, Schriftsteller und Gelehrten – die Majorität unter den gewählten, mit liberalen Adligen und Klerikern koalierenden Bürgern – fanden ihren aktuellen Wählerauftrag in den Cahiers des Tiers État, den Beschwerdeheften des Dritten Standes, mit sichtlichem Interesse gegen den Absolutismus des Königtums und die Privilegien des Adels formuliert. Darüber hinaus sahen sie sich durch die geistige Wegbereitung einer bereits verstorbenen Generation in die Pflicht genommen: Schüler der Enzyklopädie Diderots und d’Alemberts, Verfechter der hinterlassenen Vernunftgründe Montesquieus, Voltaires oder gar Rousseaus, wollten sie jetzt die konkrete Erneuerung von Staat und Gesellschaft auf friedlichem Wege vollziehen und auch so rasch wie möglich zu Ende bringen. Bastillesturm und Bauernrevolten lagen außerhalb ihres Wunschdenkens und geistigen Horizonts. Sie wußten in ihrer geschichtlichen Sternstunde und augenblicklichen Kurzsichtigkeit nicht, daß diese Erneuerung, die nach den frühen Umwälzungen in Deutschland und den Niederlanden im 16., nach der reiferen Revolution Englands im 17. Jahrhundert die vierte Erhebung des Bürgertums gegen das Feudalregime Europas war, noch ein anderes sein würde: jene erste und Große Revolution, in der die Rebellionen des Volkes unter der Führung wechselnder bürgerlicher Fraktionen die Macht des Adels und des Klerus radikal zerstören würden.

Jedoch hatten sie über den Pamphleten und Lesebüchern der Lumières begriffen, daß nach den ungeschriebenen Gesetzen der Natur alle Menschen als ursprünglich »gleich« gelten mußten. Sie waren daher im Namen des Naturrechts, das endlich durch die menschliche Vernunft in ein moralisches System gebracht schien,

Helmut Bock - Jg. 1928,
Prof. Dr. phil. habil., Politik-
und Kulturhistoriker, Berlin.
Publikationen u.a.:
Aufbruch in die Bürgerwelt.
Lebensbilder aus Vormärz
und Biedermeier (Hrsg.,
zus. mit Renate Plöse), Ver-
lag Westfälisches Dampf-
boot, Münster 1994.

Am 5. Januar 1996 begeht
Hermann Klenner,
Vorstandsmitglied des
»Fördervereins Konkrete
Utopien e.V.«, seinen
70. Geburtstag.
Nebenstehender Beitrag
wurde aus diesem Anlaß
geschrieben. Die Redaktion
von UTOPIE kreativ und
der Förderverein wünschen
Hermann Klenner weiterhin
Gesundheit, Glück und
Schaffenskraft.

für eine von angeborenen Vorrechten befreite Bürgerordnung und eine Humanisierung des sozialen Lebens angetreten. »Freiheit« und »Gleichheit« – von den Freimaurern als emanzipatorisches Begriffspaar popularisiert – sollten allen Individuen als unveräußerliche Menschenrechte garantiert werden. Und auch die Staatsvölker, die seit Hugo Grotius als Subjekte des Völkerrechts anzusehen waren, sollten dank »Freiheit« und »Gleichheit« ihre Souveränität genießen, ihre Unabhängigkeit gegen Aggressoren und Angriffskriege bewahren können.

Vielversprechende Anfänge

Immer noch allgegenwärtig ist die welthistorische Manifestation der französischen Nationalversammlung vom 26. August 1789. In dem Glauben, daß die Unkenntnis der Menschenrechte die »einzige Ursache« der öffentlichen Mißstände und der Verderbtheit der Regierungen sei, verkündeten die Abgeordneten diese »heiligen Rechte« in einem grundgesetzlichen Prinzipienkatalog für jedermann – in der »Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte«. Die 17 Punkte dieser Erklärung, die bequem auf zwei Flugblattseiten zu verbreiten waren, rezipierten die Leitideen der europäischen und nordamerikanischen Aufklärung. Sie besiegelten nicht nur die Liquidation des monarchischen Gottesgnadentums sowie der Privilegien des Adels und des Klerus. Sie stellten nicht nur den Grund- und Kapitalbesitz unter den Schutz der künftigen Verfassung. Die Deklaration kündigte weit darüber hinaus eine zivilisatorisch-humane Aufgabe an: den »frei« und »gleich« geborenen Menschen und Staatsbürger in einer gerecht und freiheitlich gestalteten Gesellschaft zu verwirklichen.

Es waren hohe Verheißungen, an denen sich allzubald die Realitäten der »Freiheit« und »Gleichheit« messen mußten. Hier nur einige Nervpunkte der soeben ins Leben tretenden verfassungsrechtlichen Bürgerwelt: Alle sollten zu allen Würden und öffentlichen Ämtern zugelassen sein – »ohne andere Unterschiede als ihre Tüchtigkeit und Begabung«. Die öffentliche Gewalt in Staat und Gemeinden sollte der Sicherung der proklamierten Rechte und somit dem Nutzen aller dienen – »nicht aber zum Sondervorteil derjenigen, denen sie anvertraut ist«. Für den Unterhalt der öffentlichen Gewalt und der Verwaltung war eine allgemeine Steuer vonnöten – aber bei prinzipieller Gleichberechtigung »auf alle Bürger zu verteilen nach Maßgabe ihres Vermögens«. Die Bürger sollten hinfort nicht mehr das bürokratisch gegängelte Objekt eines autoritären Staates, seiner Machthaber und Beamten sein – vielmehr das Grundrecht besitzen, »von jedem öffentlich Beauftragten ihrer Verwaltung Rechenschaft zu fordern«. Überhaupt sollte »jegliche Souveränität« in der Nation liegen, so daß »keine Körperschaft und kein einzelner« eine Autorität ausübe, die sich nicht vom Prinzip der Volkssouveränität herleite.

Aufgeschreckt vom inzwischen erfolgten Bastillesturm der Pariser Sansculotten und von der »Grande peur« bewaffneter Bauernhaufen, proklamierte die Nationalversammlung im Sturmsommer 1789 mit gebotener Eile das Grundgesetz neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie vertrat das besondere Interesse des

»Artikel 1. Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es. Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen.

Artikel 2. Der Zweck jedes politischen Zusammenschlusses ist die Bewahrung der natürlichen und unverlierbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung.«

Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte.

Bürgertums als das gemeinsame Interesse der Franzosen und der Menschheit. Und wirklich fanden sich auch im Ausland Sympathisanten in Menge, die in den Menschen- und Bürgerrechten die Prinzipien des bürgerlichen Zeitalters erblickten und diese auf ihre eigenen Nationen zu übertragen wünschten.

Neun Monate später, am 22. Mai 1790, verlautbarten dieselben Abgeordneten der konstituierenden Versammlung auch einen neuen Grundsatz der Außen- und Militärpolitik: »Die französische Nation verzichtet darauf, einen Krieg zu Eroberungszwecken zu unternehmen; sie erklärt, daß sie ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes einsetzen wird.« Das Vertrauen auf die Allmacht der Vernunft, die stille Werbekraft der großen Menschheitslehre, schien keineswegs in Frage gestellt. Mirabeau, der wortgewaltige Stimmführer für ein konstitutionelles Königtum, zugleich aber heimliche Agent Ludwigs XVI. gegen unbequeme Prinzipienreiter der Volkssouveränität, ermutigte die Nationalversammlung zu nun wiederum friedlichen Aussichten auf den baldigen Abschluß der Revolution und sogar auf ein Ende aller bisher gewaltsamen Staatenkonflikte: »Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern von uns, wo die Freiheit das Menschengeschlecht von dem Verbrechen des Krieges freisprechen und den allgemeinen Frieden verkündigen wird. Dann wird das Glück der Völker das einzige Ziel des Gesetzgebers, der einzige Ruhm der Nationen sein.« Der friedensutopische Ausspruch sollte zum gern genutzten Zitat späterer Pazifisten werden.

Der Abgeordnete Maximilien Robespierre, der mit seinen langatmig dozierenden Auftritten bisher nur die Duldung, wenn nicht den Spott seiner Parlamentskollegen geerntet hatte, interpretierte die Friedensbotschaft der Konstituante ganz anders. Er sah in ihr die Kundgabe einer langfristigen, aber möglichst gewaltfreien »Weltrevolution«. Dabei warnte er vor Machtstreben und Kriegstreiberei des Monarchen, dem er das Friedensinteresse der Abgeordneten, der Franzosen und selbst anderer Völker entgegenstellte. Der Advokat aus Arras, der sich mit idealem Fortschrittsglauben für Bürgerinteressen und Menschheitsrevolution aussprach, postierte sich gegen den dominierenden Parlamentslöwen Mirabeau als ein demokratischer Antipode. Er wurde von diesem nicht ohne Ironie charakterisiert: »Der da wird es weit bringen, denn er glaubt alles, was er sagt.«

Immerhin schienen die Deputierten darin einig zu sein, daß Krieg von Übel war. Woraus sich ergab: Der Gedanke eines gewaltsamen Revolutionsexports mit beiläufigen Land- und Kapitalgewinnen lag noch fern. Das Bestreben, den Krieg, geschweige denn die Aggression, aus dem Leben der Völker zu verbannen, konnte die Herzen des eigenen Volkes und aller Franzosenfreunde gewinnen. Der Deutsche Klopstock drückte denn auch die Freude des frankophilen Europa in Versen aus, mit denen er »Galliens Freiheit« besang:
 »Was vollbringet sie nicht!
 Sogar das gräßlichste aller
 Ungeheuer, der Krieg,
 wird an die Kette gelegt.«

»Der König wird immer versucht sein, den Krieg zu erklären, um sein Vorrecht zu vergrößern. Die Repräsentanten der Nation werden immer ein unmittelbares und selbst persönliches Interesse daran haben, den Krieg zu verhindern. Bald treten sie in die Reihen einfacher Bürger zurück, und der Krieg trifft alle Bürger... Jetzt sind die Gelegenheit und der Augenblick gekommen, jene große Revolution zu beginnen, die sich auf alle Teile der Erde erstrecken wird. Ich glaube nicht, daß es leicht ist, dabei den Gedanken an den Krieg...zu ertragen... Als ob die Streitigkeiten der Könige noch die der Völker sein könnten...«.
 Robespierre.

»Die günstigen Unternehmungen sind die, welche sich unmittelbar gegen die Tyrannen richten wie die Erhebung der Amerikaner oder wie die des 14. Juli; aber der Krieg außerhalb der Grenzen, von der Regierung unter den gegebenen Umständen herausgefordert und geführt, ist ein unsinniges Unternehmen, ein entscheidungsschwerer Gang, der zum Tode des Staatsgebildes führen kann. Ein solcher Krieg kann nur die öffentliche Meinung irreführen, von den gerechten Sorgen der Nation ablenken... Während des auerwärtigen Krieges wird das Volk ... durch die militärischen Ereignisse von den politischen Beschlüssen, die die wesentlichen Grundlagen der Freiheit betreffen, abgelenkt; es ist weniger hellhörig gegenüber den geheimen Machenschaften der die Freiheit untergrabenden Intriganten und der Regierung, gegenüber der Ohnmacht und Verderbtheit der Volksvertreter.
Robespierre: Rede gegen den Krieg,, Jakobinerklub, 2. Januar 1792.

»Die Revolution ist beendet!«

Mit Interesse und vorsätzlichem Fleiß beendeten die Abgeordneten im Jahre 1791 die Ausarbeitung der detaillierten Verfassung für eine konstitutionelle Monarchie. Die Bourbonen und ihr Anhang hingegen blieben auf den Erhalt traditioneller Vorrechte bedacht. Am 27. Februar richtete Königin Marie-Antoinette den heimlichen Notruf an ihren Bruder, den deutschen Kaiser Leopold II.: »Die Aufwiegler gewinnen gegenwärtig derart an Boden und machen mit solcher Geschwindigkeit Fortschritte, daß wir es für außerordentlich gefährlich halten, dem nichts entgegenzusetzen.«

Die Regime des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der anderen Kontinentalmächte regten sich indessen nur langsam. Allein der König in Frankreich entschloß sich zur Eile. Um seiner bevorstehenden Eidesleistung auf den Verfassungstext zu entrinnen und überhaupt jene archimedische Stange in Griff zu bekommen, die es ermöglichen sollte, die Revolution von außen her aus den Angeln zu heben, wagte Ludwig XVI. im Juni 1791 mit seiner Familie die Flucht zur östlichen Landesgrenze. Die Desertion, die Entdeckung und Verhaftung in Varennes, sodann die schmachliche Rückführung nach Paris hatten wiederum revolutionisierende Folgen.

Das Volk erriet aus dem Fluchtversuch den konterrevolutionären Gegenschlag, den die Bourbonen gemeinsam mit den Dynasten des Auslands von langer Hand vorbereiteten. Und es gab Kräfte genug, die den Volkswillen auch im dritten Revolutionsjahr freiheraus praktizierten: Bauern der Grenzregionen übten nationale Mobilmachung. In sieben Departements wurden abermals Adelsnester gestürmt. Und in Paris schürten republikanisch gesinnte Volksgesellschaften den Haß gegen die Könige, das offene Verlangen nach Abschaffung der Monarchie. Das Echo aus der Provinz antwortete prompt: »Der vorzüglichste Ruf, den ihr ausgestoßen habt, ist die Forderung nach der Errichtung der Republik in Frankreich. Diese Regierungsform ist das Meisterstück der menschlichen Vernunft, die einzige Grundlage, auf der ein freier Mensch seine Tatkraft und seine Talente entfalten kann.«

Die überwiegende Mehrheit der Nationalversammlung, die auf den König als Nonplusultra ihrer konstitutionellen Monarchie festgelegt war, fühlte sich an die Wand gedrängt. Das Gebot der Rechenschaftspflicht eines jeden Repräsentanten außer acht lassend, erklärte sie Ludwig XVI. für »schuldlos und unverletzlich«. Sie sah sogar Ziel und Zweck ihrer Revolution gefährdet: »Sind wir dabei, die Revolution zu beenden, oder sind wir dabei sie von neuem zu beginnen? Ein Schritt zuviel wäre eine verhängnisvolle, eine schuldhafte Tat. Ein Schritt zuviel in der Linie der Freiheit wäre die Zerstörung des Königtums und in der Linie der Gleichheit die Zerstörung des Eigentums.«

Zwei Tage darauf, am 17. Juli, strömte eine große Menschenmenge auf das Marsfeld zu Paris. Sie forderte die Verurteilung Ludwigs XVI., die Auflösung der alten und die Bildung einer neuen Exekutivgewalt. Da befahlen die Drahtzieher der Konstituante, die rote Fahne des kriegsrechtlichen Ausnahmezustands zu hissen, und Lafayette, der gerühmte »Held beider Welten« und

Befehlshaber der Nationalgarde, ließ die unbewaffneten Demonstranten zusammenschießen. Die Revolution entblößte auf offener Straße ihre inneren Sprengkräfte. Dem Gemetzel folgte eine Verhaftungswelle, die zeitweilige Schließung der Volksgesellschaften – und die Annahme der Verfassung am 14. September 1791 durch einen König, der seiner Nation den Treueid schwur, um ihn bei nächstbesten Gelegenheit zu brechen.

Am 30. September räumten die Deputierten der Konstituante ihre Parlamentssitze für eine neugewählte Gesetzgebende Versammlung. Nach reichlich zwei Jahren, die seit dem Ballhauschwur vergangen waren, hatten sie die allgemein-theoretischen Gedanken der Aufklärung in konkret-politische Revolutionsergebnisse umgemünzt: Anstelle der absoluten Fürstenmacht die konstitutionelle Monarchie mit beeidigter Staatsverfassung, mit Parlamentswahlen und Abgeordnetensitzen für die Klasse der wohlhabenden Steuerzahler; anstelle der Privilegien des Adels und des Klerus die Enteignung des letzteren durch den Verkauf der Kirchengüter und die Unterwerfung beider unter das formal gleichmachende Gesetz der Verfassung; anstelle der autoritären Regierungsbürokratie und der Alleinbewaffnung des stehenden Heeres die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament und das Milizsystem in Gestalt der aus besitzenden Bürgern rekrutierten Nationalgarde; anstelle der feudalen Polizeigewalt und der geheimen Gerichtsprozesse die bürgerliche Selbstverwaltung und die öffentliche Rechtsprechung; anstelle der Reglementierung aller Denkweisen, Haltungen und Tätigkeiten die grundsätzliche Freiheit der Persönlichkeit, der Meinungen, der Presse, der Versammlung, der Lehre, der Religionen und vor allem: die Freiheit des Eigentums, des Gewerbes, des Handels.

Nagelprobe dieser neuen, liberalistischen Rechtswirklichkeit war die Umverteilung des Bodens, der aus den Händen der Kirche, der Krone, der ins Ausland geflüchteten Adligen nun auf den »freien Markt« geriet. Der Grundbesitz, früher die Heilige Kuh, die zumeist unverkäufliche Basis feudaler Herrschaft, wurde auf dem Wege der Konfiskation und der Versteigerung tatsächlich zur Handelsware. Es gab keine Kapitalanlage, die zuverlässigere Gewinnchancen bot, kein Unternehmen, das sich besser als patriotische Handlung begründen ließ. Doch es bedurfte – wie man heute gerade in Ostdeutschland wiederum weiß – der eigenen Geldmittel oder der Sicherheit für Anleihen, um unter den Gewinnern dieses kapitalen Fischzuges zu sein. Weit mehr als Mittel- und Großbauern waren es landwirtschaftsfremde Kapitalisten, die unvergänglichen Plusmacher der städtischen Bourgeoisie, die den Boden Frankreichs als Anlage- und Spekulationsobjekt in ihren Besitz brachten. Die vereinigten Bodenaufkäufer und gewinnheuckenden Wiederverkäufer personifizierten eine »Freiheit«, die an den Massen der Kleinbauern, der Dorfarmut, der sansculottischen und plebejischen Stadtbevölkerung triumphierend vorbeizog.

Frankreichs frühe Bourgeoisie fand hinreichende Gründe, sich im Herbst 1791 am Ziel ihrer sanktionierten Wünsche zu fühlen. Der Abgeordnete Le Chapelier, der das berüchtigte Verbot aller

»Laßt uns begreifen, daß das Volk die einzige Stütze der Freiheit ist! Ach, wer könnte wohl die Vorstellung ertragen, es seiner Rechte durch ebendie Revolution beraubt zu sehen, die ihr Dasein seinem Mut verdankt... Verdankt ihr diese glorreiche Erhebung, die Frankreich und euch erretete, den Reichen, den Großen? Kamen jene Soldaten, die ihre Waffen dem erschreckten Vaterlande zu Füßen legten, nicht aus dem Volke? ... Schüttelte es gemeinsam mit euch das Joch der Feudalaristokratie ab, um sich erneut dem Joch der Aristokratie der Reichen zu beugen?«
Robespierre: Über die »Silbermark« und die Wählbarkeit der Bürger. Nationalversammlung, April 1791.

Streikämpfe und Arbeiterkoalitionen durchgesetzt hatte, das bis in die zweite Hälfte des nächsten Jahrhunderts überdauern sollte, redete bei Abgang der Konstituante bereits die Sprache der neuen politischen Klasse. Er wettete gegen Umtriebe im Volk, insbesondere gegen den Jakobinerklub: »Wir brauchen diese Gesellschaft nicht mehr, denn die Revolution ist beendet.« Der Revolutionsprozeß wurde mit dem Brustton des besitzenden Bürgertums, seines materiellen Interesses und politischen Führungsanspruchs für geschlossen erklärt – ein Vorgang, der bis heute seine Nachfolger und historisierenden Adepten erzeugt.

Da aber stellte Maximilien Robespierre entschlossen den Fuß in die Tür der realen Revolutionsgeschichte und verhinderte, daß sie zugeschlagen wurde: »Ich glaube nicht, daß die Revolution beendet ist.« Verspottet als »Talglicht von Arras«, hatte er in zahlreichen Parlamentsscharmützeln gegen eine hohnlachende Übermacht gefochten. Er hatte das angezweifelte Widerstandsrecht der Bastillestürmer verteidigt, das Ausnahmegesetz gegen sich empörende Volkselemente abgelehnt, die Beibehaltung der Todesstrafe zurückgewiesen. Er hatte sich für die demokratische Presse- und Versammlungsfreiheit eingesetzt. Er hatte den Ausschluß der unbemittelten Volksklassen aus dem Wahlrecht und der Nationalgarde bekämpft. Er hatte gegen die kolonialen Grundbesitzer, die ihre Arbeitskräfte zum persönlichen »Eigentum« erklärten, die Menschenrechte auch für Farbige und Sklaven verlangt. Fast immerzu Niederlagen erleidend, war er unbeirrt für den Grundsatz seines toten Lehrmeisters Jean-Jacques Rousseau eingetreten, daß allein das Volk als der ursprüngliche Träger aller Souveränität gelten müsse – woraus er folgerte: Auch die nichtbegüterten Schichten müßten in den Genuß realer »Freiheit« und »Gleichheit« gelangen.

Als er im Festzug der scheidenden Konstituante den Parlamentssaal verließ, schmückte ihn eine Volksmenge mit der Bürgerkrone aus Eichenlaub: »Nehmt entgegen den Preis eurer Bürgertugend und eurer Unbestechlichkeit. Indem wir euch krönen, geben wir der Nachwelt ein Zeichen...«

Anzweiflung der Resultate

So sprach die Stimme derer, die die Bastille gestürmt, den Adel das Fürchten gelehrt, die Flucht des Königs verhindert, überhaupt mit Geist und Tat für die Revolution gestanden hatten – sich aber wegen des mangelnden Eigentums und folglich der geringen Steuerzahlung nach wie vor als Angehörige des niederen, rechtlich benachteiligten Volkes bescheiden sollten.

Ihre politischen, bald auch sozialkritischen Sprecher nannten die bisherige Führungskraft der Revolution eine »egoistische Klasse«. Sie verurteilten unter dem Druck der unzufriedenen Massen und auch ihres eigenen moralischen Gewissens, daß die Besitzenden den Menschenrechten der »Freiheit« und »Gleichheit« das Kardinalprinzip der Freiheit und Sicherheit des »Eigentums« unterschoben. Das nämlich bedeutete in der kodifizierten Erneuerung von Staat und Gesellschaft letzten Endes: die Bevorrechtung der Eigentümer des Bodens, des Kapitals, der größeren

Produktionsmittel. Und in der Praxis des Revolutionsalltags: die Entfesselung des eiskalten Spekulantens- und Schiebertums, die gesetzlich erlaubte Bereicherung der Reichen. Aus der begrifflich noch unsicheren, immer aber polemischen Reflexion dieses Tatbestands begründeten sich gegen den zeitgenössischen bürgerlichen Liberalismus die weitertreibenden Alternativen: die Strömungen des revolutionären Demokratismus.

Die Zeitung »Ami du peuple« hatte bereits am 30. Juni 1790 gegen das Zensuswahlrecht protestiert, das allein guten Steuerzahlern – bei einer Bevölkerung von 25 Millionen lediglich 4,5 Millionen – das Wahlrecht und davon wiederum nur einer begüterten Minderheit das Recht, gewählt zu werden, einräumte. Der Verfasser und Herausgeber Jean-Paul Marat wäre nicht der radikale »Volksfreund« gewesen, hätte er sich mit Bitten begnügt: »Fürchtet, daß wir uns die Staatsbürgerrechte verschaffen werden, indem wir euch den Überfluß wegnehmen, wenn ihr sie uns aufgrund unserer Armut versagt!«

Auch der Abgeordnete Robespierre verfolgte mit Argwohn, Widerwillen, gar mit Protest die Konstituierung und Selbstbedienung der bürgerlichen politischen Klasse. So war er am 5. Dezember 1790 im Parlament mit einer sorgfältig vorbereiteten Rede erschienen. Darin erhob er Einspruch gegen den Ausschluß aller wenig besitzenden und gänzlich armen Staatsbürger aus der Nationalgarde, also gegen die Errichtung des Vorrechts der Besitzbürger auf die bewaffnete Macht. Es sei ein flagranter Verstoß gegen die Menschenrechtsdeklaration, wenn die Konstituante die Mehrheit ihrer Wähler und folglich auch Auftraggeber entrechte, indem sie ihnen nach der Aberkennung der Wahlfähigkeit nun auch das Recht der Teilnahme an der nationalen Bewaffnung versage. Hatte nicht die ebenso nationale wie menschheitliche Deklaration von 1789 die Zulassung aller zu allen Würden und Ämtern und als Zweck derselben den »Nutzen aller« versprochen – keineswegs aber den »Sondervorteil« einer Minorität von Bürgern? Seine weitere Argumentation geriet zur schneidenden Anklage: »Laßt davon ab, das Volk zu verleumden, euern Souverän zu schmähen, indem ihr ihn unablässig als der Rechte unwürdig hinstellt, als schlecht, roh, verderbt; ihr seid es, die ungerecht und verderbt sind; auf die begüterten Klassen wollt ihr seine Macht überführen... Das Volk will nur Ruhe, Gerechtigkeit, nur das Recht zu leben; die Mächtigen, die Reichen kennen nur die Gier nach Auszeichnungen, nach Schätzen, nach ausschweifendem Genuß. Das Interesse, der Wille des Volkes ist der der Natur, der Menschheit; es ist das Allgemeininteresse.«

Die Reichen und die Mächtigen! – Hier witterte einer den volksverachtenden Kompromiß zwischen neuen und alten Trägern der Herrschaft, die mögliche Koalition zwischen den Amtswaltern des Besitzbürgertums und den Adligen der königlichen Hofpartei. Nicht diese »Verräter« der ursprünglichen Ideen und Ziele – das Volk sei es gewesen, das die »Revolution gemacht« habe. Indem man es nunmehr wage, dem Souverän die eroberten Menschen- und Bürgerrechte wiederum zu rauben, werde die Einheit der Nation zerrissen: »Man will die Nation in zwei Klassen teilen,

»Zum Schutz der Freiheit und der Existenz des gemeinsamen Vaterlandes bewaffnet zu sein, ist das Recht jedes Bürgers... Dieses Recht ... irgendeinem Teile der Bürger zu nehmen und damit ausschließlich den andern zu belehnen, heißt also, gleichzeitig jene heilige Gleichheit, die das Fundament des Gesellschaftsvertrages darstellt, und die unwiderleglichsten, heiligsten Gesetze der Natur zu verletzen.«

Robespierre: Zur Zusammensetzung und Organisation der Nationalgarde, Jakobinerklub, 5. Dezember 1790.

deren eine nur bewaffnet schiene, um die andere wie einen Haufen von stets zur Meuterei bereiten Sklaven niederzuhalten! Die eine würde alle Tyrannen, alle Unterdrücker, alle öffentlichen Blutsauger umfassen; die andere das Volk!»

Das derart apostrophierte Volk waren zumeist Handwerker und Gesellen, Kleinhändler und Lohnarbeiter in der Stadt, Kleinbauern und Tagelöhner auf dem Lande: die Majorität der französischen Familienväter mit ihren Frauen, Kindern und Alten. Sie, die in Produktion und Handel als Arbeitskraft und Werterzeuger, in der Revolution als Bastillestürmer und Adelschreck, bald auch als Vaterlandsverteidiger und Monarchenstürzer, kurz: als wirkliche Aktivisten dieses historischen Umbruchs gebraucht wurden – sollten gemäß der formalen Verfassung nur als »Passiv-Bürger« gelten, denen die Rechte und Freiheiten der wohlhabenden »Aktiv-Bürger« verschlossen blieben. Das mußte zu massenhafter Resignation – oder zu Empörungen führen. Denn soweit diese Männer und Frauen des Volkes bereit waren, sich für die Revolution in die Schanze zu schlagen, stritten sie in der zähen Hoffnung: schon zu Lebzeiten reale »Freiheit« und »Gleichheit« zu gewinnen, also jeglicher Übervorteilung und Unterdrückung ein Ende zu bereiten.

Dieses existentielle Interesse und zugleich diese vollkommene Illusion war Kraftquelle der epochemachenden Umwälzung – eben der Großen Revolution, die allerdings objektiv nichts anderes als die Vorherrschaft einer »Geldaristokratie« und letzten Endes die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorbringen konnte. Aber dies war ein Resultat, das im unmittelbaren Prozeß der Erfahrung von allen, denen besitzbürgerlicher »Egoismus«, »Bereicherungstrieb«, »Machthunger« abging, nicht gewollt wurde: Es widersprach den Sehnsüchten, Erwartungen und Manifestationen von Zeitgenossen, die eine allgemeine Emanzipation der in Frankreich lebenden Unterdrückten und gar eine »Menschheitsbefreiung« erhofft hatten, bei der Gerechtigkeit und soziale Wohlfahrt glücken sollten.

Der Abgeordnete Robespierre, der zwar dem Bürgertum entstammte, aber früh schon Armut und die Gnade der Mächtigen hatte hinnehmen müssen, trat jetzt als ein solcher Volksrevolutionär und moralfordernder Ideologe auf. Pedantisch in Kleidung und Rede, bewegt von volksfreundlichen Rechtsempfindungen und einer nahezu abgründigen Lust, die Revolutionsgewinnler zu entlarven und anzugreifen, verkörperte gerade er die streitbare Rezeption von Rousseaus »Gesellschaftsvertrag«. Ob es sich um die »volonté générale« handelte, den vom Volke getragenen Allgemeinwillen des Staatswesens, oder um das Verständnis von »Freiheit« und »Gleichheit« oder um die Bestimmung des »Eigentums«, daß nämlich eine gesellschaftliche Ordnung den Menschen nur solange vorteilhaft sei, wie »ein jeder etwas und keiner zuviel« besitze – in vielen Grundsätzen sah dieser Erbwalter Rousseaus den »Gesellschaftsvertrag« verletzt, mehr noch: »verraten«. Die neuen Gesetze seien nichts anderes als »ein Werkzeug in den Händen der Reichen, um die Armen zu unterdrücken«. Vergeblich werde behauptet, daß alle »gleich geboren« seien – tagtäglich widerlege eine verhängnisvolle Erfahrung diesen Satz.

Daß das Maß und das Ziel der Revolution von einer »Aristokratie der Reichen«, schließlich der Bourgeoisie bestimmt würden, mochte Robespierre keinesfalls anerkennen. Daher forderte er seine Parlamentskollegen im Namen des Volkes vor die Schranken der von ihm verfochtenen allgemein-demokratischen Revolution: »Wer seid ihr, die ihr der Vernunft und der Freiheit zuruft: ›Ihr geht bis hierher; ihr werdet euern Schritt hemmen an dem Punkte, wo er sich nicht mehr mit den Klügeleien unseres Ehrgeizes oder unseres persönlichen Nutzens vertragen würde‹ ... Vergeblich wollt ihr durch die windigen Schliche der Schwätzelei und der Hofintrigen eine Revolution lenken, deren ihr nicht würdig seid: Ihr werdet wie hilflose Insekten in ihren unwiderstehlichen Lauf hineingerissen werden; eure Erfolge werden vergänglich sein wie die Lüge und eure Schande unvergänglich wie die Wahrheit.« Robespierre-Forscher nennen diese Rede die kühnste, die der Revolutionär je konzipierte. Rücksichtslos sagte er den Führern der Konstituante ihren persönlichen Untergang voraus.

Dennoch erstarb die Leidenschaft seiner Anklagen stets, sobald er an den Zentralnerv der neuen Ordnung – das persönliche und gesetzlich geschützte Eigentum – gelangte. Nicht die »Disproportion der Vermögen« wollte er antasten. Er sehe aber für Gesetzgeber und Gesellschaft die »heilige Pflicht«, einer Mehrheit der Nation die Mittel ihrer »unveräußerlichen Souveränität« zu belassen: die »Gleichheit der Rechte inmitten der unvermeidlichen Ungleichheit der Güter«.

Die Parlamentsmehrheit verhinderte, daß Robespierres Rede am 5. Dezember 1790 von der Tribüne verlesen wurde. Jedoch am Abend desselben Tages sprach der Ankläger im überfüllten Jakobinerklub. Graf Mirabeau, der den Vorsitz führte und dem Redner auch hier das Wort entziehen wollte, scheiterte am Beifall der Zuhörer. »Liberté! Égalité! Fraternité!« – Die epochale und unvergessliche Losung war nicht Geist vom Geiste der Bourgeoisie. Sie erklang mehr und mehr als Einforderung der Menschenrechte für das gesamte Volk und somit als ein Appell an die Besitzenden.

Von Krieg und Revolutionsexport

Während sich das Lager der Revolution differenzierte, kamen alarmierende Nachrichten aus dem Ausland. Der deutsche Kaiser Leopold und der Preußenkönig Friedrich Wilhelm II. hatten am 27. August 1791 im sächsischen Pillnitz eine konterrevolutionäre Deklaration erlassen. Sie drohten »wirksamste Mittel« an, die den Bourbonen in Paris wieder zur »größten Freiheit« ihrer Macht verhelfen sollten – machten aber zur Bedingung, daß auch die übrigen »Könige Europas« daran teilnehmen. Das war die Absichtserklärung einer militärischen Intervention, wobei jedoch die konkrete Durchführung fraglich blieb. Die Forderung des Beitritts weiterer Fürstenstaaten war noch lange nicht erfüllt. Und auch die Tatsache, daß das französische Emigrantenkorps bei Koblenz im Kurfürstentum Trier in den eigenen Reihen gänzlich zerstritten war, konnte einer Intervention keineswegs förderlich sein.

»Das Volk will nur das Nötige; es will nur Gerechtigkeit und Ruhe; die Reichen erheben auf alles Anspruch, sie wollen alles an sich reißen und alles beherrschen. Die Mißstände sind das Werk der Reichen und gehören zu ihrer Kompetenz, sie sind der Krebschaden des Volkes; das Interesse des Volkes ist das Allgemeininteresse, das der Reichen das Individualinteresse. Und ihr wollt das Volk machtlos und die Reichen allmächtig machen.«
Robespierre: Über die »Silbermark« und die Wählbarkeit der Bürger. Nationalversammlung, April 1791.

Die Deklaration von Pillnitz weckte in Frankreich eine plötzlich auftrumpfende »Kriegspartei«. Diese ignorierte die Verlegenheiten der feudalen Koalitionsmächte und die darin liegende Chance, zugunsten der Revolution auf Zeit zu spielen. Statt dessen versetzte sie den gallischen Hahn in eine nie dagewesene patriotische Erregung.

Auf Verlangen der neuen Nationalversammlung, kurz Legislative genannt, unterzeichnete Ludwig XVI. am 14. Dezember 1791 bereitwillig eine herausfordernde Protestnote, worin der Kurfürst von Trier zum Feind Frankreichs erklärt wurde, falls er die bewaffneten Emigranten nicht binnen Monatsfrist auflöste.

Am selben Tag aber riet der König in einem Geheimschreiben nach Wien zur selbstverständlichen Ablehnung dieses Ultimatus: Der »physische und moralische Zustand« mache es »Frankreich unmöglich, auch nur einen halben Feldzug durchzuhalten«. Marie-Antoinette, ebenfalls den Krieg herbeiwünschend, jubelte am gleichen Tage: »Die Dummköpfe! Sie sehen nicht, daß das bedeutet, uns einen Dienst zu erweisen.« Den König von Preußen hatte Ludwig bereits unter dem 3. des Monats gebeten, nur ja an der Intervention teilzunehmen, damit »eine wünschenswerte Ordnung der Dinge« in Frankreich wiederhergestellt und verhindert werde, »daß das uns heimsuchende Übel auf die anderen Staaten Europas« übergreife.

Die Kriegsstimmung in Frankreich wurde vornehmlich von einer Abgeordnetengruppe geschürt, die die Interessen der mittleren Bourgeoisie, vor allem der Hafenstädte vertrat – nach ihrer Herkunft aus der Gironde von späteren Historikern als »Girondisten« bezeichnet. »Ein Volk, das nach 10 Jahrhunderten der Sklaverei die Freiheit errungen hat, ...muß Krieg führen, um die Freiheit von den Lastern des Despotismus rein zu waschen«, posaunte der Wortführer Brissot am 16. Dezember 1791 im Jakobinerklub. Er fügte – noch aggressiver – am 29. vor der Legislative hinzu: »Der Krieg ist augenblicklich eine nationale Wohltat, und die einzige Kalamität, die man bedauern muß, ist die, keinen Krieg zu haben.«

Je simpler die Formulierung der Strategie, desto leichter sollte sie sich in das öffentliche Bewußtsein einprägen: »Wenn ihr mit einem einzigen Streich die Aristokratie ... austilgen wollt, dann müßt ihr Koblenz in Schutt und Asche legen.« Das sei die Patentlösung! Dann erst werde sich auch der König gezwungen sehen, gemäß der Verfassung zu regieren. Und damit man die Leidenschaften nur ja nicht verfehlte, schlug Brissot überdies noch die Pauke des nationalen Ehrgefühls: Frankreich werde »entehrt«, der »Schandfleck aller Nationen« sein, wenn es den Widerstand der Emigranten weiterhin dulde.

Aber die Einheiten der Armee waren kaum ausreichend gerüstet, die Festungen nicht verteidigungsfähig. Viele Angehörige des immer noch adligen Offizierskorps, soweit sie nicht schon desertiert waren, standen mit einem Bein im Lager des Gegners. Die sehr wahrscheinliche Situation, daß der bewaffnete Konflikt zwischen Frankreich und den Feudalregimen in der Zukunft unabweichlich, der Kampf für die Revolution also internationale

Dimensionen annehmen würde, gebot doch wohl zunächst, die Nation für den Verteidigungskrieg gründlich vorzubereiten, hingegen jeden vorzeitigen Losbruch zu vermeiden.

Statt dessen prellten die Kriegspropagandisten zu einem Angriffskrieg vor, den sie als »Präventivkrieg« bemäntelten. Sie versprachen, die Konterrevolution »mit einem Schlag« zu beseitigen. Was dabei öffentlich nicht zur Sprache kam, war die Absicht, den revolutionären Patriotismus der Demokraten und eines beträchtlichen Teils des Volkes von den innenpolitischen Differenzen abzulenken, durch den Krieg zu disziplinieren. Und noch weniger war von dem materiellen Interesse die Rede – nämlich glänzende Gewinne aus der Rüstungsproduktion, überhaupt allen nötigen Heereslieferungen zu erzielen. – Immerhin verfehlten die Appelle an das nationale Ehrgefühl ihre Wirkungen nicht. Die Mehrheiten der Legislative, des Jakobinerklubs, der weiteren Volksgesellschaften neigten zum Kampf. Sogar eine Abordnung der durchaus nicht gleichberechtigten Frauen von Paris ersuchte die Nationalversammlung um die Erlaubnis, sich Piken, Pistolen, Säbel zu beschaffen und von ehemaligen Soldaten der Französischen Garde ausbilden zu lassen.

Man bedenke die Schwierigkeit, gegen diesen Strom zu schwimmen, zumal er patriotisch eingefärbt war. Ruhm und Ehre waren nicht zu gewinnen – eher der Vorwurf der Feigheit, der Verdacht des Verrats. Es konnten daher kaum Ehrgeizlinge oder Machthungrige sein, die sich jetzt gegen die allgemeine Bewegung warfen.

Marat warnte in seiner Zeitung vor der Gefahr eines konterrevolutionären Hinterhalts, weil sich die Nationalversammlung dazu hergeben könnte, »die Nation in den Abgrund zu führen«. Andere Stimmen äußerten ebenfalls ihre Besorgnis; sie kritisierten den Zustand der Festungen, der Artillerie, der ganzen Armee, ohne deren Reorganisation ein Zusammenbruch unvermeidlich sei. Die großen politischen Rededuelle aber erfolgten im Jakobinerklub, wo Robespierre zwei Monate lang gegen die Phalanx der Brissotisten focht: Revolution mit oder ohne Angriffskrieg – das war die Frage!

Brissot hatte dieses Problem nur mit starrem Blick auf das Ausland formuliert: »Die Frage ... ist die, ob wir die deutschen Fürsten, die den Emigranten Hilfe leisten, angreifen sollen oder ob wir ihre Invasion abwarten müssen.« Robespierre aber, in seiner zweiten Antikriegsrede vom 2. Januar 1792, sah die Verhältnisse dialektisch und überdies vom Standpunkt einer entschieden revolutionären Konsequenz: »Welchen Entschluß sollen unter den gegebenen Umständen die Nation und ihre Repräsentanten hinsichtlich des inneren und des äußeren Feindes fassen?« Wohlgemerkt, hier wurden zwei Feinde genannt – und der innere zuerst!

Obwohl Robespierre noch nichts von den chiffrierten Briefen und den geheimen Sendlingen wissen konnte, die zwischen dem Pariser Hof und den ausländischen Fürsten hin und her gingen, leitete ihn sein Argwohn, den er gegen die Bourbonen stets hegte, zur richtigen Lageeinschätzung: Brissot und seine zum Krieg trommelnde Fraktion – ob sie es wollten oder nicht – waren die

»Erachten Sie für gar nichts das Willkürrecht über Leben und Tod, mit dem das Gesetz, sobald sich die Nation im Kriege befindet, unsere militärischen Patrizier bekleiden wird?... Zu diesem Zeitpunkt wird sodann die Partei der Gemäßigten, deren Anführer die Urheber dieses Komplotts sind, in das Kostüm des Patriotismus gehüllt, ihren ganzen verderblichen Einfluß geltend machen. In dem Augenblick werden die Auführer namens des öffentlichen Wohls jedem Schweigen auferlegen, der es wagen sollte, die eine oder andere Verdächtigung über das Verhalten oder die Absichten der Handlanger der ausübenden Gewalt ... sowie der Generäle auszusprechen, die ... zu Abgöttern der Nation geworden sein werden.«

Robespierre: Rede gegen den Krieg. Jakobinerklub, 2. Januar 1792.

Erfüllungsgehilfen des königlichen Hofes. Dieser selbst und die rings im Lande lauern den Konterrevolutionäre würden den Vorschlag, einen Angriffskrieg gegen die Emigranten zu beginnen, als willkommenen Gelegenheit, als eine »Falle« für die Freunde der »Freiheit« und »Gleichheit« benutzen. Wie falsch, wie gefährlich war es daher, den Patriotismus des Volkes nur nach außen zu lenken! »Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ... das wahre Koblenz in Frankreich liegt und das Koblenz des Bischofs von Trier nur einer der Schlupfwinkel der gegen die Freiheit angezettelten tiefgehenden Verschwörung ist, deren Herd, deren Mittelpunkt und deren Anführer sich in unserer Mitte befinden.«

Die Revolution, von der liberale Adlige und besitzbürgerliche Monarchisten behaupteten, daß sie zu Ende sei: War sie das wirklich? Zwar standen ihre bisherigen Resultate auf dem Papier der Verfassung, aber sie waren durch das Komplott der Konterrevolution noch immer gefährdet – und außerdem waren die Bedürfnisse und die Erwartungen des Volkes noch längst nicht erfüllt. Also hatte die Revolution keineswegs schon gesiegt! – Von dieser Überzeugung geleitet, zerpfückte Robespierre die Argumente seiner Gegner.

Auf Brissots Appell an die verletzte Nationalehre antwortete er: »Die Ehre, die Sie wiedererwecken wollen, ist der Freund und die Stütze des Despotismus... Wenden Sie dieser Ehre den Rücken oder verweisen Sie sie jenseits des Rheins, damit sie sich in den Herzen und Hirnen der Prinzen und Ritter von Koblenz eine Heimstatt suchen möge.« Die Ehre also – war keinen Krieg wert.

Aber Brissot und die Seinen hatten die Truppen der Revolution auch als »Sendboten der Freiheit« gepriesen, dazu berufen, den bürgerlichen Fortschritt mit Waffengewalt auf das »Menschengeschlecht« zu übertragen. Damit war das Problem des Revolutionsexports aufgeworfen, das hinfort durch die Weltgeschichte fluktuieren sollte – und Robespierre war der erste, der als Revolutionär dem fahrlässigen Wunschtraum von Revolutionären eine absolut abschlägige Antwort erteilte. »Sie nehmen zunächst die Last einer Eroberung Deutschlands auf sich; Sie führen unser siegreiches Heer zu allen benachbarten Völkern; Sie richten überall Gemeindeverwaltungen ein, Direktorien, Nationalversammlungen, und Sie rufen selber aus, daß dies ein stolzer Gedanke sei – als wenn das Schicksal der Reiche von unseren Redewendungen geregelt würde.«

In der Natur der Dinge liege es, daß die Vernunft nur langsam an Boden gewinne, weil der Despotismus der Herrscher die Gesinnungen der Menschen so lange wie möglich zu verderben trachte. Folglich würden die »herrlichen Weissagungen« der Brissotisten von den Tatsachen widerlegt werden: »Niemand liebt Sendboten in Waffen; und das erste, was Natur und Klugheit gebieten, ist, sie als Feinde zurückzutreiben. Eine solche Invasion ... könnte viel eher die Erinnerungen an die Verwüstungen der Pfalz und die der letzten Kriege wachrufen, als daß sie konstitutionelle Ideen zum Keimen brächte; denn die Masse des Volkes in diesen Landstrichen kennt jene Ereignisse besser als unsere Verfassung.« Die Erklärung der Menschenrechte sei nicht das

Sonnenlicht, das sogleich allen Menschen leuchte, nicht der Blitz, der in einem Augenblick alle Throne zerschmettere. Sie auf Papier zu schreiben oder in Erz zu hauen sei leichter, als ihre »geheiligten Zeichen« in der von Knechtschaft und Unwissenheit verkümmerten Seele des Menschen zum Leben zu bringen.

An diesem Punkt seiner Argumentation wandte sich Robespierre jählings gegen die Kriegspropagandisten des besitzenden und bevorrechteten Bürgertums selbst: Die Menschenrechte, als deren Sachwalter sie aufträten, würden doch auch von ihnen »jeden Tag aufs neue verkannt, mit Füßen getreten«. Die derzeitige Verfassung, die man die »Tochter« der Menschenrechtsdeklaration nenne, gleiche ihrer Mutter nur wenig – sie sei »geschunden und befleckt von den unreinen Händen« derer, die in Frankreich auf eine neue Tyrannei hinarbeiteten. »Ehe die Wirkungen unserer Revolution bei den fremden Nationen zu spüren sein könnten, muß sie feststehen. Ihnen die Freiheit bringen wollen, bevor wir sie uns selbst erobert haben, hieße, unsere eigene Versklavung und zugleich die der ganzen Welt herbeiführen.« Und gerade der Krieg, von dem die Regierung vorgebe, ihn nur »außerhalb der Grenzen« ausfechten zu lassen, sei das Mittel, die Volksmassen innerhalb Frankreichs wiederum in Ketten zu legen.

Gleich seinen Zeitgenossen, die von der Geschichte Roms ihre Traditionsbilder ableiteten, erinnerte dieser selbsternannte Tribun an die Erfahrungen des Altertums: »Wenn das Volk gegenüber den Anmaßungen des Senats und der Patrizier seine Rechte beanspruchte, erklärte der Senat den Krieg, und das Volk vergaß seine Rechte und seinen Schimpf, befaßte sich nur mit dem Krieg, überließ seine Macht dem Senat und bereitete den Patriziern neue Triumphe.« Aus der römischen Vergangenheit sprang die Argumentation sogleich wieder in die französische Gegenwart: »Der Krieg ist gut ... für die Spekulanten, die auf derartige Ereignisse scharf sind; er ist gut für die Minister, deren Verrichtungen er in einen dichteren und fast geheiligten Schleier hüllt; er ist gut für den Hof, er ist gut für die Regierung, deren Ansehen, Popularität, Einfluß er vergrößert; er ist gut für die Koalition der Adligen, der Intriganten, der Gemäßigten, die Frankreich regieren.«

Dieser politische Klügel werde seine »Helden« an die Spitze der Armee stellen, wo sie das Vertrauen des Soldaten gewannen, um diesen gegen die wahren Revolutionäre zu kehren: »Ein Mensch, der vor dem Verrat am Vaterland zurückschrecken würde, kann von gerissenen Führern dazu gebracht werden, den besten Bürgern das Schwert in die Brust zu stoßen; das heimtückische Wort »Republikaner« und »Auführer«, das von der Sekte der scheinheiligen Vaterlandsfeinde ersonnen wurde, kann die irreführte Unwissenheit gegen die Sache des Volkes bewaffnen.« Die Absonderung des Soldaten in Standquartieren und Feldlagern, seine Eingliederung in die Armeekorps – das alles werde dazu dienen, ihn von den normalen Staatsbürgern zu trennen. Unter den hochtrabenden Bezeichnungen »militärische Disziplin« und »Ehre« werde der »Geist des blinden absoluten Gehorsams« ganz unmerklich an die Stelle der Freiheitsliebe und der Volksverbundenheit gesetzt, welche doch nur durch ein Leben mit dem

»Als ihr die Freiheit als vornehmstes aller menschlichen Güter, als heiligstes von der Natur empfangenes Recht bezeichnetet, habt ihr mit Fug und Recht erklärt, daß ihr durch die Rechte des andern eine Grenze gesetzt sei. Weshalb habt ihr dieses Prinzip nicht auf das Eigentum angewendet – sind die unwandelbaren Naturgesetze weniger unverletzlich als die Menschenverträge? Ihr habt die Artikel vervielfacht, um der Verwaltung des Eigentums die größte Freiheit zu gewährleisten, und ihr habt nicht in einziges Wort gesagt, um seine gesetzlichen Merkmale festzulegen, so daß eure Erklärung nicht für die Menschen, sondern für die Reichen, die Unersättlichen, die Spekulanten und Tyrannen gemacht scheint. Ich schlage vor, diese Mängel abzustellen...

Artikel 7. Das Eigentum ist das Recht jedes Bürgers auf Nutznießung und freie Verfügungsgewalt über den Teil der Güter, der ihm durch das Gesetz garantiert ist.

Artikel 8. Das Eigentumsrecht wird wie alle anderen Rechte begrenzt durch die Verpflichtung, die Rechte des anderen zu achten.

Artikel 9. Es kann weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum der Mitmenschen Eintrag tun.

Artikel 10. Jede Besitznahme, jedes Handelsgeschäft, das gegen dieses Prinzip verstößt, ist unzulässig und unmoralisch.

Artikel 11. Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen, indem sie ihnen Arbeit gibt oder denen, die arbeitsunfähig sind, die Existenzmöglichkeit sichert.

Artikel 12. Die notwendige Hilfe für die Armut ist eine Schuld des Reichen gegenüber dem Armen; das Gesetz hat die Art und Weise festzulegen, in der diese Schuld zu begleichen ist.«
Robespierre: Rede zur Neufassung der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Nationalkonvent, 24. April 1793.

Volke wachzuhalten seien. Was also war die Absicht der Interessengruppen, die da für Krieg wirkten? – »Der Untergang der patriotischen Partei ist das große Ziel aller ihrer Anschläge; was wird, sobald man sie einmal vernichtet hat, anderes übrigbleiben als die Sklaverei!«

Hier kämpfte der »Unbestechliche« wiederum im Interesse einer revolutionären Volksdemokratie. Er sah das unnötige Wagnis des Angriffskrieges. Er sah die kommenden Kriegslasten auf dem Rücken der Massen. Er sah den Aufstieg »unserer militärischen Patrizier« mit ihrem Willkürrecht über Leben und Tod und somit die von ihnen ausgehende Gefahr, daß der Verfassungsstaat seiner ohnehin noch mangelhaften »Freiheit« und »Gleichheit« durch kriegsmäßige Ausnahme Gesetze beraubt würde. Sogar nach einem schließlichen Sieg werde das Damoklesschwert eines »ehrgeizigen Generals« über dem Staatswesen hängen. Statt eines selbst provozierten Krieges schlug Robespierre am 11. Januar 1792 energische Maßnahmen zur Vorbereitung eines künftig vielleicht notwendigen – und dann erst wahrhaftigen Verteidigungskrieges vor.

Wie und warum werden Kriege gemacht? Wie verheerend können sie wirken – nicht nur in den Feindländern, sondern auch gegen das eigene Volk? In diesen erbitterten Streitreden um Krieg oder Frieden enthüllte Robespierre den Jakobinern und Sansculotten von Paris wohl erstmalig das »Geheimnis der Außenpolitik« problematischer, nicht wahrhaft demokratischer Regimes. »Sie sagen, ich entmutige die Nation. Nein, ich kläre sie auf... Und hätte ich nichts anderes getan, als so viele Fallen aufzudecken, als so viele falsche Ideen und schlechte Prinzipien zu widerlegen, als dem Überschwang einer gefährlichen Begeisterung Einhalt zu tun, ich hätte die öffentliche Meinung ein gutes Stück vorwärtsgebracht und dem Vaterland einen Dienst erwiesen.«

Wie alle Mitglieder der früheren Konstituante war Robespierre kein Abgeordneter der jetzigen Legislative. Er mußte daher seinen augenblicklichen Antikriegskampf im Jakobinerklub führen. Seine Gegner aber waren die neuen Abgeordneten, und wenn sie im Klub nicht standhalten konnten, blieb ihnen noch immer Gelegenheit, auf die Parlamentstribüne zu steigen oder die Pressetrommel zu rühren. So gelang es ihnen, die Oberhand zu gewinnen. Aus ihren Reihen berief der König neue Minister. Das girondistische Ministerium Roland leugnete die Tatsache, daß der Kurfürst von Trier nachgegeben, die Auflösung der bewaffneten Emigrantenhäufen befohlen hatte. Es stellte den Koalitionsmächten des Pillnitzer Abkommens sofort ein letztes Ultimatum. Diese würdigten die zuspitzende Note keiner Antwort, rüsteten nun kräftig und berieten in Potsdam den Offensivplan ihres Feldzuges gegen Paris.

Da warf das Ministerium Ludwigs XVI. dem Feind, den es nachgerade herbeigewünscht hatte, den Fehdehandschuh ins Gesicht: Am 20. April 1792 erfolgte die Kriegserklärung an Österreich – begründet als »gerechte Verteidigung eines freien Volkes« gegen den »ungerechten Angriff eines Königs«. Denselben Monarchen verriet Marie-Antoinette schon am 26. März in einem Geheimschreiben die Einzelheiten der französischen Angriffsplanung.

Problematisierender Ausblick

Wir eilen zum Schluß der Betrachtung und fassen zusammen: Die neue politische Klasse trieb Frankreich in einen Angriffskrieg, womit sie – wie schon gesagt – die kritische Stimmung der minderberechtigten Massen von den Konflikten im Innern ablenken und kanalisieren wollte. Wie stets, bot der Krieg selbst auch genügend Fischgründe für Schieber und Spekulanten, die in Rüstungswerkstätten und Heeresarsenalen, nicht zuletzt in den kriegsmäßig kontingentierten Volkszuteilungen an Brot und anderen Lebensmitteln ihre Netze auslegten. Die Politiker und das damalige Unternehmertum konnten freilich bei alledem die Pillnitzer Deklaration deutscher Feudalfürsten und deren Hilfe bei den Umtrieben französischer Emigranten als hinreichende Herausforderungen anführen. Erst recht das spätere Manifest des Herzogs von Braunschweig – obwohl es sich ebenfalls in der Sprache der Aufklärung auf »Vernunft, Gerechtigkeit, Frieden« berief und nun seinerseits den Angriff Frankreichs zum »ungerechten Krieg« erklärte – ließ keinen Zweifel daran, daß hier die Ziele einer konterrevolutionären Intervention verfochten wurden.

Ob aber zu Anfang 1792 in der Tat schon jene »kritische Phase« erreicht war, die den Krieg zwischen der bürgerlichen Revolution und den feudalen Dynastien der Nachbarländer unaufschiebbar machte, ist das politisch-historische Problem. Zeitgenossen wie Robespierre und Marat sahen den Krieg Frankreichs unter der Führung inländischer Revolutionsgewinnler und Konterrevolutionäre. Sie verneinten daher die Lauterkeit und die Zweckmäßigkeit dieser militärischen Offensive und befürworteten lediglich die gründliche Vorbereitung eines volksmäßigen, revolutionär-demokratischen Verteidigungskrieges. Bei dem Ringen um einstweilige Friedenserhaltung brachten sie ihre zeitüberdauernden Argumente für Revolution und Volksdemokratie, gegen Nationalismus, Militarismus und Kriegstreiberei hervor. - In einer ebenfalls kritischen Retrospektive hat auch der jüngst verstorbene Nestor der ostdeutschen Revolutionsforschung Walter Markov geurteilt: »Dieser Krieg vom April war von Nachteil, nicht von Vorteil, eine Erschwerung, nicht eine Beschleunigung, eine zusätzliche Hypothek, nicht Abwurf von Ballast für die ausstehende Vollendung der Revolution, und gespickt mit Versuchungen, sie vom geraden Weg abbiegen zu lassen.«

Jetzt begann ein Staatenkrieg, der die Revolution – den Bürgerkrieg – bis auf den Grund aufwühlte. Weit tiefer und gewaltiger als es dem bevorrechteten Bürgertum, geschweige denn dem Adel lieb sein konnte. Aus den Gefahren, die die Koalition der Feudalmächte und bald auch Großbritanniens gegen Frankreich heraufbeschwor, erwachsen die inneren Triebkräfte, die das Revolutionsgeschehen über die strategischen Ziele, taktischen Rücksichten und egozentrischen Interessen der Führungsklasse hinausdrängten: Nicht genug, daß der fürstliche Absolutismus zugunsten der konstitutionellen Monarchie hatte verzichten müssen – die konstitutionelle Monarchie mußte der bürgerlichen Republik weichen, und diese Republik wiederum radikalisierte sich zur revolutionären Jakobinerdiktatur.

Die allgemein bekannten Fakten der Französischen Revolution werden hier im einzelnen nicht belegt. Nützlich für Interessierte ist noch immer: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789 – 1799, Bd. 1: Aussagen und Analysen, Bd. 2: Gesprochenes und Geschriebenes, Leipzig 1982. Die angeführten Robespierre-Zitate gründen sich auf: Oeuvres Maximilien Robespierre, ed. A. Laponneraye, Paris 1840; Oeuvres Maximilien Robespierre, t. VI: Discours 1789 – 1790, ed. M. Bouloiseau, G. Lefebvre et A. Soboul, Paris 1950; Maximilian Robespierre: Habt ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt? Reden, hrsg. v. K. Schnelle, Leipzig 1958. – Der für die Zeit der Französischen Revolution verwendete Begriff der »Volks-Demokratie« findet sich auch bei: C. Mazauric: Einige Überlegungen zur Französischen Revolution und zur Konstituierung der herrschenden Klasse, in: Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Nr. 14, Frankfurt a. M. 1988, S. 100 – 113. Im vorstehenden Essay ist entgegen einer älteren marxistischen Schreibweise nicht »Direktherrschaft der Bourgeoisie« gemeint, sondern eine an die Macht gelangte »politische Klasse« des Bürgertums, die mit den Mitteln von Staat und Recht die Hegemonie der Bourgeoisie sukzessive verwirklichte und zugleich die Freisetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung beförderte.

Es ist die heroische Tragödie dieser Revolutionsgeschichte, daß gerade diejenigen den Krieg Frankreichs zum Sieg führen mußten, die seinen Ausbruch entschieden abgelehnt hatten. Die zum Gipfel der Nation aufsteigenden Robespierre, Marat und Genossen – zeitweilige Sachwalter des Bürgertums und zugleich fähig, sich mit Sansculotten und Plebejern, Kleinbauern und Dorfarmut zu verbünden – setzten die Aktivkraft der Massen frei. Sie deklarierten und organisierten die »levée en masse«. Sie stampften die neuen Armeen hervor. Sie peitschten mit Hilfe revolutionärer Gesetze, volksfreundlicher Versprechungen, moralisierender Propaganda und eines sehr zweischneidigen Terrors, der Konterrevolutionäre und Spekulanten verfolgte, aber auch Unschuldige, engagierte Revolutionäre, voproletarische und radikale Oppositionsführer mordete, den Entscheidungskampf vorwärts. Sowohl die innere als auch die äußere Konterrevolution wurde geschlagen. Dann, zwischen den Interessen des Bürgertums und den Bedürfnissen der unteren Volksschichten lavierend, mußten sie fallen, sobald die historische Aufgabe der nationalen Verteidigung erfüllt war. Auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der nun selbst guillotinierten Jakobinerführer triumphierte die frühe Bourgeoisie. Die Revolution verebte mit dem Umsturz der Thermidorianer, mit dem Zwischenspiel des Direktoriums und schließlich, im achten Jahr der Republik, mit dem Militärputsch des vorhergesagten »ehrgeizigen Generals«.

Und was wurde aus den schönen Verheißungen, die 1789 und 1790 aus Paris gekommen, auch von deutschen Dichtern mit Freude begrüßt worden waren? Man lese Friedrich Schillers Verse zum »Antritt des neuen Jahrhunderts« und begreife die Verzweiflung, mit der dieser idealische Schöpfer des Freiheitsrebellens Karl Moor, Sänger der »Ode an die Freude«, widersätzliche Ehrenbürger der Französischen Republik auf fragwürdige Revolutionsresultate und ein blutig zerstrittenes Europa blickte:

»Wo öffnet sich dem Frieden,
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?
Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,
Und das neue öffnet sich mit Mord....
Zwo gewaltige Nationen ringen
Um der Welt alleinigen Besitz;
Aller Länder Freiheit zu verschlingen,
Schwingen sie den Dreizack und den Blitz.«

Poseidons Dreizack, das Wahrzeichen der Herrschaft über die Meere, und der Blitz, die Waffe des obersten Gottes Zeus – es waren die beiden bürgerlichen Staaten England und Frankreich, die mit antiken Metaphern der deutschen »Klassik« nunmehr zu Recht als sehr fragwürdige Freistätten für Freunde der »Freiheit« und »Gleichheit« sowie als Rivalen einer räuberischen Welteroberung angeklagt wurden.

LOTHAR BISKY

Plädoyer für einen libertären Sozialismus

Prof. Lothar Bisky hat für die Reihe controvers, herausgegeben von der Grundsatzkommission der PDS, eine Broschüre zum Thema Freiheit statt Sozialismus geschrieben. Sie setzt sich mit den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen der beiden großen politischen und sozialen Bewegungen, des Liberalismus und Sozialismus, in den vergangenen 150 Jahren und mit der Notwendigkeit auseinander, diese beiden durchaus widersprüchlichen Ideen auf neuer Grundlage zusammenzubringen. Der Autor hat UTOPIE kreativ vorab den vierten und letzten Teil seines Manuskripts »Plädoyer für einen libertären Sozialismus« zur Verfügung gestellt (Im ersten Teil werden Liberalismus und Sozialismus als gemeinsame Traditionen behandelt; im zweiten die Auseinanderentwicklung beider Bewegungen im 20. Jahrhundert; im dritten unter der Überschrift »Ende des Liberalismus?« die neuen Herausforderungen an gesellschaftliche Entwicklung nach dem Kollaps des Staatssozialismus.).

Lothar Bisky - Jg. 1941,
Kulturwissenschaftler, Prof.
Dr., Vorsitzender der PDS.

Nach dem Scheitern des DDR-Sozialismus sind gesellschaftliche Alternativen nicht überflüssig geworden, sie sind geradezu überlebensnotwendig. Für die sozialistische Linke ist das in besonderem Maße die Frage danach, ob trotz dieses Kollaps Sozialismus eine tragfähige Idee dafür bleibt. Ich selbst beantworte diese Frage positiv, denn Sozialismus war geschichtlich viel mehr als der undemokratische Versuch eines Staatssozialismus in Osteuropa (ich verwende diesen Begriff, um auf die zentrale Rolle der Verstaatlichung und die geringe der Vergesellschaftung von Eigentum und Macht hinzuweisen). Marx und Engels, Weitling, Saint-Simon, Owen, Bakunin, Bebel, Rosa Luxemburg, Gramsci und viele andere standen für emanzipatorisch geprägte Vorstellungen. Mein Festhalten an Begriff und Idee des Sozialismus hat aber auch einen höchst aktuellen Bezug. Die Erhaltung der Natur, der Existenzgrundlagen künftiger Generationen, Frieden, Zurückdrängung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, die Überwindung der entsetzlichen Not im Süden der Erde und die Durchsetzung einer solidarischen Weltwirtschaft - das sind Aufgaben, die bei Dominanz der Kapitalverwertung, der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts nicht lösbar sind. Und umgekehrt: Diese Ziele zu realisieren - wovon das zivilisatorische Überleben abhängt - kann nur mit realer Hegemonie gesellschaftlicher Kräfte gelingen, deren Kampf auf die Lösung gesellschaftlicher und menschheitlicher Probleme gerichtet ist.

Ich nenne eine solche Entwicklung, eine solche Bewegung sozialistisch. Dominanz, Vorherrschaft bedeutet dabei natürlich nicht Alleinherrschaft einer Partei, einer Klasse oder eines Prinzips, und das ist gut so.

Marx war ein leidenschaftlicher Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, ihren zivilisatorischen Fortschritt und ihre Errungenschaften anzuerkennen. Für ihn und Engels war sie eine Gesellschaft, die sich grundlegend von den früheren Ordnungen unterschied - die erste moderne Gesellschaft. Vor allem in drei Besonderheiten gesellschaftlicher Entwicklung trat diese »Moderne« hervor:

Erstens war die kapitalistische Produktionsweise durch Entwicklungsoffenheit gekennzeichnet. Marx und Engels charakterisierten sie im Kommunistischen Manifest in prägnanter Weise: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen.«¹

Zweitens: An die Stelle früherer persönlicher Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse traten sachliche, rechtlich regulierte wirtschaftliche und politische Herrschafts- und Machtverhältnisse, die im Manifest als »politischer Fortschritt« bezeichnet wurden: »Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹.«²

Drittens: Die Grundwerte der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) bedeuteten zwar in der Praxis ganz und gar nicht soziale Gleichheit und solidarische Verfaßtheit der bürgerlichen Gesellschaft, waren aber durchaus auch Ausdruck eines realen Fortschritts.

Die Gesellschaften in den hochentwickelten Industriestaaten sind von diesen Momenten geprägt, in diesem Sinne »moderne Gesellschaften«. Wir haben in der PDS in den vergangenen Jahren diese Kennzeichnung sicherlich manchmal inflationär verwendet. Aber sie bewußt hinsichtlich dieser Eigenschaften zu benutzen, halte ich auch in Auseinandersetzung mit unseren Fehlern und den Defiziten der DDR-Gesellschaft für wichtig. Mit dieser Charakterisierung allerdings ist jedoch noch nichts über die sozialen, ökologischen, politischen Konsequenzen gesagt. Angesichts der Dominanz von Kapitalverwertung, Profitorientierung handelt es sich um eine Moderne mit bedrohlicher Entwicklungstendenz: Ausbeutung des Menschen und Ausplünderung der Natur, Expansion von Kapitalverwertung und Vermarktung sind offensichtlich ihr Daseinsprinzip. Das Geld ist noch weit mehr als in der Vergangenheit, zum Beispiel zu Marx' Zeiten, zum Regulativ, Maßstab aller gesellschaftlichen Beziehungen geworden; es

1 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 465.

2 Ebenda, S. 464.

dringt in alle Poren der Gesellschaft ein. Es ist der große Gleichmacher, denn Nahrungsmittel, Mieten, Gesundheit, Kunst, selbst viele zwischenmenschliche Beziehungen lassen sich in Geldwert ausdrücken. Und es ist der große Ungleichmacher: nie hat sich so viel Reichtum in so wenigen Händen konzentriert, nie waren soziale Gegensätze so groß wie jene zwischen den Oberschichten im Norden der Erde und den Verhungerten im Süden. Die kapitalistische Moderne ist zerstörerisch, und kaum jemand, der dies noch nicht sieht. Ihre schrecklichen Seiten müssen überwunden, ihre expansive Tendenz gefesselt, ihre zivilisatorischen Errungenschaften sorgfältig gehütet werden. Was wie die Quadratur des Kreises anmutet, scheint mir die einzige Chance eines Ausweges zu sein. »Weiter so« geht es praktisch nicht mehr. Die Reproduzierbarkeit von Natur und menschlicher Kultur oder, wenn man so will, von außer- und innermenschlicher Natur, gerät spürbar an ihre Grenzen. Zurück zum Staatssozialismus à la DDR oder Sowjetunion geht es auch nicht. Er fiel im Wettstreit der Systeme vor allem in den siebziger und achtziger Jahren auf den meisten Gebieten immer weiter zurück und war im übrigen auf einigen der wichtigsten viel zu wenig alternativ (Emanzipation als Selbstverwaltung und Selbstbefreiung, Ökologie, Überwindung der Wachstumsideologie zum Beispiel).

Beim Bedenken von Alternativen ist schließlich auch eine neue Erscheinung moderner Gesellschaftsentwicklung zu beachten (sie hat aber in die Ursprünge bürgerlicher Gesellschaftsentwicklung zurückreichende Wurzeln): Die heutigen entwickelten Gesellschaften sind hochdifferenziert. Sie haben komplizierte soziale, politische, ökonomische und kulturelle Strukturen. Recht, Parlamente, Kommunen, Medien und Öffentlichkeit, Parteien, Kultur und Ideologie und vielfältige Institutionen spielen trotz der Dominanz von Kapital, Kapitalverwertung, Markt und Staat eine große und teilweise autonome (nicht unabhängige) Rolle. Diese politische, soziale und institutionelle Ausdifferenzierung nimmt weiter zu und teilweise sogar eine neue Qualität an.

Die Gesellschaft befindet sich in einem Umbruch, der auch ihre Sozialstrukturen, Klassen und Schichten umwälzt. Ich will - meinem Thema geschuldet - nur ein weiteres Problem benennen: Offensichtlich prägt sich die soziale Widersprüchlichkeit der Gesellschaft noch weiter aus, werden Interessenlagen noch unterschiedlicher, spezifischer auch innerhalb gleicher Klassen und Schichten. Es zeigen sich eine enorme Heterogenität der sozialen Gruppen, soziale Zersplitterung und widerspruchsvolle Individualisierungstendenzen, zu denen auch zunehmender Egoismus und Abschwächung solidarischer, sozialer Wertvorstellungen gehören. Die Freiheit des Individuums findet in gewissem Sinne erweiterte Möglichkeiten. Das gilt jedoch praktisch nur für die Modernisierungsgewinner und geht einher mit wachsenden Schwierigkeiten, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit, gesellschaftlicher Solidarität zu erreichen.³ Große Teile der Bevölkerung werden dagegen durch Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Ausländerfeindlichkeit sozial ausgegrenzt. Die im Anfangsteil der Broschüre bereits zitierte Vision

3 Vgl. Horst Afheldt: Ausstieg aus dem Sozialstaat?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26/95, Bonn, 16. Juni 1995, S. 3-12; Gerhard Bäcker: Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten?, in: ebenda, S. 13-25.

aus dem Kommunistischen Manifest, die freie Entwicklung der einzelnen (als Bedingung) mit der freien Entwicklung der Gesellschaft zu verbinden, scheint noch komplizierter als in der Vergangenheit. Individuum und Gesellschaft - in diesem Verhältnis liegt das komplizierte, bis heute ungelöste Problem der Vereinbarkeit von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die bürgerliche Gesellschaft konnte den dreifachen Anspruch der französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - nicht einlösen.

Meiner Meinung nach ist die Vision des Kommunistischen Manifests nicht nur eine knappe und das Wesen sozialistischer Gesellschaftlichkeit treffende Definition, sondern zugleich auch die vielleicht schwierigste Frage, die Sozialistinnen und Sozialisten zu beantworten haben: Ein Sozialismus ohne individuelle Freiheit, ohne Realisierung der Menschenrechte und ohne Demokratie ist zum Scheitern verurteilt und letztlich reaktionär. Ein libertärer Sozialismus, die Verbindung von Freiheit und solidarischer Kollektivität, ist meiner Meinung nach eine unabdingbare Schlußfolgerung. Doch lassen sich - und wie - freies Individuum und solidarische Gesellschaftlichkeit tatsächlich verbinden, ist das befreite Individuum überhaupt noch gemeinschaftsfähig? Mit der in der DDR gebetsmühlenartig behaupteten Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen hat man sich gerade in dieser Hinsicht in die Tasche gelogen. Ich halte es - zumindest theoretisch - für möglich, den Widerspruch zwischen individuellen Interessen und gesellschaftlichen Erfordernissen jeweils konkret und immer wieder neu zu vermitteln, aber nicht, ihn aufzulösen.

Die aktuellen sozialen Umbrüche und die derzeitige »Individualisierung« gehen jedenfalls zunächst mit einer Abschwächung sozialer und solidarischer Wertorientierungen einher. Die wissenschaftlichen Meinungen dazu sind unterschiedlich, und auch die empirischen Befunde sind nicht einheitlich. Der Mainzer Soziologe Stefan Hradil stellte jedoch folgende Gemeinsamkeiten fest: »Der gemeinsame Tenor lautet, daß Modernisierungsprozesse im Grunde sowohl Rationalisierungs- als auch Ausdifferenzierungsprozesse darstellen. Geläufige Modernisierungstheorien laufen ferner darauf hinaus, daß der einzelne in seinen subjektiven Kompetenzen, seiner Autonomie, seiner persönlichen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit immer mehr gefördert, aber auch gefordert wird. Daraus wird nicht selten geschlossen, daß die Individuen auch tatsächlich immer eigenständiger, zweckrationaler, individueller, ich-bezogener, ja egoistischer leben und sich ihre Bindungen zu Gemeinschaften wie Familie, Gemeinde etc. immer mehr lockern.«⁴

Da ich mich auf das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus konzentriere, will ich an dieser Stelle drei Überzeugungen benennen: Weder ist es möglich noch wünschenswert, Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Gesellschaften, soziale Gruppen und modernen Wirtschaftssystemen zurückzunehmen. Die Alternative wäre letztlich ein neuer Faschismus, den auch Dahrendorf als reale Gefahr sieht.⁵ Diese reale Widersprüchlichkeit muß die Autonomie (Freiheit) der sozialen, politischen und wirt-

4 Stefan Hradil: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und »Altlasten« in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20/95, Bonn, 12. Mai 1995, S. 6.

5 Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S.???

schaftlichen Subjekte und der Individuen gewährleisten. Es kann nicht um eine Gesellschaft mit Monosubjekt gehen (Ein-Parteien-System, zentralistische staatliche Verwaltung, hochzentralisiertes Staatseigentum an faktisch allen Produktionsmitteln, ökonomische Regulierung als Kommandowirtschaft). Gesellschaftliche Höherentwicklung, an die ich immer noch glaube, bestand und besteht niemals nur im Bruch, und sie darf es auch nicht. Konkret bedeutet das für mich, im Streit für eine gesellschaftliche Alternative alles das aus der bürgerlichen Gesellschaft zu bewahren, was zivilisatorischer Fortschritt war und universalen Charakter für moderne Gesellschaften hat, sozialistische Perspektiven eingeschlossen.

Zunächst bedeutet das, individuelle politische Freiheiten konsequent zu schützen (z.B. gegen ihre staatliche Einengung mit dem beabsichtigten »großen Lauschangriff«) und auszubauen (z.B. Beteiligungsrechte). Aber auch parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Rechtsprechung), Freiheit der Medien etc. sind nicht nur zu respektieren, sondern müssen sogar gestärkt werden, um so mehr, als nicht selten Deformierungen ihre Rolle gefährden (Fraktionszwang in den Parlamenten, Kommerz-Fernsehen, um nur zwei Probleme zu nennen). Weitergehende Schritte sind jedoch längst erforderlich und möglich.

Erstens: In der Bundesrepublik und in den meisten anderen Staaten erleben wir eine zunehmende Politikunfähigkeit. Politiker wie der Vizepräsident der USA, Al Gore, oder der CDU-Ministerpräsident von Sachsen beschreiben realistisch die dramatischen Zustände in der Gesellschaft, sind aber weder fähig noch bereit, daraus alternative Politik zu entwickeln. Der Präsident des Worldwatch Institute, Lester R. Brown, beschrieb diesen Zustand mit Worten des kanadischen Staatsmanns Pierre Trudeau: »Trudeau sagte vor ungefähr 15 Jahren, als er noch kanadischer Premier war: »In wachsendem Maße werden wir alle inkompetent aussehen angesichts der Probleme, die vor uns stehen.«⁶ Mit Blick auf die Bundesregierung und ihr doppelgleisiges Agieren in Umweltfragen (als Beispiel) - problembewusste Reden auf Gipfelkonferenzen und Umweltprobleme verschärfende praktische Politik - kann ich solcher Einschätzung nur zustimmen, möchte aber ergänzen, daß das politische Versagen Ergebnis bewußter Politik ist: Man will keine wirklichen Änderungen, die Einschränkung kapitalistischer Verwertungsmöglichkeiten bedeuten würden. Folgerichtig droht auch die parlamentarische Demokratie in der BRD zu einer Verwaltung der selbstgeschaffenen Sachzwänge im Vierjahres-Wahlkampf-Rhythmus zu verkommen. Die Blockierung und Selbstblockierung von Politik muß daher von unten aufgebrochen werden. Dazu brauchen wir eine wesentliche Stärkung der Bürgerinnen- und Bürgerrechte in der Gesellschaft. Gregor Gysi hat in seinem »Ingolstädter Manifest« dafür interessante Ideen vorgeschlagen, die es wert wären, Gegenstand politischer Diskussion und politischer Kämpfe zu werden:

Eine dritte Stimme bei Wahlen »für nichtstaatliche Organisationen mit einzelnen Sachthemen wie Umweltschutz, Feminismus, Dritte-Welt-Problemen, Altersfürsorge, Drogenschutz usw.« In

6 Lester R. Brown: Wir brauchen einen Angstschub (Interview), in: Neues Deutschland, 14./15. Oktober 1995, S. 9.

Abhängigkeit von der erreichten Stimmenzahl sollten diese Organisationen Gelder für ihre Arbeit erhalten. Ziel ist es, die unmittelbaren Bürgerinnen- und Bürgerrechte zu stärken: »Anstatt über Benzin-, Alkohol- und Tabaksteuern Gelder in anonyme Fonds abzuziehen, auf die wir keinen Einfluß haben, deren Verwalter uns niemals Rechenschaft ablegen, sollten wir zunächst einmal fünf Prozent der öffentlichen Haushalte per Dritte Stimme verteilen - direkt durch uns bestimmt und uns gegenüber abrechenbar.«⁷

7 Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest. Wir - mitten in Europa, Berlin 1994, S. 7.

8 Ebenda, S. 8.

Eine zweite parlamentarische Kammer sollte neben dem Bundestag der Parteien als Bundeskammer der sozialen Bewegungen und Interessenverbände gewählt werden.⁸ Die Ausgestaltung ihrer Rechte wäre sicherlich kein einfaches Problem, darf parlamentarische Demokratie doch meiner Meinung nach nicht gefährdet werden. Aber die von Gysi vorgeschlagenen konkreten Initiativen und Vetorechte und die Abgabe einiger Haushaltsentscheidungen an diese Kammer könnten durchaus dazu beitragen, die Verengung parlamentarischer Demokratie auf Parteienherrschaft und bürokratische Tendenzen aufzubrechen.

»Das erste und letzte Wort«, so Gysi, gehöre den Bürgerinnen und Bürgern. Volksentscheide und andere Formen unmittelbarer Demokratie werden vor allem von konservativen Politikern der BRD gern mit Verweis auf ihren Mißbrauch in der Weimarer Republik für Ziele der politischen Destabilisierung abgelehnt. Damit werden jedoch Ursache und Folge ausgetauscht, die Veränderungen politischer und sozialer Wirklichkeiten in den vergangenen sieben Jahrzehnten ignoriert und in typischer deutscher Borniertheit die positiven Erfahrungen mit unmittelbarer Demokratie in der Schweiz, in Frankreich, Schweden oder Dänemark mißachtet, die allesamt stärkere demokratische Traditionen als Deutschland aufweisen. Natürlich ist auch die Ergänzung der Vertretungsdemokratie durch unmittelbare Demokratie kein Allheilmittel und verlangt eine wohlabgewogene rechtliche Ausgestaltung, eine Begleitung durch demokratische Medien und eine positive Entwicklung politischer Kultur. Auf kommunaler Ebene, in Bayern durch einen Volksentscheid im Oktober 1995 deutlich gestärkt, und in eher embryonaler Weise in anderen Bundesländern gibt es teilweise Möglichkeiten direkter Demokratie. Sie auszubauen, wesentlich zu stärken, scheint mir eine höchst dringliche Aufgabe. Ich stimme Gregor Gysi vor allem in der Auffassung zu, daß »Durchbrüche aus den politischen Sackgassen einer Parteienherrschaft ... nicht über wechselnde Mehrheit bei Wahlen zu erreichen (sind). Das Volk selbst kann in öffentlichen Diskussionsprozessen über seine einzelnen Punkte wie soziale Grundsicherung, Sicherung des Rechts auf Arbeit und Wohnung oder Abschaffung des § 218 entscheiden. Schlechter kann es dadurch nicht werden. Besser allemal.«⁹

9 Ebenda.

Zweitens: Die erforderliche Gesellschaftsveränderung kann - davon bin ich überzeugt - nicht darin bestehen und dadurch erreicht werden, daß »alle Mächte der alten Gesellschaft zerschlagen« werden, wie es bei Marx zu lesen ist (der sich im übrigen an vielen anderen Stellen gegenteilig geäußert hat). Er war ja dezidiert der Meinung, daß sich die sozialistische Gesellschaft

schon im Rahmen der kapitalistischen vorbereiten müsse. Mit der Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durch eine Revolution sollte sie quasi freigelegt werden. Ich kann hier nicht auf die vielfältigen theoretischen und politischen Probleme einer solchen Vorstellung eingehen (z. B.: Wie alternativ und humanistisch kann eine Wirtschaftsweise sein, die sich in ihrer Struktur, Organisation, ihren Produktionsinhalten, ihrer Gebrauchswertseite, ihren Technologien, Produktionsinstrumenten im Kapitalismus entwickelt hat?), grundsätzlich meine aber auch ich, daß alternative, sozialistische Gesellschaftsentwicklung auch in Kontinuität zur bisherigen Geschichte steht. Zivilisatorische Ergebnisse bürgerlicher Entwicklung müssen aufgehoben werden (bei Hegel hieß das: aufgehoben als bewahrt, aufgehoben als emporgehoben/weiterentwickelt und aufgehoben als überwunden). Aus den Erfahrungen der DDR sind das für mich in besonderem Maße Ansprüche und Ergebnisse ursprünglicher Liberalität: Der Bürgerrechtsanspruch der französischen Revolution (der »citoyen) und die damit verbundenen Freiheitsrechte, die Gewaltenteilung innerhalb der Gesellschaft, parlamentarische Demokratie (die durch unmittelbare Demokratie ergänzt, aber in großen und hochkomplexen Gesellschaften auch nicht durch sie ersetzt werden kann), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Medien, Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Auf jedem dieser Gebiete wären durchaus radikale Wandlungen erforderlich. Insbesondere ginge es um soziale Grundlagen, die aus - realen - Rechten auch reale und gleiche gesellschaftliche Möglichkeiten machten. Aber diese »Mächte, diese Institutionen abschaffen, zerschlagen zu wollen, könnte nur zurück zu autoritären, antiemanzipatorischen und undemokratischen Sozialismusvorstellungen führen.

Libertärer Sozialismus ist aber gerade in dieser Hinsicht auch ein umstrittener Begriff. Es gibt eine linke, sozialistische Richtung, die unter ihm einen antistaatlichen und antiparlamentarischen Sozialismus versteht und sich von staatlichen Institutionen befreien will (Bakunin war ein prominenter und besonders entschiedener Vertreter dieser Richtung). Angesichts der Erfahrungen mit staatlicher Macht, Parteien, Bürokratie, Gerichten usw. mag das zunächst verständlich erscheinen. Doch einfache Auswege gibt es meines Erachtens nicht. Freiheit ist ohne Recht, Regulierung (dort, wo z. B. die Freiheit anderer berührt wird), Institutionen nicht realisierbar. Wer sozialistische Ziele und die Freiheit des Individuums verbinden will, wird diesen schwierigen Weg ihrer Institutionalisierung gehen müssen. Das wird weniger Staat, mehr Gesellschaft (Zivilgesellschaft), wesentlich mehr Bürgerinnen- und Bürgerrechte bedeuten, aber nicht: keinen Staat, keine Verwaltung (Bürokratie), keine Vertretung (Parlamente), keine Herrschaft.

Es ist keine Frage von mangelnder Konsequenz und Entschiedenheit, wenn ich davon überzeugt bin, daß es eine wesentliche, aber natürlich auch überaus schwierige Chance einer erneuerten linken Bewegung ist, wegzukommen vom Schwarz-Weiß-Denken, vom Denken in zwei Polen: Entweder - Oder, wie einst in der SED, heute in der CDU und letztlich in vielen Fällen selbst in

der SPD. Der Vorwurf, die PDS habe sozialdemokratisches und grünes Denken aufgegriffen, ist in dieser Hinsicht zutreffend und zeichnet die PDS gegenüber jenen aus, die sich selbst hauptsächlich über Aus- und Abgrenzung definieren. Der sozialistische Charakter der PDS und ihr Festhalten an antikapitalistischen Zielen bieten ausreichend Gewähr, daß aus Offenheit nicht Beliebigkeit und Anpassung werden.

Drittens: In diesem Jahrhundert war die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaftssysteme nicht zuletzt von einer Tendenz zu wachsender Differenziertheit und Komplexität gekennzeichnet. Die rasche Internationalisierung/Globalisierung von wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Reproduktionsbedingungen hat diese Entwicklung zusätzlich beeinflußt und beschleunigt. Dieser widersprüchlichen Realität der heutigen Gesellschaften, der Wirtschaft, der sozialen Klassen und Schichten muß Rechnung getragen werden können. In der Wirtschaft ist die Durchsetzung gesellschaftlicher Erfordernisse (soziale Gerechtigkeit in den Staaten und auf dem Erdball, Erhalt der Umwelt, Entmilitarisierung, humane und beherrschbare Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur) dringend notwendig. Das verlangt eine gesellschaftliche Rahmenplanung für die Grundrichtungen wirtschaftlicher, sozialer und wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Ein Planungs- und Wirtschaftssystem wie in der DDR hat sich dafür jedoch als ungeeignet erwiesen. Spätestens seit den sechziger Jahren wurde es zu einem Hindernis für effektive Wirtschaftsentwicklung (für mich umschließt »effektiv« gleichermaßen ökonomische wie humane und ökologische Kriterien). Spätestens in den achtziger Jahren versagte es dann auch als Planungsinstrument selbst. Ware-Geld-Beziehungen, Elemente einer Marktregulierung, wirtschaftliche Autonomie (bei gesellschaftlicher Definition und Verwirklichung der entscheidenden Entwicklungsrichtungen der Ökonomie) und eine Pluralität von Eigentumsformen (mit gesellschaftlicher und qualifizierter Mitbestimmung) werden Elemente eines wirtschaftlichen Wandels hin zu nachhaltiger (sozial- und naturverträglicher) Wirtschaftsentwicklung sein müssen. Nur auf Planung zu setzen, auf Formen der Selbstregulierung und des Wettbewerbs zu verzichten, würde wohl zwangsläufig zu Erstarrung, Bürokratismus, Gleichgültigkeit, Verschwendung und staatlichem Zentralismus wie in der DDR führen. Aber eine Fesselung des Marktes, insbesondere durch starke, institutionalisierte gesellschaftliche Gegenmächte ist erforderlich.¹⁰ Es geht um tiefe Eingriffe in das Prinzip der Kapitalverwertung, letztlich darum, seine Vorherrschaft in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu brechen. Es geht nicht um eine Gängelung staatlicher, genossenschaftlicher, kommunaler und privater Unternehmer. Das Prinzip der Kapitalverwertung und die neoliberale/neokonservative Wirtschaftspolitik von heute sind in dieser Hinsicht sogar in zunehmendem Maße Hindernisse für schöpferisches Unternehmertum. Formen und Instrumente eines in solcher Weise sozialisierten (gesellschaftlich dominierten) Wirtschaftens hat Michael Brie einmal in knappster Form

10 Vgl. Harry Nick: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe controvers, Berlin 1995, S. 62 f.

beschrieben, und ich möchte mich dem anschließen: »Es bedarf eines Systems, wo neben einem in seinem Kern sozialisierten Banksystem als Repräsentant der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen ... die Arbeiter der Betriebe, die Kommunen, die Gebraucher der produzierten Güter, die Vertreter der Interessen am Erhalt der Naturressourcen und die Entwicklungsländer als verschiedene Eigentümer die gegensätzlichen Interessen austragen. An schon Erreichtes kann angeknüpft werden. Gemeinwohl existiert nur als solidarische Entwicklung aller. Und dies muß ausgekämpft werden.«¹¹ Die theoretische Begründung solcher Vorstellungen und ihre praktische Ausgestaltung sind hochaktuell. Noch wichtiger (und schwieriger) wird es jedoch sein, politische Kämpfe für ihre Durchsetzung in Gang zu bringen.

Viertens: Auf widerspruchsvolle Weise bildet sich eine Weltgesellschaft heraus. Wirtschaftlich und finanzpolitisch hat sich die von Marx und Engels im Manifest gekennzeichnete »kosmopolitische Produktionsweise« durchgesetzt. Auch in fast allen anderen entscheidenden Bereichen sind die menschlichen Reproduktionsbedingungen heute globalisiert. Entsprechende globale ökonomische und politische Reproduktionsinstrumente sind aber nicht entwickelt worden. Auf regionaler Ebene versucht allenfalls die Europäische Union, solchen internationalen Erfordernissen bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, allerdings ohne soziale und ökologische Orientierung. Die UNO und fast alle ihre Spezialorganisationen sind schon gar nicht in der Lage, diese Kluft zwischen Globalisierung der menschlichen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen einerseits und fehlenden globalen Regulierungs- und Gestaltungsmechanismen andererseits zu überwinden. Insbesondere die westlichen Großmächte verhindern eine Demokratisierung und Ausgestaltung der UNO und sind bestrebt, sie entweder endgültig zu entmachten oder allein zum Instrument der eigenen Hegemonialpolitik zu machen. Angesichts gegenwärtiger Kräfteverhältnisse ist kaum daran zu denken, daß die UNO eine Institution zur demokratischen, solidarischen und zivilen Regulierung der globalen Prozesse wird. Ähnlich sieht es in Europa aus, wo die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch die westlichen Metropolenstaaten zu einem Schattendasein verurteilt wurde, während NATO und Europäische Union die Hegemonie der westeuropäischen Großmächte (und der USA) nun auch gegenüber und in Osteuropa durchsetzen sollen. Machtpolitisch mögen diese Konzepte wie im Golfkrieg oder in Bosnien zeitweilig aufgehen (Friedhofsordnung als Friedensordnung). Letztlich werden auf solche Weise Probleme lokal bzw. regional, einseitig (im Interesse der Großmächte) und zeitweilig »gelöst«, die globalen, gemeinsamen (menschheitlichen) und langfristigen Probleme jedoch weiter verschärft.

Die Entfremdung des Menschen von seinen eigenen Existenzbedingungen hat eine ungeahnte Dimension angenommen. Der sächsische CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ist das personalisierte Beispiel dafür, wie diese Entfremdung bis zu einer Art politischer Schizophrenie führt. In seinem Buch »Zeitsignale«

11 Michael Brie, in: Demokratischer Sozialismus, Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990, S. 88.

12 Kurt Biedenkopf:
Zeitsignale, München
1989, S. 98.

13 Ebenda: »Letztlich
geht es um eine
Begrenzung durch eine
Ethik der Verantwortung
(Hans Jonas).«

14 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1977, S. 512.

15 Lester R. Brown,
Christopher Flavin, Sandra
Postel: Zur Rettung des
Planeten Erde,
Frankfurt a.M. 1992, S. 11.

schätzt er zutiefst realistisch ein, daß eine inhaltliche Begrenzung der Handlungsspielräume für die westliche Industriegesellschaft erforderlich sei. Er wirft eine oder sogar die Grundfrage moderner Liberalität und moderner Sozialität gleichermaßen auf: »Begrenzung in diesem Sinne heißt: Sie muß ihr gesellschaftliches und individuelles Handeln in einer Weise begrenzen, die enger ist als die Grenzen, welche ihr durch ihr jeweiliges, tatsächliches technisch-naturwissenschaftliches Können gezogen sind.«¹² Politisch und insbesondere wirtschaftspolitisch verfolgt Biedenkopf in seinem Verantwortungsbereich bekanntermaßen jedoch das genaue Gegenteil (ich erinnere nur an die Ansiedlung von Elektronikbetrieben in Dresdner Naturschutzgebieten und an die nach dem Willen der sächsischen CDU durch die Stadt zu schlagende Autobahn). Biedenkopf handelt eigenen Einsichten bewußt zuwider. Es mag eine Ironie der Geschichte sein, daß die kapitalistische Produktionsweise, deren Entwicklungsbedingungen in der politischen Praxis Biedenkopfs den Vorrang gegenüber seinen theoretischen Erkenntnissen und ethischen Maßstäben¹⁵ haben, sich heute auf solche Weise auch ihre Apologeten unterwirft (was aber nicht ganz neu ist).

Diese Ironie verweist jedoch auch auf die ungeheure Dramatik des Geschehens. Was Marx in einem seiner frühen Werke (den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« von 1844) zur Entfremdung des Arbeiters vom Ergebnis seiner eigenen Tätigkeit schrieb, gilt heute letzten Endes allgemein, menschheitlich und existentiell (damit meine ich wirklich die Existenz betreffend) praktisch für die gesamte menschliche und gesellschaftliche Reproduktion: »In der Bestimmung, daß der Arbeiter zum Produkt seiner Arbeit als einem fremden Gegenstand sich verhält, liegen alle Konsequenzen. Denn es ist nach dieser Voraussetzung klar: Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, um so mächtiger wird die fremde gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innere Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen.«¹⁴

Die Lösung der globalen Probleme und die Schaffung der dafür notwendigen innergesellschaftlichen und internationalen Voraussetzungen ist die eigentliche Herausforderung heutiger Gesellschaftspolitik. Sie muß Unterschiedliches und bisher sich antagonistisch Widersprechendes global miteinander verbinden: die Bewahrung der Natur, eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten für die Länder des Südens, eine ökonomische und soziale Entwicklung (für zur Zeit fünf und bald acht Milliarden Menschen), die die Existenzgrundlagen künftiger Generationen erhält und verbessert, Fortschritt ohne schrankenloses Wachstum (insbesondere was seine stoffliche Seite betrifft) und unter Verzicht darauf, *alles* dem Menschen mögliche auch zu machen... Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Das »Worldwatch Institute« hat - bislang vergeblich - an die Staaten, Politikerinnen und Politiker appelliert, »über die Sicht von Umweltproblemen als isolierten Problemen hinauszusehen und anzufangen, die grundlegenden ökonomischen und sozialen Reformen anzupacken, die zur Rettung des Planeten notwendig sind. Das heißt, zur Rettung unserer selbst.«¹⁵

Meine Wertschätzung für dieses Institut und ähnlich Einrichtungen ist groß. Aufklärung ist dringend erforderlich. Veränderung aber wird nur durch reale politische und gesellschaftliche Bewegung möglich werden. Sie braucht den emanzipatorischen Impuls, den die libertären Ideen hinsichtlich der Individuen haben, und den emanzipatorischen Impuls, den die sozialistische Idee in bezug auf die Gesellschaft besitzt. Libertärer Sozialismus wäre somit die Freiheit von Gleichen. Damit mir dies nicht als Gleichmacherei ausgelegt werden kann, will ich mit einer Notiz von Bertolt Brecht aus dem finnischen Exil (7.5.41) enden: »der große Irrtum, der mich hinderte, die lehrstückchen vom BÖSEN BAAL DEM ASOZIALEN herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer großen Ordnung. er ist hingegen viel praktischer als *große produktion* zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befeigung der produktivität aller menschen von allen fesseln. die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw. usw.«¹⁶

16 Bertolt Brecht: Arbeitsjournal 1938-1955, Berlin und Weimar 1977, S. 156.

LÁSZLÓ ANDOR

Peripherisierung in Ungarn

László Andor - Jg. 1966;
Herausgeber der politisch-
theoretischen Vierteljahres-
zeitschrift »Eszmélet«, lehrt
an der Ökonomischen Uni-
versität Budapest im Fach-
bereich für Politische Wis-
senschaften, insbesondere
auf dem Gebiet der interna-
tionalen Wirtschaftspolitik,
forscht vor allem zur politi-
schen Ökonomie der gloablen
Schuldenkrise, veröf-
fentlichte in jüngster Zeit
Artikel in »Labour Focus on
Eastern Europe« und in
»Ost-West-Gegeninforma-
tionen«.

Im Zentrum der nachfolgenden Überlegungen stehen drei Problemkreise, die eng miteinander verwoben sind. Da ist zunächst die Frage, wie und warum die europäische Integration auf die politische Tagesordnung der ehemals sozialistischen Länder Europas gesetzt wurde. Zweitens muß in diesem Zusammenhang die westliche Hilfe beim Systemwechsel einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Schließlich werden drittens die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in den Reformländern als neue Form von Unterentwicklung beschrieben, in deren Konsequenz die mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien eine neue periphere Zone zu den westeuropäischen Zentren bilden werden.

Sicherlich bedürfen die theoretischen Überlegungen noch tiefergehender Untersuchungen, als dies hier zunächst geleistet werden kann. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint es dringlich, auch mit zum Teil etwas polemisch vorgebrachten Argumenten gegen jene Position zu beziehen, die ihre Vorstellungen von sozialer und wirtschaftlicher Transformation lieber auf Mythen denn auf Realitäten gründen.

I. Ungarn und die europäische Integration

Die Sowjetunion hat nicht nur schlechthin den Kalten Krieg verloren. Unter dem Druck des Wettrüstens ist die sowjetische Wirtschaft faktisch kollabiert und die innere soziale und politische Ordnung weitgehend zerfallen. Die osteuropäischen Länder, die seit Ende der vierziger Jahre Teil der sowjetischen Einflußzone waren, haben darauf unterschiedlich reagiert. Gemeinsam war ihnen jedoch die Kehrtwende in ihrer außenpolitischen Orientierung. Den Erschütterungen der Krise im Osten meinten sie nur westwärts entkommen zu können. Als Voraussetzung für den Zutritt zum rettenden westlichen Ufer hat sich jedoch ein radikaler und vollständiger Systemwechsel erwiesen.

Versprechen und Lügen

Anfänglich stellten sich für viele aus einer Reihe von Gründen die Chancen auf gesellschaftliche Konsolidierung durch eine Westorientierung als sehr aussichtsreich dar. In erster Linie war dieser Optimismus vor allem dem Umstand geschuldet, daß sich die meisten Protagonisten dieser Auffassung über den Charakter der ökonomischen Kluft zwischen solchen geographisch benachbarten Ländern wie Ungarn und Österreich oder Slovenien und

»Der ›Kalte Krieg‹ ist erst seit wenigen Jahren zu Ende, und schon wird vom ›Kalten Frieden‹ gesprochen. Vorbei ist die Europa-Euphorie, wie sie nach dem Zusammenbruch des ›real

Italien nicht im klaren waren. Die landläufige Meinung ging Ende der achtziger Jahre dahin, daß die existierenden staatssozialistischen Regimes sich gegen einen quasi natürlichen historischen Entwicklungstrend stemmen. Es wurde folglich angenommen, daß der Rückzug des Sowjetimperiums diesen Ländern nun eine Rückkehr zu jenem Weg natürlicher historischer Entwicklung ermöglichen würde - dem Weg in die Westintegration.

Die Chancen auf diese Integration wurden auch deshalb so unrealistisch optimistisch beurteilt, weil die zum Zeitpunkt des Auseinanderfallens des Ostblocks herrschende konservative Ideologie den Zusammenbruch ausschließlich als Befreiung wahrnahm und weil zudem westliche Politiker im Bestreben, den Systemwechsel zu forcieren, mit Versprechungen nicht geizten und eine Fülle von verlockenden Angeboten zur gegenseitig vorteilhaften Kooperation unterbreiteten. Darüber hinaus prahlte die Avantgarde der Reformer - die einflußreichsten liberalen Ökonomen und andere Intellektuelle - hemmungslos mit der Bereitschaft des Westens, die Transformation zur Demokratie im Osten großzügig zu unterstützen. Als also der erste Nachwende-Premierminister Ungarns, József Antall, die Öffentlichkeit wissen ließ, daß Ungarn reale Chancen hätte, bis 1996 Mitglied der Europäischen Union zu werden, stützte sich diese Aussage mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Zusicherungen westlicher Politiker und Berater.

Für die »Radikalreformer« war der Beitritt zur EU gleichbedeutend mit der Lösung aller ökonomischen Probleme und die Mitgliedschaft in der NATO erschien als die einzig mögliche Antwort auf die sich neu stellenden Sicherheitsfragen. Die Mitgliedschaft in diesen beiden Organisationen wurde faktisch zum Symbol für die Zugehörigkeit zum Westen und avancierte so zum eigentlichen Ziel des Systemwechsels. Notwendigkeit und Nutzen einer Integration in die EU wurde zu einem Axiom in Politiker- und Expertenkreisen. Dahinter stand die Überzeugung, daß erstens der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO die ex-sozialistischen Länder quasi automatisch zu Zentrumsländern auf der Sonnenseite des Weltsystems machen und das Entwicklungsniveau dieser Staaten faktisch über Nacht auf den westeuropäischen Standard heben würde und daß zweitens dieser Beitritt unzweifelhaft schon in der nächsten Zukunft vollzogen werden könnte - und zwar, weil die östlichen Länder dies wollten und weil maßgebliche Regierungen im Westen dies mehr oder weniger direkt zusicherten.

Dabei wurden allerdings zwei wesentliche Momente übersehen oder unterschätzt. Erstens hat sich seit Anfang der neunziger Jahre der Charakter des westeuropäischen Integrationsprozesses wesentlich verändert. Und zweitens würde die Aufnahme auch nur eines der ex-sozialistischen Länder der Visegrad-Gruppe, des Baltikums oder aus der Balkanregion im kommenden Jahrzehnt eine grundlegende Reform der EU-Institutionen zur Voraussetzung haben. Was den ersten Gesichtspunkt angeht, so hat sich in der EU nach der Unterzeichnung des Abkommens von Maastricht 1992 ein deutlicher Wandel zur Abkehr vom Sozialstaat und zur Unterordnung sozialer Elemente unter wirtschaftliche und politi-

sozialistischen Regime in Ost und West verbreitet war. Das »gemeinsame Haus« (Gorbatschow) scheint bereits abgeschlossen, bevor es nur in Umrissen geplant wäre. Verdeckte und offene Konflikte um die Neuordnung in Europa sind im vollen Gange.« Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 101.

»Was für Osteuropa besonders ins Gewicht fällt, ist (die) Konkurrenzsituation mit den industrialisierten Ländern Europas und teilweise auch mit den Schwellenländern der Dritten Welt. Um eine bessere handelspolitische Ausgangsposition sowie finanzielle Unterstützung zu erhalten, wollen denn auch praktisch alle osteuropäischen Länder die EU-Mitgliedschaft erlangen oder wenigstens günstige Verträge aushandeln wie im Falle Russlands. Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 105.

sche Aspekte der Triadenkonkurrenz (zwischen der EU, Nordamerika und Japan) vollzogen. Auch wenn dies außerhalb der Gemeinschaft bisher vielleicht noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen wurde, so haben die Verfechter eines »sozialen Europas« - trotz eines umfänglichen Vertragskapitels zu sozialen Fragen - doch deutlich an Einfluß verloren. Das zweite Argument bezieht sich auf den Umstand, daß ein Beitritt z.B. der Visegrad-Staaten, von denen im allgemeinen angenommen wird, daß sie am ehesten den Ex-EFTA-Ländern in die EU folgen könnten, unausweichlich eine vollständige Umgestaltung der EU-Agrarpolitik und der Regionalförderung erfordern würde. Dies ist mit Sicherheit ein langer Prozeß, der ohnehin - auch ohne die Aufnahme neuer Länder - in der EU auf der Tagesordnung steht.

Die Konsolidierung in den Reformstaaten wurde ferner durch die Rezession am Beginn der neunziger Jahre bedroht. Im Zuge der Wirtschaftskrise waren die westlichen Länder gezwungen, ihren inneren Problemen größere Aufmerksamkeit zu widmen, so daß sie den Hilfesuchenden aus dem Osten und Süden deutlich weniger Entgegenkommen zeigten. Dazu kommt, daß nicht nur die relativ kleinen Länder des Ostens Unterstützung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung benötigten, sondern vor allem auch die riesige Sowjetunion bzw. die spätere GUS, die immer mehr im Chaos zu versinken droht. Die Zusagen erreichten astronomische Höhen - im Frühling 1993 war von unglaublichen 43 Mrd. US-Dollar für Rußland die Rede -, aber die tatsächliche Hilfe blieb schließlich auf äußerst niedrigem Niveau. Schließlich erklärte die EU die Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den Reformländern mit dem IWF zur grundlegenden Voraussetzung für jegliche Zusammenarbeit. Hin und wieder konnte man sogar hören, daß die ex-sozialistischen Länder vor einem Beitritt zunächst den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages genügen müßten, obwohl dies von solchen Ländern wie Finnland oder Schweden nicht gefordert wurde.

Angesichts der in der Gemeinschaft selbst anstehenden Probleme (insbesondere die angestrebte Währungsunion) ist es außerordentlich unwahrscheinlich, daß die Union die Zeit und die Energie aufbringen wird, den Beitritt der Visegrad-Länder ernsthaft voranzutreiben.

Regionale Zusammenarbeit

Die Kluft zwischen Versprechungen und realen Möglichkeiten ist vielen bis heute nicht gewahr geworden. Und da in Regierungs- und Parteiprogrammen die europäische Option noch immer einen prominenten Platz einnimmt, wird wohl noch einige Zeit vergehen, bevor sich hier realistische Positionen durchsetzen. Inzwischen versucht der Westen Zeit zu gewinnen, indem Provisorien in Vorschlag gebracht werden. Da geht es dann z.B. um »assoziierte Mitgliedschaft« in der EU oder um »Partnerschaft für den Frieden« mit der NATO. Formell - in der politischen Rhetorik - sollen beides Durchgangsstadien zu einer vollen Mitgliedschaft sein; realistisch gesehen, ist dies jedoch höchst zweifelhaft. Genaugenommen sind diese Konstruktionen Übergangslösun-

»Für die meisten EG-Länder ... sind die osteuropäischen Staaten mit einem Handelsanteil von nur einigen Prozenten wenig relevant und deshalb auch keine interessanten EU-Mitgliedskandidaten. (...) So ist es nicht überraschend, dass die EU gegenüber den osteuropäischen Ländern einen zögerlichen und oft inkonsistenten Kurs gefahren ist... (...) Für die EU-Staaten sind die Vorteile (einer) Verzögerungsstrategie offensichtlich. Die strukturschwachen osteuropäischen Länder werden der EU zunehmend »angegliedert« ohne jedoch wie normale Mitglieder ein Mitspracherecht und ein Recht auf Finanzzuschüsse zu haben.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 106f.

gen, und zwar nicht im Sinne einer Etappe eines Integrationsprozesses, sondern im Sinne eines politischen Ad-hoc-Kompromisses, der keinerlei Garantien für die langfristige Zusammenarbeit bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Probleme in der Region bietet.

Eine wirkliche Übergangslösung, die es erlauben würde, den Anpassungsprozeß an die EU mit einer Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu verbinden, wäre ohne Zweifel eine Form zentraleuropäischer Integration, zumindest die Herstellung einer Zahlungsunion. Derartige Vorschläge wurden z. B. vom bekannten Geschäftsmann George Soros, von der AGENDA-Gruppe und auch in einer Studie unter dem Titel »Die Europäische Initiative«, die von Stuart Holland für die Europäische Kommission angefertigt wurde, unterbreitet. Folgt man der zuletzt genannten Studie, so sind die politischen Hindernisse für eine solche Zahlungsunion zur Zeit größer als die ökonomischen. Obwohl die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt vorwärts sein könnte, distanzieren sich die meisten Regierungen mit dem Vorwand davon, daß dies ein überholter »Ansatz regionaler Blockbildung« sei. Statt dessen werden die einzelnen Regierungen nicht müde, ihre jeweils spezifischen Erfolge und Besonderheiten herauszustreichen, von denen sie glauben, daß sie dadurch den eigenen Beitritt noch vor anderen erreichen könnten. Dabei wird kaum daran gedacht, was dies für bedenkliche Konsequenzen für die äußere und innere Sicherheit hätte, wenn z.B. nur Tschechien und Ungarn in einer ersten Runde aufgenommen würden. Ungarn wäre dann mit der EU nur über die Grenze zu Österreich verbunden, aber von sechs Nicht-Mitgliedsländern umringt, in denen ca. drei Millionen Menschen ungarischer Abstammung leben. Schon deshalb ist die regionale Integration alles andere als ein »überholter Block-Ansatz«, sondern aufgeklärter Regionalismus, der sich schon bald nicht nur als rational, sondern auch als unumgänglich erweisen könnte.

II. Die Bedeutung westlicher Direktinvestitionen

In den Industrieländern verfestigt sich neuerdings die Auffassung, daß der Westen bereits alles nur denkbare unternommen hat, um die ex-kommunistischen Staaten beim Übergang zu Markt und Demokratie zu unterstützen. »Wir haben Konzeptionen, Geld, Fachwissen und wo erforderlich sogar Truppen bereitgestellt. Aber die waren unfähig, diese Hilfe sinnvoll zu nutzen. Deshalb wird es höchste Zeit, dieses möglicherweise kostspielige und ansonsten sinnlose Unternehmen zu stoppen.« Pulling out - Rückzug - tönte es überall im Westen in bestimmten Phasen des Jugoslawienkrieges; und genau das bekommt man jetzt immer öfter auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe zu hören.

Wichtige Beziehungen

Trotz des allgemeinen Geredes über wiedergewonnene Souveränität und nationale Selbstbestimmung der »von sowjetischer Vorkherrschaft befreiten« Völker ist doch unverkennbar, daß die westlichen Regierungen wesentlichen Einfluß auf die gegenwärtigen

»Die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder gehen davon aus, daß eine derartige Vereinbarung ihren angestrebten Beitritt zur Gemeinschaft behindern würde. Die Gemeinschaft sollte ihnen daher zusichern, daß die nicht zutrifft. Der mögliche Nutzen einer Zahlungsunion in Zentralosteuropa ist außerordentlich hoch.« (Holland, 1993: 253).

»Gegenstrategien zur weiteren Peripherisierung Osteuropas bedürfen ... des Willens zur Herstellung eines außerhalb der EU funktionierenden Wirtschaftskreislaufes.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 7.

und zukünftigen Entwicklungen in den post-kommunistischen Ländern ausgeübt haben und noch ausüben. Es ist eine kaum bestreitbare Tatsache, daß der politische Kollaps der kommunistischen Regimes mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise einherging, die durch kollektive oder auch individuelle Selbsthilfe von den Reformländern selbst nicht überwunden werden kann. Die westlichen Regierungen begrüßten emphatisch die Einführung liberaler Demokratie im Osten und in offiziellen Verlautbarungen zeichneten sie wundervolle Bilder einer gemeinsamen Zukunft in Wohlstand. Ganz am Anfang der »neuen Ära« haben einige Aktivisten und auch Experten einen »neuen Marshall Plan« gefordert. Sechs Jahre nach der Bildung der ersten nicht-kommunistischen Regierung in der Region (in Polen) sieht die Realität allerdings ganz anders aus - Verarmung statt Wohlstand sowie Abgrenzung und Spaltung statt Gemeinschaftlichkeit und Integration.

Die Notwendigkeit substantieller Hilfe und eines abgestimmten, gemeinsamen Vorgehens, die mit dem Slogan »Marshall Plan« assoziiert wird, wird inzwischen mit dem Verweis auf bereits bestehende Formen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit abgestritten. So z.B. vom US-amerikanischen Botschafter in Ungarn, der kürzlich die Öffentlichkeit wissen ließ: »Ich werde oft gefragt, warum kein neuer Marshall Plan zur Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder aufgelegt wird. Aber es gibt ihn doch bereits - er ist schon da - und heißt private ausländische Direktinvestitionen, von denen bisher ca. acht Mrd. US-Dollar nach Ungarn geflossen sind.« Damit sagt er nicht weniger, als daß der Grad westlicher Sorge um wirtschaftliche Erholung und demokratischen Wandel im Osten am Zufluß ausländischen Kapitals gemessen werden kann (und muß).

Die Auffassung über die Wirkungen ausländischer Investitionen in ex-sozialistischen Ländern polarisieren sich gemeinhin in zwei Extremen. Einerseits behaupten die Neo-Liberalen, daß ausländische Investitionen nur positive wirtschaftliche Effekte zeitigen: sie bringen neue Technologien ins Land, öffnen den Zugang zu westlichen Märkten, erhöhen die Beschäftigung und sind der Schlüssel zu den zivilisatorischen Errungenschaften des Westens - d.h. zur einzigen wirklichen Zivilisation. Andererseits vertreten die Neo-Realisten die Position, daß Direktinvestitionen ausschließlich negative Effekte auslösen: durch die Beseitigung von einheimischen Konkurrenten, folglich durch die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und schließlich durch die Unterordnung der nationalen Interessen unter ausländische. Die regierenden ungarischen Sozialisten, die sich ohnehin vom dialektischen Denken losgesagt haben, sind voll auf die erstgenannte Position eingeschwenkt.

Bevor nun allerdings beurteilt werden kann, ob Direktinvestitionen nützliche oder schädliche Wirkungen in den letzten sechs Jahren hatten, ist es vielleicht ganz angebracht, sich daran zu erinnern, daß zu allen Zeiten, in denen sich Ostmitteleuropa kapitalistisch entwickelt hat, ausländische Direktinvestitionen in der Region eine zentrale Rolle gespielt haben. Von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren diese Investitionen hier die eigentliche Triebfeder der Entwicklung von Industrie und Handel.

»Bis Ende 1994 wurde nur rund 13 Milliarden Dollars an Direktinvestitionen in den sechs der EU assoziierten Ländern getätigt, am meisten in Ungarn mit knapp 7 Milliarden und Tschechien mit rund 3 Milliarden. Mit je rund einem Fünftel waren die USA und Deutschland die größten Investoren, vor Österreich und Frankreich mit rund je einem Zehntel. Nur knapp 4 Milliarden flossen nach Russland; in China waren es vergleichsweise allein 1994 44 Milliarden.«
Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 107.

Reformen und Kapitalzuflüsse

Mit der Anpassung der mittel- und osteuropäischen Länder an das wirtschaftliche, soziale und politische System der Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden fast alle Privatunternehmen - auch die ausländischen - nationalisiert. Gerade in den Phasen, in denen unter kommunistischer Herrschaft versucht wurde, Wirtschaftsreformen durchzuführen, wurde jedoch auch immer wieder die Frage nach einer möglichen Einbeziehung des Auslandskapitals gestellt.

Ab Mitte der sechziger Jahre kann Ungarn als eine Art Versuchsfeld für marktorientierte Reformen im Bereich des RGW gelten. Anfangs waren es vor allem außenpolitische Erwägungen, die die ungarische Regierung zu einer ablehnenden Haltung gegenüber ausländischen - d.h. westlichen - Investitionen veranlaßten. Als jedoch in den siebziger Jahren das Wirtschaftswachstum erneut sank und erste größere Zahlungsbilanzdefizite auftraten, kam die Frage ausländischer Direktinvestitionen zurück auf die Tagesordnung. Die Regierung glaubte damals, sich zwischen Direktinvestitionen oder Devisenkrediten entscheiden zu müssen. Da Direktinvestitionen als die größere Gefahr für die nationale Souveränität angesehen wurden, entschied man sich für die Auslandsverschuldung, von der angenommen wurde, daß sie zeitlich befristet werden könnte. Deshalb wurde z.B. ein Angebot von Toyota, in Ungarn eine Autofabrik zu errichten, ausgeschlagen. Das wird heute bei weitem nicht nur von Konservativen als eine der größten Fehlentscheidungen der kommunistischen Epoche angesehen.

Aufgrund der gravierenden Auslandsverschuldung und einer akuten Zahlungskrise war Ungarn schließlich gezwungen, 1982 dem IWF und der Weltbank beizutreten. In der Folgezeit spielte der Einfluß dieser beiden Institutionen eine große Rolle bei der Änderung der Wirtschaftspolitik zugunsten von Privatisierung und Auslandsinvestitionen. 1988 schockte schließlich der damalige Premierminister und Generalsekretär der Ungarischen Arbeiterpartei, Károly Grósz, bei seinem USA-Besuch nicht nur das US-amerikanische Publikum, sondern auch die gesamte Parteiführung als er öffentlich erklärte, er könne sich gut vorstellen, daß ein Viertel der ungarischen Wirtschaft in ausländischer Hand wäre. Gesagt, getan - ein Jahr später wurden 51 Prozent der Anteile an Tungsram - einem der weltgrößten Hersteller von Beleuchtungseinrichtungen - an den Konkurrenten General Electric verkauft.

Der Kauf von Konkurrenten ist nach Hugo Radice und anderen Experten bis heute eine der wichtigsten Triebkräfte für den Zustrom ausländischen Kapitals in die Region. Das wurde in Deutschland klassisch vorgeführt, wo es unter den besonderen Bedingungen der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland für die westlichen Konzerne ein leichtes war, ihre ostdeutschen Konkurrenten aufzukaufen und zu beseitigen - in den anderen Reformländern ist das zwar nicht ganz so einfach, aber allzu schwierig ist es auch nicht. Die ungarischen Betriebe zur Verarbeitung von Ölsaaten und das in der nördlichen Industrieregion gelegene Stahlwerk von Miskolc können als Paradebeispiel dafür gelten, wie ausländische Firmen ungarische aufkaufen, um sie

»Die jeweilige Positionierung im System der weltweiten internationalen Arbeitsteilung gleicht sich ... tendenziell jener in der Zwischenkriegszeit an. Es geht also retour - mit Ausnahme Tschechiens, das als ehemals industrielles Kernland (Böhmen und Mähren) der Habsburgermonarchie beim Eintritt in den RGW ein hohes Entwicklungsniveau aufwies und somit als einziges Land die stalinistische Entwicklungsdiktatur der 1950er und 60er Jahre auch als ökonomisch kontraproduktiv empfand. Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

»Die an die Europäische Union angrenzenden Volkswirtschaften Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Polens und Sloweniens richten sich branchenmäßig und entsprechend ihrer Außenhandelsorientierung auf die Bedürfnisse des EU-Marktes aus. Diese Zentralisierung weist ihnen wirtschaftlich einen Kolonialstatus und politisch-militärisch eine Vorfeldfunktion

der deutsch-dominierten Brüsseler Verwaltung zu.« Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

dann allmählich zu schließen. Damit ist dann nicht nur ein lästiger Konkurrent auf internationalen Märkten beseitigt, sondern es wird auch noch der Inlandsabsatz mit übernommen. Der einmalige Zufluß von Geld - so sehr das auch im Interesse eines verschuldeten Staates sein mag - wird schließlich überkompensiert durch den Verlust von Exporteinnahmen und wachsende Importe, von den transferierten Profiten aus den Unternehmen, die nach dem Verkauf weiter produzieren, ganz zu schweigen.

Ausländische Direktinvestitionen könnten aber auch einige Vorteile bieten. Über sogenannte Großinvestitionen auf der grünen Wiese könnten technologisch fortgeschrittene, umweltfreundlichere Produktionsverfahren ins Land geholt werden. Beispiele dafür sind die Automobilfabriken von General Motors und Suzuki in Ungarn. 1993 begann Audi mit der Errichtung eines Werkes für Autobaugruppen und -zubehör in der Nähe von Győr. In diesen Fällen spielt der Zugang zum Binnenmarkt nur eine untergeordnete Rolle, hier geht es vor allem um billige Arbeitskräfte und die relativ günstige Lage der Standorte zu den Hauptabsatzmärkten. Als weiterer positiver Effekt läßt sich feststellen, daß der Anteil lokaler Zulieferungen im Steigen begriffen ist. Allerdings haben gerade diese Investitionen im Bereich der Automobilindustrie auch eine bedenkliche Schattenseite. Wenn das Engagement der Investoren auf längere Sicht erhalten bleiben soll, dann müssen auch die Lohnkosten in Ungarn acht bis zehn Mal niedriger bleiben als in Österreich oder Westdeutschland.

In den ersten fünf Jahren des Nach-Wende-Kapitalismus ist nach Ungarn von allen ex-sozialistischen Ländern mit Abstand das meiste Auslandskapital geflossen. Eine Analyse der Ursachen dieses Phänomens erhellt zudem auch einige, auf den ersten Blick nicht so offensichtliche Merkmale internationaler Kapitalflüsse wie auch der Wirtschaftspolitik in den »Transformationsländern«. Als eine erste, wesentliche Vorbedingung für den Zustrom von Auslandskapital läßt sich der Zustand marktwirtschaftlicher Institutionen ausmachen. Ungarn war nach zwanzig Jahren marktorientierter Reformen zweifellos das Land im Osten mit den günstigsten institutionellen Ausgangsbedingungen. Das Verhalten der Arbeitskräfte stellt einen weiteren wesentlichen Faktor pro oder contra möglicher Investitionsentscheidungen dar. Z.B. haben sich die starken gewerkschaftlichen Traditionen in Polen und die große Streikbereitschaft der Arbeiterschaft mit Sicherheit ungünstig auf den Zustrom an Direktinvestitionen ausgewirkt. Drittens hat der chronische Devisenmangel in Ungarn dazu geführt, daß über eine extrem kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik versucht wurde, ein möglichst günstiges Klima für ausländische Investoren zu schaffen. So ergänzen in Ungarn Steuervergünstigungen und verschiedene protektionistische Maßnahmen die üblicherweise geforderten Eigentums Garantien.

Befürworter verstärkter Direktinvestitionen verweisen nun oft darauf, daß ein großer Anteil ausländischer Unternehmen am nationalen Produktionspotential nichts ungewöhnliches und schon gar nichts bedrohliches sei. Selbst in solchen Ländern wie Österreich, Großbritannien oder sogar in den USA befinden sich

große Teile der Industrie in ausländischem Eigentum. Dazu ist jedoch anzumerken, daß in OECD-Ländern das Eigentum von Staatsbürgern im Ausland in der Regel das Eigentum von Ausländern im Inland übersteigt. Folglich ist das Bruttosozialprodukt - das im Inland verfügbare Einkommen - größer als das Bruttoinlandprodukt - das im Inland erzeugte Einkommen; der Saldo der Kapitaleinkünfte mit dem Ausland ist positiv. Und auch in solchen Ländern wie Großbritannien werden im Zuge der forcierten Privatisierungspläne im Industrie- wie im Bankensektor zunehmend Befürchtungen laut, daß dies zu einer Fremdbestimmung wichtiger Bereiche der britischen Wirtschaft führen könnte.

Es kommt auf die Bedingungen an

Welche Bilanz kann nun gezogen werden - tragen ausländische Direktinvestitionen in den ex-sozialistischen Ländern zur wirtschaftlichen Entwicklung bei oder bewirken sie allein die Unterordnung dieser Volkswirtschaften unter die der OECD-Länder? Obwohl die jüngsten Erfahrungen auch stark in die zuletzt genannte Richtung weisen, ist die Sachlage insgesamt wohl eher komplex und widersprüchlich. Diejenigen, die Direktinvestitionen und Marshall Plan gleichsetzen, verdrängen die damit verbundenen Probleme und überschätzen offensichtlich die positiven Effekte ausländischer Investitionen.

Ein Vergleich mit der Situation nach dem dem Ersten Weltkrieg kann hier ganz hilfreich sein. Auch in den zwanziger Jahren gab es einen starken Zustrom US-amerikanischen Privatkapitals in das geschlagene Deutschland. Gleichzeitig war Deutschland damals gezwungen, über fünf Prozent seines Bruttoinlandprodukts für Reparationszahlungen an die Siegermächte aufzubringen. Das entspricht ungefähr der Schuldendienstbelastung, der die ehemaligen Ostblockländer heute ausgesetzt sind. In den zwanziger Jahren konnte auch der Zustrom privaten Geldes Deutschland nicht vor einer Hyperinflation, vor Massenarbeitslosigkeit und schließlich dem Aufkommen des Faschismus bewahren.

Wenn es also darum geht, die Gesamtwirkungen von Kapitalimporten zu bewerten, dann erschöpft sich dies kaum in quantitativen Dimensionen - in der Addition von Krediten und Investitionen. Worauf es vor allem ankommt, sind die Rahmenbedingungen, unter denen Kapitalimport stattfindet. Gegenwärtig wird in Osteuropa Kapital importiert, ohne daß dies von einer angemessenen Wirtschaftspolitik, die zumindest das erreichte Lebensniveau zu sichern versucht, begleitet wird. Damit sind auch die Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die multinationalen Unternehmen im Interesse der Berücksichtigung langfristiger Entwicklungsziele der Empfängerstaaten sehr gering.

Es ist allerdings eine hehre Illusion zu glauben, daß die transnationalen Konzerne von sich aus ihr Verhalten ändern, auch dann nicht, wenn sie direkt mit den negativen Konsequenzen ihres Vordringens in fremde Wirtschaftsräume konfrontiert werden. Es ist eine vorrangige Aufgabe der Regierungen der westlichen Länder und der internationalen Organisationen, Grundlagen für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die die Berück-

»Auf (West)Europa ruht immer noch ein Grossteil der Hoffnungen in Osteuropa. Eine grössere gezieltere Unterstützung und eine überzeugende, langfristig angelegte Politik ist unbedingt erforderlich, wenn der Graben zwischen Ost und West nicht zu gross werden soll.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 108.

sichtigung der Interessen aller Beteiligten und eine dementsprechende Regulierung der Aktivitäten transnationaler Konzerne gewährleisten. Das würde wiederum ein Mindestmaß an wirtschaftspolitischer und konzeptioneller Koordination zwischen den Regierungen im Westen voraussetzen.

Aber gerade an der Fähigkeit zum abgestimmten gemeinsamen Handeln mangelt es im Westen am allermeisten, seit vor sechs Jahren das vermeintliche »Ende der Geschichte« eingetreten ist. Peter Growan (1995) hat eindrucksvoll gezeigt, in welchem beängstigenden Ausmaß die Politik des Westens gegenüber dem Osten - selbst wenn nationaler Egoismus und Herrschaftsinteressen als durchaus normal unterstellt werden - von widersprüchlichen Konzeptionen und Mißorganisation in der Umsetzung geprägt ist. Die erschütternden Konsequenzen derartiger Unfähigkeit, sich z.B. auf eine klare militärpolitische Strategie in bezug auf das frühere Jugoslawien zu verständigen, hat die Öffentlichkeit kürzlich vorgeführt bekommen. Auch wenn die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung im Bereich der Ökonomie nicht so offen zutage treten, so ist doch unbestreitbar, daß der Grad an Uneinigkeit über mögliche wirtschaftspolitische Konzepte gefährlich hoch ist und die gesamte zentralöstliche Region Europas zerstörerischen Folgen ausgeliefert hat.

Geboten ist nicht der Rückzug aus dem Engagement in Osteuropa, sondern eine neue Vision und ein neues Muster der Integration von Ost und West. Die Dimension der notwendigen Anstrengungen läßt sich schon mit der Unterstützung der US-Regierung für das Nachkriegseuropa vergleichen. Was allerdings nicht erwünscht ist, ist eine Wiederholung der mit jener Hilfe verbundenen massiven Eingriffe in die Politik der Empfängerländer. Gebraucht wird nicht der Marshall, aber unbedingt der Plan.

III. Eine neue Form von Unterentwicklung

»Auf nach Europa!« - das war bekanntlich einer der Kerngedanken, in dessen Namen der sogenannte Systemwechsel in Ungarn vollzogen wurde. Obwohl Ungarn in mancher Hinsicht gewiß einer formalen Integration in die westlichen Organisationen näher gekommen ist, wird jedoch sechs Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer immer deutlicher, daß sich Wirtschaft und Gesellschaft völlig entgegengesetzt zu den ursprünglichen Erwartungen entwickeln.

Jüngst räumte László Antal, einer der führenden »Reform-Ökonomen« der achtziger Jahre und Berater des ungarischen Finanzministers Lajos Bokros in einem Radiointerview ein, daß er und andere lange Zeit Illusionen über die Ergebnisse des Reformprojekts hegten. »Wir waren naive Träumer«, bekannte er - ein Eingeständnis, das er noch vor fünf oder zehn Jahren mit Bestimmtheit zurückgewiesen hätte. Dabei liegt die Ursache für diesen fatalen Irrtum der Reformen auf der Hand: der internationale Kontext, in dem sich die Reformen notwendigerweise vollziehen müssen, wurde gänzlich ignoriert. Damit geriet die dem kapitalistischen Weltmarkt eigentümliche Tendenz zur Polarisierung der nationalen Volkswirtschaften in Zentren und Peripherien völlig aus dem Blick.

Bei etwas mehr Problembewußtsein hätten die ReformökonomInnen allerdings wissen können, was es heißt, in eine weltwirtschaftlich periphere Position zu geraten. Bereits Anfang der siebziger Jahre hat Tamás Szentes (1972) die wesentlichen Charakteristika eines peripherisierten Landes beschrieben. Aus ökonomischer Sicht heißt Peripherisierung vor allem die Herausbildung asymmetrischer Abhängigkeitsbeziehungen zu den kapitalistischen Zentrumsmächten innerhalb des Weltsystems. Durch die untergeordnete Rolle in der internationalen Arbeitsteilung wird zudem eine duale Wirtschaftsstruktur hervorgerufen, was letzten Endes dazu führt, daß eine insgesamt dualistische Gesellschaft entsteht. Schließlich erleidet das peripherisierte Land permanent Einkommensverluste, die direkte Folge verschiedenster Formen internationaler Ausbeutung sind.

Historische Parallelen

Die von Szentes genannten Phänomene dienten lange Zeit vor allem dazu, die sozioökonomischen Besonderheiten weit entfernter Entwicklungsländer zu beschreiben. Heute können wir diese jedoch auch in Ungarn selbst beobachten. Genauer gesagt, wir können sie wieder beobachten, denn Ungarn gehörte vor seiner sozialistischen Entwicklungsphase - als Teil der Donaumonarchie - natürlich bereits zur Peripherie des kapitalistischen Systems.

Während sich im Habsburger Reich die westlichen Regionen - vor allem Österreich und Böhmen - ähnlich wie die westeuropäischen Länder industriell entwickeln konnten, blieben die östlichen Teile des Reiches - und so auch Ungarn - rückständige Agrargebiete.

Als schließlich die Monarchie als einheitlicher Wirtschaftsraum auseinander fiel, befand sich Ungarn in der ausweglosen Situation eines peripheren Rohstofflieferanten, damals insbesondere für Italien, Österreich und Deutschland. Die Ausplünderung Ungarns durch Deutschland nahm im Zweiten Weltkrieg unbeschreibliche Ausmaße an. Nach dem Krieg wurden die ehemals deutschen Unternehmen durch die Sowjetunion übernommen, was in der Öffentlichkeit den Eindruck provozierte, daß die Unterordnung unter die UdSSR nichts anderes war, als die Fortsetzung von Fremdbestimmung und Unterdrückung. Diese Wahrnehmung bedarf allerdings einiger Korrekturen. In politischer Hinsicht war die Unterordnung sicherlich nahezu total. Unter wirtschaftlichen Aspekten übernahm jedoch die Sowjetunion eher die Rolle der Peripherie, zumindest insoweit, als sie nach Ungarn - wie auch in die anderen Ostblockländer - vor allem Rohöl und verschiedene Rohstoffe ausführte, während wir verarbeitete Produkte, wie Autobusse oder Kräne, exportierten.

Obwohl der starke sowjetische Einfluß auf die ungarische Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt bis zum Ende der sozialistischen Epoche erhalten blieb, wuchs gleichzeitig auch die Abhängigkeit vom Westen. Da Ungarn seit Ende der sechziger Jahre in wachsendem Umfang Kredite im Westen aufnahm und von dort - vor allem aus Deutschland - Konsumgüter einfuhrte, wurde es allmählich abhängig von den finanziellen und materiel-

»Der hegemoniale, von liberaler Apologetik gekennzeichnete Diskurs ergeht sich zwecks Ursachenergründung der gegenwärtigen Desintegrationsprozesse in Schuldzuweisungen an die alten KP-Regime. (...) ... die in Rumänien, Bulgarien, Polen Jugoslawien, Ungarn und den slowakischen Regionen betriebene Nachkriegsmodernisierung als zweiter Versuch zur Überwindung abhängiger wirtschaftlicher Strukturen nach den 1920er Jahren kann mit simplen, in die Geschichte reflektierenden Antikommunismus nicht verstanden werden.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

»Östlich von Böhmen und Mähren war der Kontinent spätestens im 18. Jahrhundert zum Kolonialgebiet westlicher Staaten und Reiche geworden.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in:

Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 6.

»Die Rezession der 70er Jahre ... stoppte dann dem Höhenflug der osteuropäischen Entwicklungsdiktaturen Und trieb in Folge alle Dollargläubiger, die sich billiges Geld am Kapitalmarkt zum Durchtauchen der Krise ausgeborgt hatten, in die später so genannte Schuldenfalle. Unter dem Druck der Zinslast stellten die KP-Regime die wirtschaftspolitischen Weichen auf Austerität. So gelehrig sich aber die Staats- und Parteiführer auch an die Auflagen des IWF hielten, dem Rumänien im Jahr 1972, Ungarn 1982 und Polen 1986 beitraten, so wenig konnten sie ihre Haut damit auf die Dauer retten.«

Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 6.

len Ressourcen der kapitalistischen Industrieländer. Es war jedoch vor allem die Auslandsverschuldung, die dazu führte, daß Ungarn in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erneut unter massiven Peripherisierungsdruck geriet.

Auslandsverschuldung und Fremdbestimmung

In den achtziger Jahren befanden sich einige osteuropäischen Länder in einer ähnlich prekären Verschuldungssituation wie eine Reihe von »Dritt-Welt«-Ländern. Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und die DDR gehörten genauso wie die Philippinen, Mexiko, Peru und andere zur Gruppe der sogenannten hochgradig verschuldeten Länder mit mittlerem Einkommensniveau. Mit Ausnahme der DDR gestaltete sich das Schuldenmanagement in diesen Ländern auch genauso wie im Süden. Die internationalen Finanzinstitutionen des Westens erlangten so wachsenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in der Region. Nach dem Zerfall des Ostblocks und dem US-amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen auf Malta (Dezember 1989) war es daher nur eine folgerichtige Entscheidung, die konzeptionelle Gestaltung des Reformprozesses dem Internationalen Währungsfonds zu überlassen.

Diese Entscheidung fiel in einer Zeit, als die heutigen Visegrad-Staaten einen raschen Beitritt zu den euro-atlantischen Organisationen anvisierten. Damals gab es lediglich eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern, die darauf hinwiesen, daß die Strategie der internationalen Finanzinstitutionen, so wie diese von den scheinbar hilfsbereiten westlichen Regierungen konzipiert war, der angestrebten Integration direkt entgegen stand. Dies läßt sich unter anderem daran festmachen, daß die letzte unmittelbare Intervention des IWF in einem westeuropäischen Land aus dem Jahr 1976 in Großbritannien datiert. Seitdem ist es mit den Fortschritten in der finanzpolitischen Integration Westeuropas schlicht unvorstellbar, daß eine in Washington ansässige Institution direkt in die Belange westeuropäischer Regierungen eingreift - nicht einmal in den Ländern, die sich fortwährend oder periodisch in finanzpolitischen Schwierigkeiten befinden (wie Griechenland, Italien u.a.).

Aber es sind keineswegs nur die internationalen Finanzinstitutionen, die in Zentralosteuropa intervenieren, auch die EU nimmt fortwährend direkten Einfluß auf die Gestaltung nationaler Politik - was die Lage natürlich nicht einfacher macht. Folgt man Gowan (1995), so hat sich in dieser Region inzwischen eine konfuse Doppelherrschaft fremdbestimmter Strategien herausgebildet. Während die makroökonomische Stabilisierung und Strukturanpassung nach Rezepten der Bretton-Woods-Organisationen - IWF und Weltbank - vollzogen werden soll, werden die Handelsbedingungen, und damit vor allem die mikroökonomische Ebene, weitgehend durch die EU bestimmt, was zu fatalen Widersprüchen zwischen Mikro- und Makroebene sowie im Bereich von Handel und Finanzen führt. Die Mehrzahl der Regierungen hat jedoch unter dem überwältigenden Eindruck des vermeintlichen Expertenwissens aus dem Westen und aus Mangel an Erfahrungen nicht einmal versucht, eigene Politikkonzeptionen zu entwerfen.

Ein nachhaltiger Eindruck davon, wie weit der Peripherisierungsprozeß inzwischen fortgeschritten ist, läßt sich z.B. aus der Rolle, die die Botschaften aus dem Westen in Ungarn oder auch in anderen ex-sozialistischen Ländern spielen, gewinnen. Seitdem bekannt wurde, daß der US-Botschafter Mark Palmer 1989 mit Miklós Németh regelmäßig Tennis gespielt hat, wollen Gerüchte über die direkte Einflußnahme westlicher Diplomaten auf die ungarische Politik nicht verstummen. Von Premierminister József Antall wird gesagt, daß ihm eine ›Wunschliste‹ des deutschen Botschafters überstellt wurde. Der neugewählte Premier Gyula Horn wurde zu einem mehrseitigen Sondergipfel nach Innsbruck geladen, bevor er seine politische Konzeption und die Zusammensetzung seiner Regierung im Sommer 1994 bekannt gab.

Auch die Abfolge der politischen Kurswechsel und der Zeitpunkt der Veröffentlichung von bestimmten Maßnahmen weisen eine auffällige Parallelität zu Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen auf. Nur wenige Tage nach der Formierung der neuen Regierung aus Sozialisten und Freien Demokraten traf im Juli 1994 eine Delegation des IWF in Budapest ein. Über die Ziele und den Zweck dieses Besuches war in der Presse nichts substantielles zu erfahren, aber genau in diesen Tagen oder wenig später wertete die Regierung den Forint um acht Prozent ab, erklärte den Verzicht auf die Ausrichtung der Weltausstellung 1996 und kündigte Kürzungen bei den Staatsausgaben im Sozialbereich an.

Die Grundsatzserklärung von Premierminister Horn über die Notwendigkeit sozialstaatlicher Opfer zugunsten einer volkswirtschaftlichen Modernisierung fiel just in jene Zeit, in der Weltbank und Internationaler Währungsfonds ihr fünfzigjähriges Bestehen in Madrid feierten. Einen Monat später wurde vom Parlament eine Kürzung des Staatshaushalts beschlossen, und dies zufällig nur wenige Tage vor dem Eintreffen des IWF-Direktors Camdessus bei Gyula Horn. So verwundert es denn auch nicht, daß dem Besuch einer IWF-Delegation im März 1995 die Ankündigung der bis dato einschneidendsten Sparmaßnahmen durch Finanzminister Bokros vorausging. Eine spätere IWF-Visite im August fiel schließlich mit einer schweren Koalitionskrise zusammen, als sich Sozialisten und Freie Demokraten nicht über die Ernennung des Gewerkschaftsführers Sándor Nagy zum Stellvertreter des Premiers oder zum Wirtschaftsminister verständigen konnten.

Sozialer und wirtschaftlicher Dualismus

In unterentwickelten Ländern ist bekanntlich ein großer Teil der Arbeiter nicht auf der Grundlage von formalen arbeitsvertraglichen Beziehung tätig. Dies setzt in ehemaligen Kolonien in der Regel die Existenz eines traditionellen Sektors voraus, der permanent Arbeitskräfte für den relativ entwickelteren, weltmarkt-orientierten Wirtschaftssektor bereitstellt. In Ungarn nimmt die dualistische Struktur von Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen die Form der sogenannten Schattenwirtschaft, in der schätzungsweise etwa 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts erzeugt werden, an. Dieser Wirtschaftssektor hat immer - auch auf dem Höhe-

»Kapital fließt von Ost nach West. So schätzt etwa der Bukarester Ökonom und Mitglied des 1989er-Revolutionärsrates Silviu Brucan, daß jährlich etwa 15 Mrd. US-Dollar aus Zinszahlungen und Amortisationen aus den Budgets des Ostens westliche Kassen zum klingeln bringen. Private Kapitalflucht kommt hinzu. Allein aus Rußland betrug sie im Jahre 1993 geschätzte 20 Mrd. US-Dollar...«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen,

punkt zentralistischer Wirtschaftsplanung - existiert. Aber seine eigentliche Ausdehnung durch die massenhafte Gründung von halblegalen Klein- und Kleinstbetrieben setzte erst in den achtziger Jahren ein, als die wachsenden Finanzprobleme die kommunistische Führung zur Aufweichung des Systems zentralistischer Planung zwangen.

Seither haben Wirtschaftswissenschaftler der zeitlichen Parallelität von heraufziehender Schuldenkrise und der Herausbildung des Sektors der Kleinproduktion nicht allzuviel Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ignoranz gegenüber diesem auffälligen Zusammentreffen und die Unfähigkeit, dieses Phänomen als Indiz für beginnende Unterentwicklung zu identifizieren, haben schließlich die Illusion genährt, daß dieser Sektor der Kleinunternehmer eine wichtige Ausgangsbasis für die zukünftige Privatwirtschaft darstellen würde. So hat vor allem János Kornai in seinem berühmten Manifest für den Übergang Ungarns zur freien Marktwirtschaft (1989/1990) die Auffassung vertreten, daß die ungarische Wirtschaft durch einen gesunden und einen kranken Sektor geprägt sei. Den ersten stellt bei ihm die im Entstehen begriffene Privatwirtschaft dar, während mit dem zweiten der staatliche Sektor gemeint ist.

In Anlehnung an die Ideen Hayeks gingen die Wirtschaftsreformer in den achtziger Jahren davon aus, daß die Einführung eines freien Marktes quasi automatisch die Korruption in Wirtschaft und Politik zurückdrängen und zudem das Moralniveau in der Gesellschaft insgesamt anheben würde. In Wirklichkeit haben wir das gerade Gegenteil davon erlebt. Jedermann weiß, daß die Privatisierung mit massiver Korruption einherging und daß die Mehrzahl der neuen Privatunternehmer von der Steuerhinterziehung lebt. Tausende Unternehmen wurden allein mit dem Ziel gegründet, geradeso die Lebenshaltungskosten für die Familie zu erwirtschaften. Daneben gibt es ›Unternehmer‹, die offiziell noch nie einen Forint Profit erwirtschaftet haben, aber Luxuslimousinen fahren oder ihren Urlaub auf Zypern oder in Dubai verbringen.

Die nunmehr privatisierten ehemaligen Staatsbetriebe und die neugeschaffenen privaten Gesellschaften tragen praktisch so gut wie nichts zum Staatshaushalt bei. Um diesem Problem beizukommen, hat die vorherige nationalistische Regierung eine sogenannte »Mindeststeuer« erlassen, die aber durch die sozialistisch-liberale Koalition inzwischen wieder abgeschafft wurde. Das ist nur ein Beispiel für den offensichtlichen Mangel an einer konsistenten Politik in bezug auf die sogenannte Schattenwirtschaft, die einerseits als Form der Verkürzung von Staatseinnahmen verufen ist, die aber andererseits als durchaus produktive Struktur jenseits formaler Marktbeziehungen, die durch Gesetze reguliert und geschützt werden, anerkannt wird.

In unserer ›entstehenden‹ Marktwirtschaft - wie sie im Jargon der internationalen Finanzinstitutionen gern genannt wird - unterliegt die Bereicherung von Individuen und Institutionen über den Finanzsektor faktisch keinerlei Beschränkung. Weil sie dann sofort verdächtigt würde, die Herausbildung von Marktbeziehungen zu hintertreiben, kann und will die Regierung die

»Im chaotisch verlaufenden Umstellungsprozess - der in Osteuropa mit dem treffenden Schlagwort ›wilder Kapitalismus‹ bezeichnet wird - herrscht ein rüder Konkurrenzkampf um die wirtschaftlichen Machtpositionen, um die Kontrolle der sich formierenden Kapitalstrukturen, wobei sich auch viele ehemalige Nomenklatura-Mitglieder bestens den neuen Verhältnissen anpassen verstanden.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 104.

hier entstehenden Einkommen nicht kontrollieren. Während also die Angestellten der Budapester Banken praktisch ihre Vereinigung mit Europa bereits vollzogen haben, sind sie drauf und dran zu vergessen, wie der Rest der Bevölkerung lebt.

Die neue regionale Struktur wirtschaftlicher Entwicklung läßt vermuten, daß auch der nationale Raum als Maßstab ökonomischer Integration an Bedeutung verliert. Einige Landesteile werden zu Nutznießern des Zustroms von Auslandskapital, während andere Gegenden unter hoher Arbeitslosigkeit und De-Industrialisierung leiden. Die Profiteure sind gegenwärtig das Gebiet um Budapest und die davon westlich gelegenen Regionen, was wiederum stark an Washington D.C. erinnert, wo relative Sicherheit und Wohlstand auch in den nordwestlichen Gebieten konzentriert sind.

Alle größeren Investitionen in der Automobilindustrie haben z.B. bisher ausschließlich in Nordwestungarn stattgefunden. Wie auch in anderen ex-sozialistischen Ländern wird zwar hin und wieder über Industriepolitik räsoniert, aber Regionalpolitik bleibt völlig außer Betracht. Gegenüber solchen vermeintlich wichtigen Themen wie Privatisierung, Preisreform und Attraktion von Kapitalimporten wird diese Aufgabe vernachlässigt. »Die neue Regierung hat weder die Fähigkeit noch die Erfahrung, Investitionen als Element der Regionalpolitik einzusetzen« (Sadler und Swain 1994: 387).

Sinkender Lebensstandard

Preissteigerungen und Arbeitsplatzvernichtung galten in den letzten sechs Jahren stets als vertretbarer Preis für einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union. Während die Arbeitslosenrate auf einem Niveau stabilisiert werden konnte, das unter westeuropäischen Verhältnissen für durchaus normal gehalten wird (nach der offiziellen Statistik etwas über zehn Prozent), lag die ungarische Inflationsrate in den letzten fünf Jahren immer über 20 Prozent - und in den anderen »Transformationsländern« noch weit darüber. Die galoppierende Inflation war nicht zuletzt unmittelbare Folge einer verfehlten Regierungspolitik, die von der Vorstellung besessen war, Einkommen und Reichtum nach kapitalistischen Grundsätzen zu verteilen.

Die vermeintlichen Erfordernisse kapitalistischer Akkumulation haben die Regierungen zu massiven Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeitenden getrieben. In voller Absicht - noch verstärkt durch die allgemeine institutionelle Anarchie der Transformationsperiode - wurden die Reallöhne permanent unter Druck gesetzt. Ein typisches Beispiel für diese Art »Neues Denken« lieferte der ungarische Finanzminister, der nach der Durchsetzung der bisher einschneidendsten Sparmaßnahmen im März 1995 erklärte, daß es durch eine zehnprozentige Reallohnsenkung gelungen sei, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft wiederherzustellen. Dies ist jedoch nichts anderes, als ein typisches Denkmuster in peripheren Ökonomien, wo ausschließlich die Senkung der Arbeitskosten in Erwägung gezogen wird, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu vergrößern.

»...auch die stark angewachsenen Arbeitslosenraten, die hohen Inflationsraten und Budgetdefizite sowie die massiven Reallohnverluste widerspiegeln eine fatale Wirtschaftskrise, wie sie selbst in DrittWeltstaaten äusserst selten zu verzeichnen ist.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 103.

Dazu paßt, daß László Békesi, der ehemalige Finanzminister der sozial-liberalen Koalition, bei jeder Gelegenheit im Weltbankjargon verkündete, daß »die Ungarn über ihre Verhältnisse leben«. In seinem Wahn versuchte er sogar, Lohnbeschränkungen in den Niederlassungen multinationaler Konzerne einzuführen - wofür er allerdings nur den Spott des Managements erntete. Die Weltbank jedoch hat sich diese Sicht auf die ungarischen Verhältnisse längst zu eigen gemacht und bezeichnet das soziale Sicherungssystem in Ungarn - mit einem Begriff, der von János Kornai geprägt wurde - als »sozialstaatliche Frühgeburt«. Und dies kommt einem Todesurteil gleich.

»Früher hatte man zu wenig Einkaufsmöglichkeiten, jetzt zu wenig Geld. Die Lage verschlimmerte sich teilweise noch, da heute deutlich mehr Leute unter einem offiziellen ›sozialen Minimum‹ leben: 1994 je nach Land und Schätzung von rund einem Zwölftel in Tschechien bis zu zwei Dritteln in Serbien. (...) Insgesamt gesehen kann man von einer Tendenz zu einer ›Drittelsgesellschaft‹ sprechen: Gegen zwei Drittel der Osteuropäer leben in mehr oder weniger grosser finanzieller Bedrängnis oder sogar Armut, nur rund ein Drittel lebt in guten bzw. einigermaßen zufriedenstellenden Verhältnissen.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 104.

Obwohl der private Konsum wie auch die Sozialausgaben in den zurückliegenden sechs Jahren drastisch reduziert wurden, wird die fortgesetzte Sparpolitik offiziell weiterhin mit dem vermeintlichen »Überkonsum« der Bevölkerung gerechtfertigt. Unabhängig von ihrer Parteizusammensetzung hat es bisher keine Regierung vermocht, den Prozeß der Zersetzung einer ehemals großen, relativ wohlhabenden Mittelschicht, die vor allem durch die redistributive Sozialpolitik des Staatssozialismus geschaffen und aufrechterhalten wurde, zu stoppen. Die Anzahl derer, die unterhalb der Armutsgrenze dahinvegetieren müssen, wächst sowohl absolut als auch relativ in atemberaubendem Tempo. Folgt man Peter Townsend (1995), dann widerspiegelt der dramatische Anstieg der Massenarmut in Osteuropa das Voranschreiten eines globalen Polarisierungsprozesses.

Wie unattraktiv das politische System des Staatssozialismus in den verschiedenen Ländern Osteuropas auch gewesen sein mag, es ist heute unbestreitbar, daß es wenigstens ein bestimmtes (relativ hohes) Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten vermochte. Der plötzliche Verlust dieses sozial stabilen Umfelds hat nicht zuletzt zu einem tiefen demographischen Einbruch geführt. Einer UNICEF-Studie zufolge hat der »Systemwechsel« dazu geführt, daß in Rußland, in der Ukraine, in Bulgarien, Ungarn und Polen die Anzahl der Sterbefälle zwischen 1989 und 1995 um sage und schreibe 800.000 über der Anzahl der Geburten lag (Petra und Vieux 1995: 1). Die Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen hat mit 52 bis 80 Prozent zur Erhöhung der Sterbeziffer beigetragen. In allen ex-sozialistischen Ländern ist die Lebenserwartung dramatisch gesunken. In Ungarn liegt sie für Männer jetzt bei 65 Jahren - das ist einer der niedrigsten Werte in ganz Europa und exakt das Alter, auf das der Renteneintritt demnächst angehoben werden soll.

Die einzige Hoffnung

Im Verständnis des Weltsystemansatzes nehmen Semiperipherien eine Position zwischen Zentrums- und Peripherieökonomien ein. Es gibt tatsächlich einige Intellektuelle, die glücklich darüber sind, daß die zentralosteuropäischen Länder in einer wesentlich besseren Lage sind als die Reformstaaten auf dem Balkan oder gar in der GUS - das heißt, wir werden Semiperipherie statt Peripherie. Aber es geht überhaupt nicht darum, in welche Gruppe man sich im nachhinein einordnet, sondern darum, ob die vor-

handenen Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die relative Position einer Volkswirtschaft zu verbessern. Derartige Möglichkeiten hätten z.B. in der Entwicklung von Skoda in Tschechien oder Tungsram in Ungarn zu multinationalen Unternehmen bestanden. Statt dessen wurden diese Unternehmen an den erst besten - noch dazu an Konkurrenten - verkauft. Damit wurde die Möglichkeit, sich wenigstens unter den Semiperipherien weiter nach oben zu arbeiten, leichtfertig vergeben.

Auf der anderen Seite hat auch das weitere Zurückfallen vielleicht sein Gutes. Der international nicht so wahrgenommene, aber im nationalen Maßstab beeindruckende Erfolg des Fußballvereins Ferencváros zeigt, daß sich der neue Peripherisierungsschub möglicherweise günstig auf den Sport auswirken könnte. Im Fußball gibt es bekanntlich zwei Grundlagen des Erfolges: entweder Reichtum oder Armut. Im ersten Fall haben die Unternehmen eines Landes soviel überschüssige Ressourcen, daß sie als Sponsoren Sportschulen unterstützen können und so die besten Bedingungen für die Auswahl und die Entwicklung der Talente schaffen (das beste Beispiel sind die Niederlande). Im zweiten Fall haben die Jugendlichen keine andere Chance, ihr Leben zu verbessern, als möglichst perfekt im Umgang mit dem Ball zu werden, damit sie später in den Profiligen irgendwo auf der Welt spielen können (herausragendes Beispiel ist hier Brasilien).

Der ungarische Fußball hatte zwischen 1938 und 1954, als die Nationalmannschaft zweimal Vizeweltmeister wurde, eine Spitzenstellung inne. Als sich in den Jahren danach die materiellen Verhältnisse der Menschen verbesserten, eröffneten sich auch andere Chancen für die Jugend. Und so ging die Qualität des Fußballs im selben Maße zurück, wie auch wirtschaftliche Desintegration und soziales Elend zurückgingen. Wenn sich nun die wirtschaftliche Situation wieder verschlechtert und die Menschen allmählich begreifen, worin der wahre Charakter des neuen Systems besteht, wird sich möglicherweise auch die Einstellung zum Fußball wieder ändern. Uns wird es vielleicht nicht sonderlich gut gehen, aber dafür könnten wir einen neuen Aufschwung im ungarischen Fußball erleben - wenn das nichts ist.

- Burnham, Peter (1990): *The Political Economy of Postwar Reconstruction*, London.
- Gowan, Peter (1995): *East Central Europe's Headless Hegemon*, in: *Labour Focus on Eastern Europe*, Spring.
- Holland, Stuart (1995): *The European Initiative: Economic and Social Cohesion in the 1990s*, Nottingham.
- Kornai, János (1989/1990): *Indulatos röpriat a gazdasági átmenet ügyében*, Budapest, (engl. *The Road to a Free Economy*, New York).
- Petras, James and Steve Vieux (1995): *The Morbidity of Capitalism in the Former Soviet Bloc*.
- Radice, Hugo (1995): *Organizing Markets in Central and Eastern Europe: Competition, Governance and the Role of Foreign Capital*, in: E. Dittich, G. Schmidt and R. Whitley (Eds.): *Industrial Legacies and Industrial Transformation in Europe*, Sage.
- Sadler, David and Adam Swain (1994): *State and market in Eastern Europe: regional development and workplace implications of direct investment in the automobile industry in Hungary*, in: *Trans Inst BrGeogr NS* 19.
- Szentes, Tamás (1972): *Elmaradottság és fejlesztés. Az elmaradottság leküzdésének kérdései* Afrkában, Budapest.
- Townsend, Peter (1995): *Poverty in Eastern Europe: The latest manifestation of global polarization*, in: G. Rodgers and Von Der Hoeven (Eds.): *New Approaches to Poverty Analysis and Policy - III: The Poverty Agenda: Trends and Policy Options*, Geneva (International Institute for Labour Studies).

Aus dem Englischen von ARNDT HOPFMANN

ULRICH BUSCH

Kapitalimport und Entwicklung

Ungarische Erfahrungen

Entwicklungsrückstand und Kapitalbedarf

Der Transformationsprozeß in den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt die Entwicklungstheorie und -politik vor gänzlich neue Herausforderungen. Das bisherige Schema, worin der Weltmarkt von den Industrieländern dominiert wird und eine große Anzahl unterentwickelter Länder bemüht ist, sich auf dem Wege der Industrialisierung aus dem Zustand von Abhängigkeit und Unterentwicklung herauszuarbeiten, trifft für Mittel- und Osteuropa nicht zu. Die Transformationsländer sind mehrheitlich keine Agrarwirtschaften, deren Entwicklungsrückstand durch Industrialisierung überwunden werden soll, sondern Ökonomien, deren Basis neben der Landwirtschaft bereits die Industrie ist. Wenn auch eine, die, gemessen an den Erfordernissen des Weltmarktes, als fehlstrukturiert, größtenteils veraltet und ineffizient charakterisiert werden muß. Das traditionelle Modell nachholender Entwicklung, welches durch die Verbindung von Agrarmodernisierung und Industrialisierung gekennzeichnet ist,¹ läßt sich vom Grundsatz her also nicht auf die Transformationsökonomien anwenden. Ebenso wäre es unzutreffend, diese in ihrer Gesamtheit als Entwicklungsländer zu bezeichnen.

Zweifellos aber existiert in diesen Ländern² gegenüber den entwickelten Industrieländern ein deutlicher Entwicklungsrückstand und ein enormer Nachholbedarf. Da sich die Zielstellung der Transformation nicht im Systemwechsel erschöpft, sondern vielmehr auf Wohlfahrtseffekte gerichtet ist, letztlich auf eine Annäherung im Lebensniveau an die entwickelten Industrieländer, ist es nur natürlich, daß der Entwicklungsrückstand zunächst als Wohlfahrtsdefizit wahrgenommen wird. Die Ursachen für das unvermindert fortbestehende Wohlstandsgefälle liegen aber in erster Linie im Produktivitätsniveau und damit im Umfang und im technischen Niveau der Kapitalausstattung. Existierte hier schon vor dem Systemwechsel ein deutlicher Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Ökonomien, so hat sich diese Diskrepanz aufgrund des Zusammenbruchs der Produktion, des Niedergangs ganzer Produktionszweige und des Wegbrechens traditioneller Kooperations- und Marktbeziehungen im Zuge der Transformation noch erheblich verstärkt. Die Erhöhung des Produktionsniveaus und die Schließung der Produktivitätslücke kann nur auf dem Wege einer grundlegenden Restrukturierung und Modernisierung sowie gleichzeitigen Erweiterung des Kapital-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Dr. sc. oec., seit 1987 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Wirtschaftspolitik, Transformationstheorie und -politik; Forschungsarbeiten zur Geldtheorie und zur Transformationsproblematik: z.B. »Probleme der Einheit«, Bd. 3, Monetäre Probleme, 1991; »Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung« (Mithrsg.) 1991; »Theorie und Praxis von Transformation in der Gegenwart« 1992; Aufsätze in: »Transformation in Mittel- und Osteuropa« 1993; »Sozialpolitik in der ökonomischen Diskussion« 1994; in »UTOPIE kreativ« zuletzt: »Langfristige Strukturveränderungen und Frauenerwerbstätigkeit im Land Brandenburg« (Heft 53, März 1995; zusammen mit Kerstin Walter).

stocks geschehen. Hierzu ist eine verstärkte Investitionstätigkeit erforderlich, das heißt eine Zunahme des Umfangs und der Dynamik der Investitionen sowie eine Verbesserung ihrer Struktur und Effizienz.

Der dafür erforderliche Kapitalbedarf wird für die Vishe-grad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn), Rumänien und Bulgarien, bezogen auf eine mittlere Frist von zehn Jahren, auf 300 bis 400 Mrd. US-Dollar jährlich veranschlagt.⁵ Nimmt man Rußland und andere Staaten Osteuropas hinzu, so erhöht sich dieser Betrag auf mehr als 1.000 Mrd. US-Dollar. Wie leicht einzusehen ist, läßt sich diese Summe weder aus den verfügbaren inneren Quellen der Kapitalakkumulation decken noch aus äußeren Quellen aufbringen. Die Deckung des für die Modernisierung und Erweiterung des Kapitalstocks erforderlichen Kapitalbedarfs erweist sich als ein bisher ungelöstes Problem. Aber nicht nur das. An dieser Frage scheiden sich auch die entwicklungstheoretischen und -politischen Vorstellungen. Während die eine Konzeption⁴ hierin vor allem einen Kapitalmangel sieht, der durch eine unzureichende inländische Ersparnisbildung entsteht und durch Nettoressourcenzuflüsse und Nettokapitalimporte ausgeglichen werden soll, setzt die andere Konzeption⁵ auf Exportüberschüsse und eine stabilitätsorientierte Unterbewertung der Währung. Modelltheoretisch lassen sich beide Konzepte begründen. Praktisch jedoch erweisen sich beide als höchst problematisch.

Das Strategiekonzept einer importorientierten Entwicklung

Den Kern dieses, von westlichen Beratern und einflußreichen internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank nachdrücklich empfohlenen Strategiekonzepts bildet der Kapitalimport. Dabei wird der Transfer von Kapital in der Regel mit der Auflage verbunden, umfassende Liberalisierungsmaßnahmen einzuleiten und die Wirtschaft schnellstmöglich zu privatisieren. Ungeachtet der Erfahrungen, die in der Vergangenheit in Ländern der Dritten Welt mit derartigen Entwicklungsstrategien gemacht wurden, setzen die Transformationsländer darauf. Für viele wurde der Kapitalimport zur Entwicklungsstrategie überhaupt: Der Erfolg der Transformation mißt sich daran, inwieweit es gelingt, ausländisches Kapital zu attrahieren. Die Popularität der Politiker hängt entscheidend hiervon ab. Innenpolitische Maßnahmen werden mit Rücksicht auf die Kreditfähigkeit des Landes gegenüber ausländischen Banken und Investoren getroffen.

Der Umfang ausländischer Kapitalzuflüsse wurde zum Maßstab für das erfolgreiche Vorankommen auf dem Wege zur Marktwirtschaft. Mit dem Kapitalimport ist die Erwartung verbunden, moderne Technologien und das dazugehörige know how zu importieren, das Engagement erfahrener ausländischer Unternehmer zu nutzen, auf Absatzmärkte der ausländischen Investoren zu expandieren und schließlich durch die Produktion und den Export weltmarktfähiger Erzeugnisse die außenwirtschaftliche Position zu verbessern. Der Schuldenaufbau im Ausland, der mit dem Kapitalimport zwangsläufig verbunden ist, soll nur vorübergehend stattfinden. Eine Umkehr der Waren- und Kapitalströme auf

Die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa weisen hinsichtlich des Produktivitätsniveaus und des Lebensstandards gegenüber den westlichen Industrieländern einen nicht zu übersehenden Rückstand auf. Die theoretisch wie praktisch interessierende Frage ist, wodurch dieser Rückstand verursacht wird und welche Entwicklungsstrategie geeignet ist, ihn schnellstmöglichst zu überwinden. Für die Beantwortung dieser Fragen gibt es konträre Vorstellungen und Lösungsansätze.

der Grundlage von Exporterfolgen soll für eine baldige Entschuldung sorgen ... – »Welch ein Irrtum!« (Ernst Jandl). Ein Irrtum gleich in mehrfacher Hinsicht:

Erstens schon vom Volumen her. Gemessen am Kapitalbedarf in Billionenhöhe nehmen sich die bisher realisierten und in nächster Zukunft zu erwartenden Kapitalzuflüsse eher gering aus. 15 bis 20 Mrd. US-Dollar jährlich waren es bisher, wobei diese Summe auch alle humanitären Hilfsgelder, Schuldenerlasse, Strukturanpassungsfinanzierungen u.ä.m. enthält.⁶ Selbst wenn man davon ausgeht, daß sich diese Summe in den nächsten Jahren verdoppeln und verdreifachen wird, so ist ihre Relation zum tatsächlichen Bedarf, die bisher bei ein bis zwei Prozent liegt und perspektivisch vielleicht bei fünf bis zehn Prozent liegen wird, doch derart, daß davon keine durchgreifenden Veränderungen in der technischen Ausstattung und im Produktivitätsniveau der Transformationsländer zu erwarten sind.

Zweitens von der Struktur her, denn der größte Teil der Kapitalzuflüsse besteht aus Krediten, noch dazu kurzfristigen, die wenig geeignet sind, tiefgreifende Strukturveränderungen herbeizuführen. Positiver sind da schon Direktinvestitionen zu beurteilen. Aber auch hiervon dient der größte Teil lediglich der Eroberung und Sicherung von Absatzmärkten,⁷ nur etwa ein Drittel erfüllt den Zweck der Produktionsverlagerung.⁸ So jedenfalls stellt es sich generell dar. In Ungarn ist das Bild günstiger, sowohl vom Umfang der Direktinvestitionen (vgl. Tabelle 1) als auch von ihrer Struktur her, denn »the decisive majority of investments by foreigners was made in manufacturing«⁹.

Tabelle 1: Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Ungarn (in Mio. US-Dollar)

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
23	215	569	2.107	3.424	5.576	7.087

Quelle: National Bank of Hungary, Monthly Report, 3/1995, S. 106.

Drittens führt die importorientierte und mittels Krediten finanzierte Entwicklungsstrategie zwangsläufig zu einer steigenden externen Verschuldung. Mit dem Anstieg der Schulden sinkt aber das Vertrauen der Investoren und Gäubiger in die Stabilität des Schuldnerlandes. Dies hat Konsequenzen: Zum einen verteuert sich dadurch von Jahr zu Jahr der eingeschlagene Weg. Mit steigender Verschuldung und sinkendem Vertrauen in die Stabilität steigt selbstverständlich der Preis, der in Form steigender Zinsen und schlechterer Konditionen für neue Kredite und immer größerer Zugeständnisse in Gestalt von Steuervorteilen, Sonderbedingungen usw. an die ausländischen Banken und Investoren zu zahlen ist. Zum anderen erweist sich die zunehmende äußere Verschuldung für die Transformationsländer unter den Bedingungen eines von den Hartwährungsländern dominierten Weltmarktes geradezu als Entwicklungsfalle. Da die Reformländer selbst über keine kontraktfähige Währung verfügen, sind sie gezwungen,

Verträge in Fremdwährungen abzuschließen. Dies impliziert, daß auch alle Zins- und Tilgungszahlungen in Fremdwährung zu leisten sind. Der Zwang zur Bedienung der Schulden aber forciert ein Exportieren um jeden Preis. Vorzugsweise sind es Niedriglohnprodukte und Rohstoffe, die exportfähig sind. Dadurch verstetigt sich tendenziell die Diskrepanz im Reallohn, in der Produktivität und im Wohlfahrtsniveau, eine Tendenz, die gerade umgekehrt werden sollte. Aber nicht nur das. Es erfolgt auch eine Zersetzung der Funktionsfähigkeit der inländischen Währung, des Kreditmarktes und der Ersparnisbildung. In zunehmendem Maße werden binnenwirtschaftliche Transaktionen in fremder Währung abgewickelt. Der nationale Währungs- und Wirtschaftsraum wird mehr und mehr zum Objekt der Bewirtschaftung durch einen fremden Markt und fremde Interessen.

Nicht Entwicklung wird somit letztlich durch den Import von Kapital herbeigeführt, sondern ökonomische Peripherisierung, wobei sich die Währungskonkurrenz als der Mechanismus erweist, über welchen diese exekutiert wird.¹⁰

Schließlich gilt es zu erkennen, daß der mit dem Schuldenaufbau im Ausland einhergehende negative Vertrauenseffekt den weiteren Zustrom von Kapital gefährdet. Im Falle des Bonitätsverlustes droht eine Verschuldungskrise und damit der Abbruch der eingeschlagenen Entwicklung. Derartige Szenarien, mit allen ihren ökonomischen und sozialen Auswirkungen, sind aus Lateinamerika hinreichend bekannt.

Viertens ruft eine importorientierte Entwicklungsstrategie binnenwirtschaftlich eine Konstellation hervor, die eher dazu tendiert, ein Stagnationsszenario zu verewigen statt Entwicklungspotentiale freizusetzen. Dies resultiert schon daraus, daß Leistungsbilanzdefizite zunächst einen Angebotsüberschuß auf dem Gütermarkt bewirken. Dieser wirkt sich dämpfend auf die Produktion und die Investitionstätigkeit aus. Die erfolgreiche Ingangsetzung eines Akkumulationsprozesses wird dadurch erschwert. Ressourcen liegen in erheblichem Umfange brach und die Wirtschaft bewegt sich in den verhältnismäßig starren Bahnen eines Rezflationsszenarios,¹¹ d.h. Rezession und Inflation bestimmen das Bild.

Für Ungarn läßt sich ein derartiges Profil für einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren (von 1988 bis 1995) konstatieren, wobei am Ende dieser Periode die Probleme größer waren als zu Anfang (vgl. Tabelle 2, am Ende des Beitrages).

Fünftens ist zu fragen, ob die westlichen Industrieländer überhaupt ein originäres Interesse daran haben, daß sich die Reformländer ökonomisch umfassend entwickeln. Bisher ist nur ein Interesse an neuen Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Produktionsstandorten mit niedrigen Arbeitskosten und weniger strengen Umweltbestimmungen auszumachen. Um diese Bedingungen auch für die Zukunft zu sichern, scheint eine begrenzte Entwicklung wünschenswert, nicht aber eine Angleichung des Produktivitäts- und Wohlstandsniveaus der Transformationsländer an das der hochentwickelten Ökonomien.

So sind neben marktsichernden Motiven als Standortkriterien

»Überhaupt leidet der momentan in vielen Ländern verfolgte Reformansatz an einem impliziten ›Konstruktivismus‹, der davon auszugehen scheint, daß es allein darauf ankommt, in den Studierstuben erdachte Blaupausen für staatlich-administrative Maßnahmen der Realität aufzunötigen. Für spontane wirtschaftliche Prozesse bleibt in diesen Strategien wenig Raum. Da ihre reale Existenz damit natürlich nicht wegdefiniert werden kann, kollidieren die scheinbar perfekten Strategieentwürfe fortwährend mit der Wirklichkeit und haben völlig unerwartete Ergebnisse zum Resultat, so daß der gesamte Reformprozeß von Konfusion und anarchischen Tendenzen geprägt bleibt.«
Milos Nikolic: Fünf Jahre Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Ergebnisse, Probleme, Perspektiven, in: Utopie kreativ, Nr. 59 (September 1995), S. 15.

für Investoren in Mittel- und Osteuropa vor allem die Arbeitskosten ausschlaggebend.¹² Das relativ niedrige Lohnniveau stellt ein Motiv für die Verlagerung insbesondere von lohnintensiver (und folglich kapitalarmer) Produktion in die Transformationsländer dar. Durch die damit verbundenen Investitionen wird die Produktivitätslücke zwischen den westlichen Metropolen und Mittel- und Osteuropa aber gerade nicht geschlossen, sondern eher noch verfestigt. Die durch solcherart Arbeitsteilung und Kapitalverflechtung bedingte Integration der Reformländer in die Weltökonomie markiert dann zwar deren Transformation in eine Marktwirtschaft, nicht jedoch ihre Entwicklung zu modernen Industrieländern.

Die Chancen im ökonomischen Wettbewerb, die sich aus der Verbindung von Niedriglöhnen mit modernster Technik ergeben und die heute vor allem in Südostasien wahrgenommen werden,¹⁵ können von den Transformationsländern für ihren Aufholprozeß so kaum genutzt werden. Eher besteht die Gefahr, daß sie – nicht zuletzt durch die Kredit- und Investitionshilfe des Westens – in eine Position dauerhafter Abhängigkeit und Unterentwicklung hineinmanövriert werden.

Sechstens zeigt sich mehr und mehr, daß die Industrieländer nicht bereit sind, ihre Märkte für die Transformationsökonomien zu öffnen. So gibt es zum Beispiel hinreichend Belege dafür, wie die Europäische Union Ungarns Wunsch nach einer Intensivierung der Handelsbeziehungen, einer engeren Kooperation in der Wirtschaft und schließlich dem Beitritt zur Europäischen Union »abblockt«¹⁴.

Der Marktzugang wird »vor allem durch die zögernde Handelsliberalisierung in den aus der Sicht der EU »sensiblen« Bereichen Landwirtschaft, Textilien und Bekleidung sowie Stahl« »verengt«¹⁵. Dadurch forciert die EU Handels- und Leistungsbilanzdefizite bei den Transformationsländern. Die zum Abbau der Schulden erforderliche Umkehr der Waren- und Kapitalströme kommt jedoch nicht zustande, was letztlich zu einem Scheitern dieser Strategie führen muß.

Interessanterweise werden in den Transformationsländern selbst zunehmend Vorbehalte gegen eine Strategie wachsender Kapitalimporte laut.¹⁶ Nicht selten werden diese direkt als nationale Interessen formuliert.¹⁷

Die Alternative: exportgestützte Entwicklung

Alternativ zu der sich auf Ressourcentransfers und Kapitalimporte stützenden Strategie wurde ein Entwicklungskonzept entworfen, worin der »Anstieg der Exporte zur zentralen entwicklungsstrategischen Variable«¹⁸ erklärt wird. Die Vertreter dieses Konzepts berufen sich dabei auf merkantilistische Positionen sowie auf Beispiele aus der älteren und jüngeren Geschichte,¹⁹ welche deutlich machen, daß eine am Export orientierte Strategie sehr viel erfolgreicher einen ökonomischen Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen vermag als Kapitalimporte.

Die eigentliche Fragestellung ökonomischer Entwicklung besteht darin, wie ein stabiler Einkommensbildungsprozeß hervorgerufen und aufrecht erhalten werden kann. Die Antwort liegt in

»... die Exporte stehen am Anfang der Ableitungskette, weil sie Entwicklung bedingen, während die Importe am Ende der Ableitungskette stehen, weil sie aus Entwicklung folgen.«

Hajo Riese: Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema, in: Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 4, Frankfurt/New York 1986, S. 180.

der Investitionsdynamik und –struktur begründet. Für eine spürbare Belebung der Investitionstätigkeit sind jedoch zwei makroökonomische Bedingungen essentiell: Zum einen muß das nationale Geld einen gewissen Grad an Stabilität aufweisen, damit Vertrauen entsteht und die Investoren bereit sind, auch langfristig in der nationalen Währung zu wirtschaften. Und zum zweiten ist eine Nachfragequelle erforderlich, ein externer Schub, der die Wirtschaft belebt und die brach liegenden Ressourcen mobilisiert. Dies leistet der Export.

Die Exportstrategie führt zu Leistungsbilanzüberschüssen, die mit Hilfe des Wechselkurses garantiert werden. Dazu bedarf es einer Unterbewertung der nationalen Währung. Diese wird zunächst mittels einer deutlichen Abwertung erreicht und dann durch den Einsatz einer geeigneten Wechselkursstrategie über eine längere Periode hinweg aufrechterhalten. Der Vorteil einer solchen Strategie sowie dauerhafter Leistungsbilanzüberschüsse ist darin zu sehen, daß sich gleichzeitig mit dem nachfrageinduzierten Produktionswachstum die Reputation der inländischen Währung verbessert.²⁰ Dies wiederum führt dazu, daß der Spielraum für eine konjunkturell förderliche Geldpolitik im Inland zunimmt und das Zinsniveau gesenkt werden kann, wodurch die Investitionstätigkeit zusätzlich stimuliert wird.

Notwendige Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung einer solchen Entwicklungsstrategie sind neben den institutionellen Voraussetzungen vor allem ein ausgeglichenes Budget des Staates, eine moderate Einkommenspolitik, die verhindert, daß Geldloohnerhöhungen inflationär wirken, sowie eine stabile außen- und innenpolitische Lage. Ferner scheint es zweckmäßig zu sein, die über die Exportschiene initiierte wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich durch protektionistische Maßnahmen zu flankieren. Erst durch die Kombination von Leistungsbilanzüberschüssen und selektiver Protektion wird das exportorientierte Entwicklungsmodell zu einer wirtschaftspolitisch praktikierbaren Strategie. Die Unterbewertung der Währung ermöglicht die notwendigen Exporte für das Erreichen eines Leistungsbilanzüberschusses, nährt Aufwertungserwartungen und stärkt über die Vergrößerung der Reallohndifferenziale die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Produzenten auf dem Weltmarkt. Die selektive Protektion ermöglicht und forciert die Diversifizierung der Produktionsstruktur und damit die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Ökonomie.

Im positiven Falle führt diese Strategie zu einer Marktconstellation, die durch einen funktionierenden Investitions–Einkommens–Mechanismus gekennzeichnet ist sowie durch eine steigende Akkumulation. Auch ausländische Investoren würden dadurch motiviert werden, Direktinvestitionen zu tätigen.

Die Problematik dieses Konzepts liegt in seiner Durchführbarkeit. Es sind dabei vor allem drei Aspekte, die gegenwärtig verhindern, daß die Transformationsländer kompromißlos und ohne Abstriche den Weg einer exportorientierten Entwicklungsstrategie einschlagen.

Erstens betrifft dies die außenwirtschaftliche Ausgangssituation.

»Seit dem Ausbruch der friedlichen Revolutionen im Osten Europas besteht in der wissenschaftlichen Diskussion weithin Einigkeit darüber, daß ein Erfolg der dortigen marktwirtschaftlichen Reformen eine möglichst rasche Integration dieser Länder in die Märkte Westeuropas bedingt... Weniger Übereinstimmung herrscht im Hinblick auf das Ausmaß und die Stufen einer Osterweiterung der Europäischen Union.«
J. Stehn: Stufen einer Osterweiterung der Europäischen Union, in: Die Weltwirtschaft, 2/1994, S. 194.

Mit Ausnahme Tschechiens traten alle Länder mit einem erheblichen Bestand an Auslandsschulden in den Transformationsprozeß ein. Im Falle Ungarns, das, bezogen auf die Größe des Landes und sein Wirtschaftspotential, die meisten Auslandsschulden angehäuft hat (vgl. Tabelle 3, am Ende des Beitrages), bestimmte dieser Fakt sogar ganz maßgeblich die Politik. Von einer Wahlfreiheit in bezug auf die einzuschlagende Wirtschaftsstrategie kann insofern keine Rede sein. Der Umfang der Exporte wird eher durch die Notwendigkeit diktiert, die Schulden zu bedienen und die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuhalten, als daß hierin eine Strategie zur Initiierung binnenwirtschaftlichen Wachstums und einer stabilen ökonomischen Entwicklung erblickt werden könnte. *Zweitens* sind die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine exportgeleitete Entwicklung zumeist nicht gegeben. Die Markt-konstellationen entsprechen mehr oder weniger dem Typ einer Inflationsökonomie, in der hohe Inflationsraten, Budgetdefizite und Auslandsschulden bestimmend sind. Selbst da, wo die institutionellen Voraussetzungen für eine effiziente Markt- und Geldwirtschaft bereits geschaffen wurden, wie in Ungarn, gibt es eine Vielzahl makro- und mikroökonomischer Defizite in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, die eine konsequente Hinwendung zu einer exportorientierten Entwicklungsstrategie erschweren bzw. gar durchkreuzen.

»Die wichtigste Hilfe, die uns der Westen geben kann, liegt darin, unsere Produkte zu kaufen, seine Märkte unseren Produkten zugänglich zu machen...«
Vaclav Klaus: Signale aus dem Herzen Europas, Wiesbaden 1991, S. 94.

Drittens sind es die Verhältnisse auf dem Weltmarkt selbst und die Strategien der den Markt beherrschenden Industrieländer, die es den Transformationsländern faktisch unmöglich machen, erfolgreich eine Exportoffensive zu starten und Leistungsbilanzüberschüsse zu erwirtschaften. Beredter Ausdruck dafür ist der Rückgang ihres Anteils am Welthandel von ca. acht Prozent im Jahre 1989 auf ca. drei Prozent 1993, während ihre Verschuldung gegenüber dem Ausland im gleichen Zeitraum kräftig zunahm, von ca. 140 Mrd. US-Dollar auf ca. 250 Mrd.²¹ Dabei spiegelt sich in der Problematik der Transformationsökonomien, insbesondere auch in ihrer Verschuldungslage, gewissermaßen die Außenwirtschaftsstrategie der Industrieländer wider. Abgeschirmt durch einen gezielten Protektionismus und zu Exportoffensiven aufgrund unterbewerteter Währungen fähig, beherrschen sie den Weltmarkt und betreiben in großem Stile Kapitalexport. Über die Währungskonkurrenz vollzieht sich dann ganz marktlogisch ein Differenzierungsprozeß, durch welchen die schwächeren Länder, die Länder mit den Auslandsschulden, den Leistungsbilanzdefiziten und den weichen Währungen, sukzessive peripherisiert werden.

Der Übergang einer größeren Anzahl von Ländern Zentral- und Osteuropas sowie der Dritten Welt zu einer exportorientierten Entwicklungsstrategie würde in der Tendenz eine Umkehrung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt zur Konsequenz haben. Das heißt, die Industrieländer müßten eine Überbewertung ihrer Währungen zulassen, Leistungsbilanzdefizite hinnehmen, sich bei den Entwicklungs- und Transformationsländern verschulden und jeglichen Protektionismus aufgeben. Dafür aber gibt es derzeit kaum ernst zu nehmende Hinweise, woraus zu schlußfolgern ist, daß bestenfalls einzelne Transformationsländer, die über be-

sonders günstige Voraussetzungen verfügen, in der Lage sein werden, eine exportorientierte Entwicklungsstrategie einzuschlagen.

Ungarn: Strategiewechsel oder StrategiemiX ?

Unter den mehr als 20 europäischen Reformstaaten wies Ungarn die besten Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung auf:²² Seit Ende der sechziger Jahre erfolgten Reformen mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung. Wichtige institutionelle Voraussetzungen für eine Markt- und Geldökonomie wurden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre geschaffen. Der prozeßpolitische Übergang vollzog sich dann verstärkt seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 1990. Dabei folgte Ungarn im wesentlichen einem gradualistischen Konzept,²³ was einen entscheidenden Unterschied gegenüber Polen, Tschechien und Rußland markiert. Eine weitere Besonderheit Ungarns ist im traditionell sehr hohen Grad der Verflechtung seiner Wirtschaft mit dem Ausland zu sehen. Von allen Transformationsökonomien ist Ungarn am stärksten in den Weltmarkt involviert.²⁴ Die Kehrseite dessen ist jedoch die hohe Außenverschuldung. Während der siebziger Jahre finanzierte Ungarn mit Hilfe ausländischer Kredite eine Reihe von Investitionsprojekten sowie Konsumausgaben. Die Bruttoauslandsverschuldung wuchs von einer Milliarde US-Dollar 1970 auf 7,6 Mrd. im Jahre 1978 an und erreichte damit eine kritische Größenordnung. Die Politik der nächsten Jahre stand ganz im Zeichen der Sicherung der Zahlungsfähigkeit, ohne daß es jedoch gelungen ist, den Schuldenbestand nennenswert abzubauen. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre beliefen sich die Bruttoauslandsschulden Ungarns auf ca. 10 Mrd. US-Dollar, um dann, von 1985 ab, steil anzusteigen (1985: 13,9 Mrd., 1986: 16,9 und 1988: 19,6 Mrd. US-Dollar).²⁵

Unter entwicklungstheoretischem Aspekt kann dies, im Kontext mit der Zunahme der Importe und dem Negativsaldo der Leistungsbilanz, als Ausdruck einer importorientierten Strategie gewertet werden. Diese führte jedoch nicht zu einer Marktkonstellation stabilen Wachstums und dynamischer Einkommensbildung. Vielmehr mündete sie schließlich in eine tiefe und langanhaltende ökonomische Krise.

Trotz eines hervorragenden Schuldenmanagements²⁶ und des Einsatzes des größten Teils der Exporterlöse für den Schuldendienst war das Land gezwungen, ständig neue Kredite zu immer ungünstigeren Konditionen aufzunehmen, um die fälligen Zinszahlungen leisten zu können. Eine Finanzierung der Zinszahlungen aus dem Leistungsbilanzüberschuß gelang nicht, da hier zunehmend Defizite auftraten. So wurde Ungarn von einem Nettoressourcenempfänger zu einem Nettoressourcenexporteur, eine Entwicklung, die viele Länder der Dritten Welt ganz ähnlich durchgemacht haben. Trotz einer aktiven Handelsbilanz nahm die Kreditbelastung von Jahr zu Jahr zu, wuchs der Schuldenbestand und nahmen die Devisenreserven ab (vgl. Tabelle 4). Binnenwirtschaftlich war diese Entwicklung von einem steigenden Zinsniveau, zunehmender Inflation und einer rückläufigen Investitionstätigkeit begleitet. Als dann 1988/89 auch das ökonomische Wachstum ganz zum Erliegen kam, waren die Elemente

»Leistungsbilanzüberschüsse erhöhen die Reputation von Währungen, da sie eine außenwirtschaftliche Schuldnerstellung abbauen, die Gefahr von Zahlungsbilanzkrisen verringern, den Bestand an Devisenreserven ohne Verschuldung aufbauen und die Gefahr von destabilisierenden Abwertungserwartungen reduzieren.«

Hansjörg Herr: Budgetkrise und Entwicklungsperspektiven der Transformationsländer, in: Konjunkturpolitik, Jg. 40, 1994, Heft 1, S. 59.

eines Stagflationsszenario manifest. Mit dem weiteren Rückgang der Investitionen und dem Eintritt Ungarns in eine rezessive Entwicklungsphase vollzog sich zu Beginn der neunziger Jahre der Übergang zu einer rezflationären Marktkonstellation.

Tabelle 4: Währungsreserven Ungarns (in Mio. US-Dollar)

	Reserven insgesamt	konvertible Währungen	nichtkonvertible Währungen
1987	2.449	2.159	290
1988	2.178	1.976	202
1989	2.292	1.725	567
1990	1.969	1.069	803
1991	4.725	4.017	706
1992	4.429	4.381	48
1993	6.781	6.736	45
1994	6.781	6.679	12

Quelle: National Bank of Hungary, Market letter, 12/1991; Monthly Report, 3/1995, S. 110.

Die importorientierte Wirtschaftsstrategie der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bot keine Chance, das Land aus der Krisensituation herauszuführen und die Entwicklung zu einem Akkumulations- und Wachstumsszenario hinüberzuleiten.

1990, im Gefolge des politischen Machtwechsels, erfolgte eine Reihe von Veränderungen in der Wirtschaftspolitik. Diese betrafen vor allem das Privatisierungskonzept und die Geldpolitik sowie die Außenwirtschaftsstrategie und die Wechselkurspolitik. Entwicklungstheoretisch läßt sich die veränderte Akzentsetzung als Versuch eines Strategiewechsels interpretieren. Dieser äußerte sich vor allem in einem Anstieg der Exporte 1991 gegenüber dem Vorjahr um 46 Prozent, in einem positiven Leistungsbilanzsaldo in den Jahren 1990 bis 1992 und in einer Aufwertungstendenz der ungarischen Währung. Aus einem traditionellen Importeur von Kapital wurde Ungarn vorübergehend zu einem Nettokapitalexporteur. Binnenwirtschaftlich korrespondierte diese Entwicklung mit dem Übergang zu einer restriktiveren Geldpolitik, wodurch es gelang, die Inflation etwas zurückzuführen. Bei weitem jedoch nicht genug, um auch nur annähernd Geldwertstabilität zu erreichen. Ferner wurden große Anstrengungen unternommen, gegenüber den Unternehmen harte Budgetrestriktionen durchzusetzen, die Privatisierung zu forcieren und die Wirtschaft insgesamt neu zu strukturieren. Zugleich sind in der ungarischen Wirtschaftspolitik aber auch eine Reihe von Fehlern und Widersprüchen auszumachen, die Zweifel an der These von dem Strategiewechsel aufkommen lassen. So wurde beispielsweise die Exportoffensive zu Beginn der neunziger Jahre nicht durch protektionistische Schutzmaßnahmen flankiert, sondern mit einer umfassenden Liberalisierung der Märkte verbunden. Dies hatte zur Folge, daß die Importe noch schneller wuchsen als die Exporte und die Handelsbilanz von 1992 ab wieder einen negativen

Am Rande sei noch erwähnt, daß die herrschende ökonomische Theorie und Politikauffassung, welche den Reformländern geradezu untersagt, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen und auf dem Wege einer Unterbewertungsstrategie Exporterfolge zu erzielen, statt dessen aber die vollständige Liberalisierung der Märkte und die schnelle Einführung der Währungskonvertibilität von ihnen fordert, nicht unwesentlich Anteil an der gegenwärtigen kritischen Lage der Transformationsländer hat.

Saldo auswies. Schließlich wurde auch die Leistungsbilanz wieder passiv, die Kreditbelastung nahm weiter zu und der Schuldenbestand erreichte neue Rekordmarken (vgl. Tabelle 5 und 6, am Ende des Beitrages).

Tabelle 5: Zahlungsbilanz Ungarns in konvertibler Wahrung (in Mio. US-Dollar)

	1990	1991	1992	1993	1994
Exporte	6.346	9.258	10.028	8.094	7.613
Importe	5.998	9.069	10.076	11.340	11.248
Handelsbilanz	348	189	-48	-3.247	-3.635
Leistungsbilanz	127	267	324	-3.455	-3.911
Mittel- und langfristiges Kapital	204	3.070	432	5.632	2.295
Kurzfristiges Kapital	-893	-617	5	459	960
Kapitalbilanz	-689	2.453	437	6.091	3.235
Gesamtbilanz	-562	2.720	761	2.635	-656

Quelle: National Bank of Hungary, Monthly Report, 3/1995, S. 102.

Ein weiteres Problem stellt die Finanzsituation des Staates dar. Die makroökonomischen Finanzstrukturen sind durch entwicklungsblockierende Ungleichgewichte gekennzeichnet. Fehlende Einnahmen infolge der Rezession und eine ungenügende Steuerdisziplin bewirkten, daß sich das Budgetdefizit von Jahr zu Jahr vergrößerte und die innere Verschuldung des Staates dramatisch anwuchs.²⁷ In zunehmendem Maße wurde die Ersparnisbildung der privaten Haushalte zur Finanzierung des Budgets herangezogen (vgl. Tabelle 7), wodurch sich die Finanzierungsmöglichkeit von Investitionen verschlechterte.

Tabelle 7: Nettoersparnis der privaten Haushalte und Staatshaushaltsdefizit in Ungarn 1991 bis 1994 (in Mrd. Forint)

	Zuwachs der Nettoersparnis	Budgetdefizit	Relation
1991	265,5	114,2	232,5
1992	271,6	197,1	137,8
1993	186,4	199,7	93,3
1994	313,5	321,7	97,5

Quelle: National Bank of Hungary, Annual Report 1992, S. 38, 144; Monthly Report, 1/1994, S. 13ff.; 3/1995, S. 117, 121.

Eine besonders komplizierte Situation entstand 1993/94 durch das Zusammentreffen hoher Budgetdefizite mit einem Exportrückgang und einem hohen Leistungsbilanzdefizit. Da auch der Zustrom an Direktinvestitionen geringer wurde, nahmen die Spannungen in den Bilanzen enorm zu (vgl. Tabelle 8). Die eska-

»Expertenmeinungen zufolge wird in Ungarn mindestens ein Drittel des BIP in der Schattenwirtschaft am Fiskus vorbei umgesetzt.« Süddeutsche Zeitung vom 23. Mai 1995.

»Beeinträchtigt wird das Wirtschaftswachstum 1995 (in Ungarn) vor allem durch die schwache Nachfrageverfassung des Inlandsmarktes. weder von privater noch von öffentlicher Seite sind belebende Impulse auf die Nachfrage zu erwarten. Die »Rettung« für die Wirtschaftsentwicklung muß vor allem von der Auslandsnachfrage kommen, meinen die Wirtschaftsexperten.« Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Länderreport Ungarn, Juli 1995, S. 4.

»Gerade weil die meisten Menschen in Ungarn wesentlich mehr Unterstützung von der EU erwartet hatten, ist jetzt die Enttäuschung groß. Und dies rührt keineswegs nur aus überspannten Hoffnungen, sondern auch aus den nicht eingelösten Versprechungen der Westeuropäer. Ungarn war von Anfang an bestrebt, stabile Beziehungen zur EU mit Orientierung auf einen relativ raschen Beitritt zu entwickeln. Man ging davon aus, daß die Öffnung der westeuropäischen Märkte vor allem auch im politischen Interesse der EU-Länder sei und daß aus demselben Interesse heraus auch der Zustrom von Direktinvestitionen zur Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Ökonomien führen würde. Aber die Tatsachen sprechen klar gegen diese Erwartungen. Die Assoziationsverhandlungen dauerten drei Jahre, wo doch ein rascher Abschluß der Gespräche das erklärte Ziel war. Daß der Osten nicht allzu viel von Westeuropa erwarten kann, das war das einzige, was schnell deutlich wurde. Und dann fanden schließlich die ungleichen Verhandlungspositionen ihren Niederschlag auch im Vertrag selbst. Zwar hat die EU Mittel- und Osteuropa einige Vorteile eingeräumt, aber die wahren Gewinner sind die Exporteure aus Westeuropa.«

Agnes Pavelcsak Kissne:
Der Kern des modernen Ost-West-Konflikts in Europa, in: Utopie kreativ, Nr. 59 (September 1995), S. 20.

lierenden internen wie externen Finanzprobleme und die wenig überzeugenden Reaktionen der Regierung in der Wechselkurs-, Geld und Finanzpolitik darauf vermittelten den Eindruck, als würde Ungarn 1995 den exportorientierten Kurs aufgeben und zu dem traditionellen importorientierten Modell zurückkehren. Die Jahre 1990 bis 1992 wären dann nur eine Episode innerhalb eines vom Grundsatz her durchaus importorientierten Entwicklungsmusters gewesen.

Tabelle 8: Leistungsbilanzsaldo und Zufluß ausländischer Direktinvestitionen in Ungarn 1990 – 1994 (in Mio.US-Dollar)

	Saldo der Leistungsbilanz	Zufluß ausländischer Direktinvestitionen
1990	127	311
1991	267	1.459
1992	324	1.471
1993	-3.455	2.339
1994	-3.911	1.146

Quelle: National Bank of Hungary, Monthly Report 3/1995, S. 102, 106; 8/1994, S. 14ff.

Seit dem Regierungswechsel im Sommer 1994 gibt es jedoch wieder Anzeichen für eine stärkere Hinwendung zu einer exportgeleiteten Entwicklungsstrategie. So wurden mit der Abwertung der Währung am 5. August 1994 um acht Prozent und am 13. März 1995 um neun Prozent deutliche Zeichen gesetzt. Auch die Einführung eines Zollzuschlags von acht Prozent auf fast alle Importe weist in diese Richtung. Mit der Vorlage eines 12-Punkte-Programms zur Stabilisierung der Staatsfinanzen 1995 und den Bemühungen der Regierung um einen Sozialpakt zur Begrenzung der Lohnentwicklung wurden wichtige Schritte zur Korrektur eingetretener Fehlentwicklungen eingeleitet. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch eine stabilitätsorientierte restriktive Geldpolitik sowie durch ein Steuerreformprogramm.

Konsequenz ist hier unerläßlich, denn das inzwischen zu verzeichnende, wenn auch noch sehr fragile Wirtschaftswachstum und der Anstieg der Investitionen gehen einher mit einer zunehmenden internen und externen Verschuldung, die immer schwerer zu finanzieren ist, sowie mit einer sich wieder beschleunigenden Inflation. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die binnen- und außenwirtschaftliche Problematik in den nächsten Jahren in einer Weise eskaliert, die sich einerseits mit einer inflationären Lohn-Preis-Spirale und andererseits mit einer die Zahlungsfähigkeit gefährdenden Abwertungs-Kapitalflucht-Spirale umschreiben läßt. Ob es gelingt, dem zu entgehen, die Doppelgleisigkeit und Inkonsequenz der bisherigen Politik aufzugeben und entwicklungsstrategisch den Kurs einer exportgetragenen Akkumulation durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall sind die Bedingungen dafür heute günstiger als 1990, auch wenn die ökonomische Lage eher schlechter ist.

- 1 Vgl. Senghaas, Dieter: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/M 1982, S. 66; Riese, Hajo: Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema, in: Entwicklungsländer und Weltmarkt. Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 4, Frankfurt/New York 1986, S. 160.
- 2 Die Analyse konzentriert sich auf Länder, die ein relativ hohes Entwicklungsniveau aufweisen, wie Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, die Slowakei, ferner Rußland, Belarus, Estland u.a.
- 3 Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Osteuropa auf dem Weg in die Marktwirtschaft, Köln 1995, S. 86f.
- 4 Vgl. Khan, M.S., Montiel, P., Haque, N.U.: Adjustment with Growth. Relating Analytical Approaches of the IMF and the World Bank, in: Journal of Development Economics, vol. 52, 1990, S. 135 – 179; Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Osteuropa auf dem Weg in die Marktwirtschaft, Köln 1995, S. 86f.
- 5 Vgl. Riese, Hajo: Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie..., a.a.O.; Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas: Transformation in Mittel- und Osteuropa: Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt/New York 1993; Lüken-Klaßen, Mathilde: Währungskonkurrenz und Protektion: Peripherisierung und ihre Überwindung aus geldwirtschaftlicher Sicht, Marburg 1995.
- 6 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Osteuropa auf dem Weg in die Marktwirtschaft, a.a.O., S. 91f.; Winterberg, J.M.: Westliche Unterstützung der Transformationsprozesse in Osteuropa, Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien, Nr. 92, Sankt Augustin 1994, S. 15.
- 7 Vgl. Beyfuß, J.: Dokumentation: Standortqualitäten der Länder Mittel- und Osteuropas, in: Institut der deutschen Wirtschaft: iw-trends, 2/1995, S. 55.
- 8 Vgl. Beyfuß, J., Kitterer, B. H.-J.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland, Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Untersuchungsbefragung, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Heft 181, Köln 1990, S. 40.
- 9 National Bank of Hungary, Monthly Report, 8/1994, S. 144.
- 10 Vgl. Lüken-Klaßen, Mathilde: Währungskonkurrenz und Protektion..., a.a.O.
- 11 Vgl. Herr, Hansjörg: Marktconstellationen, Wirtschaftspolitik und Entwicklung – das Beispiel der Transformationsökonomien, in: Betz, Karl, /Riese, Hajo. (Hg.): Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft, Marburg 1995, S. 164f.
- 12 Vgl. Beyfuß, J.: Dokumentation: Standortqualitäten..., a.a.O., S. 51ff.
- 13 Fältin, G., Zimmer, J.: Reichtum von unten, Berlin 1995.
- 14 Vgl. Brosch, B.: Die EU blockt Ungarn mit zweifelhaften Argumenten ab, in: Süddeutsche Zeitung, vom. 25. Mai 1995, Beilage, S. 15.
- 15 Stehn, J.: Stufen einer Osterweiterung der Europäischen Union, in: Die Weltwirtschaft, 2/1994, S. 198.
- 16 Vgl. Klaus, V.: Signale aus dem Herzen Europas, Wiesbaden 1991, S. 94.
- 17 Vgl. Busch, Ulrich: Kapitaltransfer und »nationale Interessen«, in: Marktwirtschaftliche Transformation in Osteuropa, hrsg. vom Institut für Internationale Bildung Berlin, Bd. 5, Berlin 1994, S. 49 – 58.
- 18 Lüken-Klaßen, Mathilde: Währungskonkurrenz und Protektion..., a.a.O., S. 15.
- 19 Vgl. Herr, Hansjörg: Geld, Währungssystem und Währungswettbewerb. Theoretische und historische Analyse einer internationalen Geldwirtschaft, Frankfurt/New York 1992, S. 280ff.
- 20 Vgl. Herr, Hansjörg: Budgetkrise und Entwicklungsperspektiven der Transformationsländer, in: Konjunkturpolitik, Jg. 40, 1994/1, S. 59.
- 21 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 1995.
- 22 Vgl. Sitzler, K.: Von der schrittweisen Reform zum Systemwechsel, in: Altmann, F.-L., Hösch, E. (Hg.): Reformen und Reformer in Osteuropa, Regensburg 1994, S. 70 – 95; Busch, Ulrich: Der marktwirtschaftliche Transformationsprozeß in Ungarn. Ausgangsbedingungen und Strategie, in: Utopie kreativ, 33/54 (Juli/August 1995), S. 54 – 52.
- 23 Vgl. Busch, Ulrich: Sequencing und Timing im Transformationsprozeß in Ungarn, in: Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa..., a.a.O., S. 264 – 285.
- 24 1994 betrug der Anteil des Import- und Exportvolumens am BIP auf Dollar-Basis 61,2 v.H. (National Bank of Hungary, Monthly Report, 3/1995, S. 20, 107.
- 25 Vgl. Figyelő Monitor, 1989/16 und 1990/15, Budapest.
- 26 Vgl. Inotai, A.: Schuldenmanagement, Wechselkurspolitik und Konvertibilität in Ungarn, in: Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa..., a.a.O., S. 543ff.
- 27 Vgl. National Bank of Hungary, Annual Report 1995, S. 65f.

Christoph Butterwegge

Sozialstaatskritik

in der Bundesrepublik

Hintergründe – Zusammenhänge – Prognosen

In der »alten« Bundesrepublik genöß der Sozialstaat ein hohes Ansehen und konnte jederzeit auf breite Unterstützung rechnen. Seine Akzeptanz sinkt, seitdem ständig Stimmung gegen Leistungsempfänger/innen (Asyldebatte!) und der Sozialstaat selbst für Fehlentwicklungen und Handlungsdefizite verantwortlich gemacht wird. Als Folge einer liberal-konservativen Fundamentalkritik, die auch bei anderen Kräften des (partei)politischen Spektrums Anklang fand, wird der sozialstaatliche Konsens des Grundgesetzes brüchig, und die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates schwindet zunehmend: »Wachsende Teile der Bevölkerung glauben, auf sozialstaatliche Leistungen nicht mehr oder nur im begrenzten Umfang angewiesen zu sein und ihre Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit besser privat gestalten zu können« (Bäcker 1995: 25).

Im folgenden werden – oftmals vernachlässigte – Hintergründe, Interessen und Motive der neueren Sozialstaatsdiskussion beleuchtet. Geht es um eine Senkung der Staatsquote oder um die Liquidation der Sozialfunktion des Staates? Sollen durch »Deregulierungsmaßnahmen« und (Re-)Privatisierung die Marktelemente gestärkt oder die Kosten allgemeiner Versorgungsleistungen vom Staat auf die Beschäftigten abgeschoben werden? Gibt es, was bezweckt und wohin führt gegebenenfalls eine schrittweise »Amerikanisierung« unseres Sozialsystems?

Liberalkonservatismus und Sozialstaat: Von der Bürokratiekritik über die Mißbrauchsdebatte zur »Umbau«-Metapher

Das Soziale war in Deutschland jahrzehnte-, wenn nicht gar jahrhundertlang eine Domäne der Linken. Während der Weltwirtschaftskrise 1974/76 gelang es der liberal-konservativen Rechten jedoch, einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Sie entdeckte die »Neue Soziale Frage« (Geißler 1976) und thematisierte erfolgreich das in der Nachkriegszeit weitgehend tabuisierte Problem der Armut, allerdings in einer ausgesprochen demagogischen Weise. Ihr argumentativer Hauptstoß richtete sich zunächst gegen die – damals von der SPD geführte – Staatsbürokratie (vgl. z.B. Merklein 1980). Als CDU/CSU und FDP im Oktober 1982 die Regierung übernahmen, gingen sie daran, die Betroffenen selbst – und damit potentielle Wähler/innen – gleichfalls für steigende Sozialausgaben verantwortlich zu machen.

Seither wird der Sozialstaat diskreditiert, indem man ihn aus-

Christoph Butterwegge – Jg. 1951; Dipl.–Sozialwissenschaftler, Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Potsdam und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

»Grob gesprochen, konzentriert sich staatliche Politik zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen. (...) Die Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaates beruht also ... in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbs

schließlich im Rahmen einer Diskussion über angeblich massenhaften Leistungsmissbrauch und eine »Kostenexplosion« thematisiert, die es in Wahrheit gar nicht gibt. Beispielsweise relativieren sich die jährlichen Sozialhilfeausgaben in Höhe von ca. 50 Mrd. DM erheblich, wenn man berücksichtigt, daß nur etwa ein Drittel dieser Summe für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen aufgewendet wird und daß allein die Werbeausgaben deutscher Unternehmen über 50 Mrd. DM pro Jahr betragen.

Die »erste Runde« der Spar- und Mißbrauchsdebatte war noch vergleichsweise moderat, gewöhnte die Bundesbürger/innen jedoch an Leistungskürzungen und verschärfte Anspruchsvoraussetzungen. Was dem liberal-konservativen Regierungslager nach der Bonner »Wende« im Herbst 1982 nicht gelang, fiel ihm nach der DDR-»Wende« im Herbst 1989 leichter: die marktwirtschaftsorientierte Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates. Für diejenigen, denen es von Anfang an um die Realisierung eines »ganz anderen« Sozialstaates ging, war die Wiedervereinigung ein historischer Glücksfall: Jetzt ließ sich die Rücknahme sozialer Errungenschaften zum nationalen Solidaritätsoffer hochstilisieren und auf diese Weise politisch legitimieren.

Nach der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 zog Werner Bruns (1993: 123f.) eine direkte Linie von Schwarzmarktgeschäften mit Staatseigentum in der DDR zur »Sozialkriminalität« in den neuen Bundesländern. Gleichzeitig wachse das »Anspruchsdenken gegenüber dem Staat« bei den Westdeutschen, die durch den Vereinigungsprozeß zusätzlich belastet würden, weil die moralische Autorität des Staates verfallende. Die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurde quasi »semantisch enteignet«, indem man einen ihrer Schlüsselbegriffe im Rahmen der »Solidarpakt«-Diskussion unter Ausklammerung seiner internationalen Komponente nationalistisch umbog (vgl. dazu: Niethammer 1995: 130). Überhaupt verdrängt das Nationale, unterstützt von konservativen Politikern und (ehemaligen) Linksintellektuellen, die der sogenannten Neuen Rechten angehören, mehr und mehr das Soziale. Wer aber – wie Wolfgang Schäuble – die nationalen Interessen in den Vordergrund rückt, löst keine sozialen Probleme, sondern verschleiert und verschärft sie (vgl. dazu: Butterwegge 1995).

Ohne großen Widerstand von Betroffenen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, die total in die Defensive gedrängt wurden, war nunmehr ein gesellschaftlicher »Opferdiskurs« durchsetzbar, der die soziale Verzichtsdeologie zur dominanten Handlungsmaxime erhob. Die politisch-ideologische Basis des vereinigungsbedingten »Burgfriedens« bildete der Gedanke, daß zumindest zeitweilig ein größeres Maß an sozialer Ungleichheit akzeptiert werden müsse (siehe etwa Biedenkopf 1992). Bis in DGB-Funktionärskreise hinein setzte sich die Ansicht durch, daß der Sozialstaat »perverse, seine eigenen Grundlagen zerstörende Effekte« produziere (vgl. Lauschke/West 1995: 398).

#M2Auch Sozialdemokrat(inn)en beteiligen sich längst offen an einer Pauschalkritik des Wohlfahrtsstaates und entwickeln Vor-

fähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von »Standorten« für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist. Es geht um die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen »Wirtschaftskrieg«, der dann am ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift.«
Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 103 und 109.

»Wenn ... der abbauende »Umbau« der sozialen Sicherungssysteme den Charakter eines weltmarktbestimmten »Sachzwangs« erhält, dann beschränkt sich die parlamentarische Auseinandersetzung im wesentlichen auf die Ausgestaltung der Details. Politik im Sinne von Gesellschaftsgestaltung, als Entscheidung über grundlegende gesellschaftliche Ziele und Entwicklungswege, findet in den Parlamenten praktisch nicht mehr statt. (...) Der richtige Tip in der Wahlwette wird dann wichtiger als das Wahlergebnis selbst.«
Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 139 und 142.

schläge zu seiner »Verschlankung«. Daher kann sich der Bundeskanzler bei dem liberal-konservativen Versuch, das System der sozialen Sicherung im Unternehmerinteresse (Senkung der Lohnnebenkosten) umzubauen, auf führende Oppositionspolitiker/innen berufen (vgl. Kohl 1995: 671f.). Rudolf Scharping (1995) spricht zwar von einer »Konsolidierung« bzw. »Modernisierung«, aber nicht mehr von einer Weiterentwicklung oder gar einem Ausbau des Sozialstaates. Der glücklose Kanzlerkandidat beklagt, daß die Sozialdemokratie im letzten Bundestagswahlkampf zu sehr als »Partei der Verteilungsgerechtigkeit« erschienen sei: »Die SPD muß stärker als in der Vergangenheit wahrgenommen werden als eine Kraft, die den Innovations- und Investitionsstandort Deutschland stärken will, die Wert legt darauf, daß Mut, Kreativität und Phantasie gefördert werden, und dafür die Rahmenbedingungen schafft.«

Scharpings parteilose »Schattenministerin« Heidi Schüller (1995: 86) stilisiert nicht nur die Lebensbedürfnisse von Jugendlichen und Senioren zu einem Interessengegensatz hoch, sondern verallgemeinert auch Einzelfälle des Leistungsmissbrauchs: »Es kommt nicht zu einem ›survival of the fittest‹, sondern zu einem ›survival of the sickest‹. Wer die sozialen Sicherungssysteme am geschicktesten durch fiktive Bedürftigkeit oder großzügig definierte ›Krankheit‹ plündert, zieht seinen persönlichen Profit daraus. Mit seinem ›Erfolg‹ schnürt er allerdings den Leistungswilligen langsam die Luft ab.« Spekuliert wird sodann über die Möglichkeit, älteren Menschen das Wahlrecht zu entziehen. Kennzeichnend für das Niveau der Diskussion ist die Methode, solche Vorschläge im Namen »der Jugend« zu machen, also eine keineswegs privilegierte Gruppe – in diesem Fall sogar eine ganze Generation – gegen (eine) andere auszuspielen.

Derweil wurde die liberal-konservative Sozialstaatskritik immer rabiatere, grundsätzlicher und gehässiger (vgl. z.B. Habermann 1994; Zänker 1994). Sozialpolitik brachte man zunehmend mit »Auswüchsen« bzw. »Wucherungen« des Wohlfahrtsstaates in Verbindung – ganz so, als handle es sich dabei um ein Krebsgeschwür. Parallel hierzu hat sich das Klima der öffentlichen bzw. der veröffentlichten Meinung grundlegend gewandelt. Wie erfolgreich die Rechte das terminologische Terrain besetzt hat, zeigt sich daran, daß man unter dem »Umbau des Sozialstaates« im alltäglichen Sprachgebrauch nicht mehr – wie zur Zeit grün/alternativer Debatten über Grundsicherungsmodelle (vgl. dazu etwa Opielka/Ostner 1987) – sozialökologische Reformen, sondern eine Politik der Beschränkung von Leistungsansprüchen und der Verschärfung von Anspruchsvoraussetzungen versteht. Wer heute nicht von der Krise oder vom (drohenden) Zusammenbruch des Sozialstaates spricht, macht sich bereits verdächtig. Der Sozial(versicherungs)staat kollabiert aber keineswegs; vielmehr wird er gezielt umstrukturiert.

Soziale oder Standortsicherung? – Die verschärfte Weltmarktkonkurrenz und der Wohlfahrtsstaat

Mit dem traditionellen Schlagwort »Sozialabbau« ist die gegen-

wärtige Regierungspraxis nicht (mehr) präzise zu kennzeichnen: »Mittlerweile stehen wir am Beginn einer Systemveränderung von oben, die grundlegende sozialstaatliche Errungenschaften und Verpflichtungen in Frage und den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit als konstitutives Element der bundesrepublikanischen Gesellschaft zur Disposition stellt« (Horstkötter 1993: 926). »Umbau« ist zwar ein politischer Kampfbegriff, hat freilich einen realen Kern, den die Kritik daran nicht ignorieren darf. Es geht um einen tiefgreifenden Form- und Funktionswandel der Sozialpolitik: Hatte sie bislang unsoziale Begleiterscheinungen des Marktmechanismus auszugleichen, soll dieser zukünftig das »unwirtschaftliche« Funktionieren der Sozialpolitik ausgleichen.

Wo liegen die Gründe für den »Umbau«-Diskurs und einschneidende Kürzungen im Sozialbereich? Die deutsche Wiedervereinigung erklärt nur, warum sie möglich, nicht aber, wodurch sie notwendig wurden. Meine Antwort auf die selbstgestellte Frage lautet: Die entscheidende Triebkraft war nicht etwa übertriebene Sparsamkeit der CDU/CSU/FDP-Regierung und sie tragender gesellschaftlichen Gruppen, also »staatlicher Geiz«, wie manche Betrachter glauben, sondern politisch-ökonomischer Ehrgeiz, nämlich das Streben nach einer besseren Weltmarktposition.

An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt ist ein ökonomisch-technologischer Verdrängungswettbewerb zwischen drei kontinentalen Wirtschaftsblöcken getreten: Nordamerika (USA, in der Freihandelszone NAFTA mit Kanada und Mexiko zusammengeschlossen), Westeuropa (EU) mit Deutschland an der Spitze und Südostasien (Japan mit den sogenannten vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) führen unter dem Stichwort »Standortsicherung« einen erbitterten Kampf um (neue) Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagensphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Im Rahmen dieser »Triadenkonkurrenz« verhärteten sich einerseits die internationalen Beziehungen, andererseits erhöht sich der Leistungsdruck im Landesinnern.

Denn (Wirtschafts-)Kriege kann man nach herrschender Lehrmeinung nur gewinnen, wenn »sozialer Ballast« abgeworfen und die Opferbereitschaft der Bevölkerung geweckt wird. Fast überall auf der Welt erscholl daher der Schlachtruf: »Weniger Staat, Steuern und Wirtschaftssteuerung, dafür mehr Marktwirtschaft, Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit!« Joachim Hirsch spricht von einer »historischen Transformation des Kapitalismus«, durch die der fordistische »Sicherheitsstaat« von einem neuen Staatstyp, den er »nationalen Wettbewerbsstaat« nennt, abgelöst wird (vgl. Hirsch 1994: 8).

Scheinbar erfordert die im Gang befindliche Neuordnung der Weltwirtschaft eine Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates. Daß der sozialstaatliche Konsens des Grundgesetzes aufgekündigt wird, ist eine unmittelbare Konsequenz der veränderten Weltmarkt konkurrenz. »Nicht mehr das Streben nach Umsatzsteigerungen und Marktanteilen um jeden Preis, sondern der Kostensenkungswettbewerb bestimmt das Firmenverhalten, und dies

»Was sich ... grundlegend verändert hat, ist das Verhältnis von ›Staat‹ und ›Kapital‹ und die Bedeutung, die Staaten im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozeß haben. Die Entwicklung des Kapitalismus ist tatsächlich durch einen widersprüchlichen Prozeß von Globalisierung und Regionalisierung gekennzeichnet, der dazu tendiert, die bestehenden ökonomischen Räume aufzulösen, und der die staatlichen Funktionen und die nationalstaatlichen Strukturen und Prozesse entscheidend verändert.« Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 102.

erzwingt den Wettbewerb der Standorte: Es sind die Standorte, die untereinander um die Gunst der Konzernniederlassung konkurrieren, indem sie das Kostenniveau der Produktionsfaktoren ebenso wie die den Firmen auferlegten Kosten für Sozial- und Arbeitslosenunterstützung, für den Verbrauch von Umweltgütern und für die Umweltsanierung so tief als möglich halten« (Schöni 1994: 70).

Ein moderner Nationalstaat, der im Zeichen einer verschärften Standortkonkurrenz um die Gunst von Großinvestoren und Kapitalanlegern buhlt, kann kein Sozialstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Wenn wirtschaftlicher Erfolg der letztlich entscheidende Handlungsmaßstab staatlicher Politik ist, hat sich das Wohlfahrtsstaatsmodell überlebt. Seine finanziellen Grundlagen lösen sich gegenwärtig auf: »Die aus der internationalen Konkurrenz resultierende Schwäche des Staates gegenüber den Forderungen großer Unternehmen zur ›Verbesserung des Standortes‹ durch Steuerverzicht, Infrastrukturmaßnahmen usw. verschärft die Staatsverschuldung und vergrößert im weiteren Verlauf über die Zinszahlungen an die Inhaber staatlicher Schuldverschreibungen die Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung« (Afheldt 1995: 4).

»Die Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume unter den Bedingungen globaler Standortkonkurrenz ist zweifellos real. Sie dient aber darüber hinaus als ideologisches Legitimationmuster, das eine weitgehend politische Alternativlosigkeit suggeriert und dem faktischen Handeln von Parteien und Regierungen den Schein unbeeinflussbarer Notwendigkeit verleiht. (...) Daß der ›Sachzwang Weltmarkt‹ politisch hergestellt wird, verliert sich aus dem Blick.«

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 149.

Sozialpolitik in der bisherigen Form erscheint zunehmend als Handicap für die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie auf dem Weltmarkt. Daher wird der Wohlfahrts- zum Marktwirtschaftsstaat transformiert, für den die soziale Sicherheit nur einen Regulierungsfaktor der Ökonomie darstellt. Es geht den verantwortlichen Politikern um die Stärkung einer modernen Wirtschaftsmacht mit globalem Anspruch, wozu auch »eine Art nationales Kampf- und Konkurrenzprogramm« in Gestalt des sozialen Umbaus gehört (vgl. Ackermann/Bender 1994: 318).

Bill Clintons Versuch, im Gesundheitswesen das deutsche Modell einer Pflichtversicherung auf die USA zu übertragen, ist vermutlich gescheitert (vgl. Seeleib-Kaiser 1995: 400ff.). Umgekehrt droht eine »Amerikanisierung« unseres Sozialstaates, d.h. die Übernahme des US-Modells bloßer Minimalabsicherung sozialer Risiken. Das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsdenken hält Einzug in die deutsche Sozialpolitik, wodurch sich ihre Funktion grundlegend wandelt: Strategischer Dreh- und Angelpunkt der Sozialpolitik ist fortan nicht mehr die Frage, wie die materielle Lage der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien, sondern bloß noch das Problem, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft verbessert werden kann.

Alles wird der Attraktivität des Industriestandortes Deutschland und der Konkurrenzfähigkeit des »Exportweltmeisters«, die angeblich bedroht sind, untergeordnet: Entwicklungspolitik findet nur noch statt, sofern sie dem Absatz deutscher Waren dient. Forschungs- und Technologiepolitik werden nicht für die Lösung der globalen Probleme (Welthunger, Analphabetismus, Klimaveränderungen usw.) eingesetzt, sondern beschränken sich auf die finanzielle Förderung anwendungsorientierter, besonders wirtschaftsnaher Hochtechnologie. Wissenschaftspolitik heißt, Naturwissenschaft und Technik so auszubauen, daß die deutsche

Industrie mit den nötigen »Humanressourcen« versorgt wird, um auf dem Weltmarkt besser abzuschneiden. Beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die Fortbildung und Umschulung entfallen, wenn sie zwar der Qualifizierung von Arbeitslosen, nicht aber der Gewinnmaximierung von Unternehmen dienen. Folgerichtig soll die Arbeitslosenhilfe zukünftig nicht mehr nach der Lohnhöhe oder der Qualifikation, sondern nach dem aktuellen »Marktwert« der Betroffenen bemessen werden.

»Leistung« fetischisiert man in geradezu zynischer Weise, definiert aber keineswegs, was darunter eigentlich zu verstehen ist: Wer auf den globalen Finanzmärkten erfolgreich spekuliert, wird hofiert; wer auf den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt abgedrängt wird, fällt hingegen aus dem System von Tarif- und anderen sozialen Schutzrechten heraus. Die Rekonstruktion der westdeutschen Sozialstruktur in den östlichen Bundesländern trägt gewisse Züge einer Kolonisation (vgl. Dümcke/Vilmar 1995), aber mehr noch einer ursprünglichen Akkumulation. An die Stelle der sozialstrukturellen Nivellierung im Staatssozialismus tritt eine Tendenz zur ökonomischen Polarisierung und Pauperisierung: Neben einer »neuen Bourgeoisie«, die – von der unternehmerfreundlichen Subventions- bzw. Steuerpolitik im Beitrittsgebiet begünstigt – schnell zu Wohlstand gelangt, gibt es größere Teile der Bevölkerung, die von Dauerarbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung betroffen sind.

Solidarität statt Ausgrenzung: Alternativen zur Regierungspolitik
Sozialstaatlichkeit im gewohnten Sinne läßt sich nicht aus der Defensive heraus retten, sondern nur offensiv mit Aussicht auf Erfolg verteidigen (vgl. Dietzel 1995: 59). Nötig wäre ein neuer Gesellschaftsvertrag, der das Teilen zwischen Arm und Reich enttabuisieren müßte (vgl. Huster 1995). Unbrauchbar hierfür ist ein Sozialstaatsbegriff, der sich auf die Gewährleistung materieller Sicherheit beschränkt, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und individueller Handlungsmöglichkeiten hingegen ausblendet (vgl. Nahnsen 1994). Die emanzipatorische Zielsetzung darf nicht verlorengehen, und ein »Sozialstaatsbürgerrecht« bleibt auch dann einzuklagen, wenn die materiellen Grundlagen dafür gegenwärtig ebenso zu fehlen scheinen wie der nötige politische Druck seitens der potentiellen Nutznießer/innen.

Eine in Gewerkschaftskreisen vorherrschende Tendenz geht dahin, den Sozialstaat mit Argumenten seiner Gegner zu verteidigen. Ihr relativ hohes Sozialniveau sei, so heißt es, ein wichtiger »Standortvorteil« der Bundesrepublik. Auf diese Weise gewinnt man weder Unternehmer als Bündnispartner, noch verhindert man die Erosion des Sozialen. Denn wenn dieses nur noch eine der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nachgeordnete Größe ist, steht es spätestens in einer tiefen Wirtschaftskrise zur Disposition. Unterwirft sich der Wohlfahrtsstaat einem volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül, stärkt er damit jene Logik, die ihn abschaffen möchte. Soziale Verbesserungen für Beschäftigte, Erwerbslose und Arme besitzen einen hohen, für die zivilisatorische Entwicklung zentralen Eigenwert, der nicht um kurzfristiger

»Je mehr die ökonomischen Prozesse von multinationalen Industrien, Banken und Finanzinstitutionen gesteuert werden, desto deutlicher prägen sich ökonomisch-soziale Räume quer zu den nationalstaatlichen Grenzen aus. Prosperierende Zonen schotten sich gegen niedergehende ab, und selbst innerhalb der kapitalistischen Zentren mischen sich Erst- und Drittweltverhältnisse.«
Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 134.

Vorteile willen in Frage gestellt werden darf. Wenn die Sozialpolitik hauptsächlich als »Standortvorteil« im weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf erscheint, ist ihre Grundsubstanz, die Benachteiligung der Lohnabhängigen gegenüber den Unternehmern auszugleichen und die Arbeitsplatzkonkurrenz zwischen den (noch nicht, vorübergehend bzw. nicht mehr) Beschäftigten spürbar zu mildern, in Gefahr.

Es wäre jedoch falsch, die Leer- und Schwachstellen des Sozialleistungssystems zu verschweigen, zu leugnen oder zu verharmlosen. Seine zahlreichen Mängel müssen vielmehr ohne falsche Scheu oder taktische Rücksichtnahmen benannt und – wenn möglich – beseitigt werden. So steht außer Zweifel, daß unser System sozialer Sicherung nicht organisch gewachsen, sondern in sich widersprüchlich und zutiefst unsystematisch (geworden) ist. Auch seine Effizienz und Transparenz lassen zu wünschen übrig. Die »alte Unübersichtlichkeit« des von Bismarck begründeten Systems trägt mit dazu bei, daß es heute immer weniger Verteidiger findet.

Durch seine historischen Erfolge macht sich der Sozialstaat tendenziell selbst überflüssig. Er basiert auf Solidarität und ersetzt diese gleichzeitig. Trotzdem ist der Sozialstaat gerade in einer modernen »Risikogesellschaft« für die gesellschaftliche Reproduktion erforderlich, Solidarität auch unter den Bedingungen fortschreitender Individualisierung möglich. »Individualisierung als Vervielfältigung von Optionen erlaubt zwar den Rückzug aus bestimmten Solidarbeziehungen; jedoch weit entfernt davon, Solidarität allgemein zu zerstören, schafft sie erst deren Voraussetzung« (Hondrich/Koch–Arzberger 1992: 114).

Das steigende und längst sogar Angehörige der Mittelschicht treffende Armutsrisiko trägt sein Teil zur gesellschaftlichen Desintegration bei: »Je mehr sich die traditionellen Lebensweisen und sozialen Bindungen auflösen – bzw. gerade durch die Ökonomisierung der Gesellschaft aufgelöst werden –, desto mehr entstehen neue, erweiterte Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit« (Bäcker 1995: 22). Erforderlich ist eine Erneuerung zwischenmenschlicher Solidarität, aber nicht über einen Rekurs auf die deutsche Nation als Abstammungs-, sondern unter Berufung auf die demokratische Republik als Abstimmungsgemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger (unabhängig von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit).

Die öffentliche Debatte über Armut müßte so angelegt sein, daß sie der Dramatik des Problems angemessen Rechnung trägt, seine Verschränkung mit weltwirtschaftlichen Handlungsimperativen berücksichtigt und demokratische Alternativen zu einer exportorientierten Wachstumsstrategie aufzeigt (vgl. dazu: Narr/Schubert 1994). Aus den oben dargelegten Gründen wäre es wichtig, den »Umbau«-Begriff nicht der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden zu überlassen, sondern ihn zurückzuerobieren. Deshalb tat der DPWV gut daran, seine »Ansatzpunkte für eine bedarfsgerechte Politik gegen Armut und Unterversorgung« (1995) als »Denkschrift zum Umbau des Sozialstaates« zu deklarieren.

»Die Hoffnung auf eine moralische Erneuerung der Gesellschaft bleibt ebenso unbestimmt und unbegründet wie die anscheinend durch keinerlei Realität enttäuschbare Erwartung einiger Zivilgesellschaftstheoretiker, der Kapitalismus ließe sich bis zur Unkenntlichkeit zivilisieren.«

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 166.

Literatur

- Ackermann, Heike, Walter Bender:* Armutspolitik für den »Standort Deutschland«. Klarstellungen des Sozialstaats '94 am Beispiel der Pflegeversicherung und des Arbeitsförderungsgesetzes, in: NEUE PRAXIS 4/1994, S. 509–519.
- Afheldt, Horst:* Ausstieg aus dem Sozialstaat? – Gefährdungen der Gesellschaft durch weltweite Umbrüche, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 25–26/1995, S. 5–12.
- Ansatzpunkte für eine bedarfsgerechte Politik gegen Armut und Unterversorgung.* Denkschrift des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Umbau des Sozialstaates, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 6/1995, S. 135–146.
- Bäcker, Gerhard:* Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten? – Zur Diskussion über die Reformperspektiven der Sozialpolitik, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 25–26/1995, S. 15–25.
- Biedenkopf, Kurt:* Wir müssen mehr Ungleichheit akzeptieren. Plädoyer für eine neue Republik der Regionen und ein Lebensgefühl Ost, in: Wochenpost vom 26. März 1992.
- Bruns, Werner:* Sozialkriminalität in Deutschland, Frankfurt am Main/Berlin 1993.
- Butterwegge, Christoph:* Der Rechtsextremismus und die Krise des Sozialen, in: SOZIALER FORTSCHRITT, 6/1995, S. 158–144.
- Dietzel, Horst:* Ist der Sozialstaat noch zu retten?, in: UTOPIE kreativ, Nr. 56 (Juni 1995), S. 54–59.
- Geißler, Heiner:* Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg 1976.
- Düncke, Wolfgang, Fritz Vilmar (Hrsg.):* Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Eingangsprozesses, Münster 1995.
- Habermann, Gerd:* Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, Frankfurt am Main/Berlin 1994.
- Hirsch, Joachim:* Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«, in: DAS ARGUMENT, Nr. 203 (Januar/Februar 1994), S. 7–21.
- Hondrich, Karl Otto, Claudia Koch-Arzberger:* Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1992.
- Horstkötter, Elisabeth:* Umbau oder Anfang vom Ende des Sozialstaats?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1995, S. 926–955.
- Huster, Ernst-Ulrich:* Teilen – aber wie? Optionen für eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages, in: Frank von Auer/Franz Segbers (Hrsg.): Markt und Menschlichkeit. Kirchliche und gewerkschaftliche Beiträge zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 187–209.
- Kohl, Helmut:* Rede über den Bundeshaushalt 1996, gehalten am 6. September 1995 im Deutschen Bundestag, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 67/1995, S. 669–676.
- Lauschke, Kurt, Klaus-W. West:* Jenseits von Markt und Staat, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1995, S. 595–415.
- Merklein, Renate:* Griff in die eigene Tasche. Hintergeht der Bonner Sozialstaat seine Bürger?, Reinbek bei Hamburg 1980.
- Nahsen, Ingeborg:* Gegen einen verengten Sozialstaatsbegriff, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, 80 (1994), S. 56–59.
- Narr, Wolf-Dieter, Alexander Schubert:* Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main 1994.
- Opielka, Michael, Ilona Ostner (Hrsg.):* Umbau des Sozialstaats, Essen 1987.
- Scharping, Rudolf:* »SPD quo vadis?« – Stegreif-Rede in Tutzing anlässlich der Tagung mit den Sechheimern am 26. November 1994, in: VORWÄRTS, 1/1995, S. 27.
- Schöni, Walter:* Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, in: WIDERSPRUCH, 27 (1994), S. 67–78.
- Schüller, Heidi:* Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag, Berlin 1995.
- Seelieb-Kaiser, Martin:* Sozialpolitik in den USA zwischen »Reform« und »Demontage«?, in: WSI-Mitteilungen, 6/1995, S. 596–405.
- Zänker, Alfred:* Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994.

LOLA ZAHN

Neue Ansätze in der Historiographie unter dem Einfluß der französischen Revolutionsforschung

Die Schule der »Annales«

Die schnelle gegenwärtige Veränderung der Entwicklungsbedingungen in Natur und Gesellschaft bedingt eine veränderte Sicht auf die Vergangenheit. Ohne eine veränderte Sicht auf die Geschichte der Menschheit wird es kaum möglich sein, zu einer weitsichtigeren Gestaltung von Zukunft vorzudringen, für Konflikt- und Problemlösungen nötige neue Horizonte zu erschließen und längerfristige Prognosen zu erarbeiten.

Immer lauter ertönt der Appell an die »Weisheit der Geschichte«. Das geschieht nicht nur wie eh und je zur Legitimierung bestehender Macht- und Rechtsverhältnisse, sondern in wachsendem Maße auch zur Begründung neuer Ansprüche von sozialen Gruppen und ethnischen Minderheiten innerhalb einer gegebenen Gesellschaft. Das trifft selbst auf ganze Völker zu, die sich mit der Berufung auf ihre geschichtlichen Wurzeln und mit dem Geltendmachen ihrer Kulturentwicklung gegen Unterdrückung und Ausgrenzung durch die Mächtigen dieser Welt zu wehren suchen.

Die Alltagsvorstellung verbindet Geschichte mit dicken, in hohen Regalen aufgestapelten Lederfolianten oder verstaubten Akten, die ihr Dasein in dunklen Ecken von Amtsbehörden fristen. Der Griff beflissener Eingeweihter vermöge darüber aufzuklären, wie es in früheren Zeiten gewesen. In den letzten Jahrzehnten jedoch hat Geschichte die dicken Mauern von Bibliotheken und Archiven übersprungen. Dieser oder jener »Historikerstreit« wird im Rampenlicht der Medien lautstark ausgetragen und zu mentaler Massenmanipulation genutzt. Wie Fußballfans die von ihnen jeweils favorisierte Mannschaft, feuern politische Sponsoren das ihnen genehme Historikerteam an. Geschichte ist aus dem spärlich beleuchteten Lichtkreis der Chronisten und Hofschreiber bzw. der mit großer Akribie arbeitenden Gelehrten und sich in leicht verständlicher Diktion äußernden Autoren in eine blendend helle Öffentlichkeit getreten.

Nicht überall sucht man der »Bewältigung« von Geschichte, wie im heutigen Deutschland, durch die Aufdeckung immer neuer Details aus Stasi-Akten Herr zu werden oder durch - den Genocid an den Menschen jüdischer Herkunft abschwächende (oder gar leugnende) - Geschichtsrevisionsversuche, wie der Berliner Historiker Ernst Nolte mit seiner These von der »Pluralität der Hitlerzeiten«, der Leugnung der Singularität des Holocaust. Da gibt es bedeutende Unterschiede zwischen diesem und jenem Historikerstreit, zwischen der Art und Weise, wie zum Beispiel in

Lola Zahn - Jg. 1910,
Prof. Dr. phil., Sozialwissen-
schaftlerin, Herausgeberin
der Werke von Saint-Si-
mon, Owen und Fourier,
Publikationen u.a. Utopi-
scher Sozialismus und
Ökonomiekritik, 1984.

unserem Nachbarland Frankreich Historiker miteinander über geschichtsrelevante Fragen streiten. Es mag daher von Interesse sein, anhand der französischen Revolutionsforschung zu zeigen, wie französische Historiker mit ihrer Geschichte und Geschichtsschreibung, unterstützt von Kollegen aus anderen Ländern, umgehen.

Die Gründung der Zeitschrift ANNALES D'HISTOIRE ECONOMIQUE ET SOCIALE DE LA REVOLUTION FRANÇAISE im Juni 1929 ist als äußeres Kennzeichen für die Herausbildung einer neuen Strömung in der Historiographie Frankreichs, der »Nouvelle Histoire« anzusehen. Diese neue Geschichtsschreibung leitete ihren Stammbaum aus der frühen Revolutionsgeschichtsschreibung ab. In der Zeit der langen Nachwehen der politischen Geburt der bürgerlichen Gesellschaft hatten Historiker der Restaurationsperiode ihre zwei Jahrhunderte überdauernden Werke über die Revolution von 1789 verfaßt. Die Schriften von François Guizot (1787-1874), Jules Michelet (1798-1874), Adolphe Thiers (1797-1877) und Auguste Mignet (1796-1884) enthielten Elemente materialistischer Weltsicht und waren von einer republikanisch-demokratischen Überzeugung getragen. Andere Historiker hingegen, wie Hyppolite Taine, hielten rassistische Einflüsse neben dem gesellschaftlichen Milieu für geschichtsbestimmend und verdammten 1789 und die Folgen, wie auch die meisten deutschen Historiker.

Die französische Revolutionsforschung schließt um die Jahrhundertwende zunächst mit Jean Jaurès (1859-1914) ab; er war nicht nur ein großer Politiker, sondern auch ein hervorragender Historiker. Lange Zeit standen sich innerhalb der Revolutionsforschung des 19. Jahrhunderts zwei Thesen gegenüber: die Auffassung Michelets, das Elend der Volksmassen habe zu Empörung und Aufruhr mit seinen weitreichenden Folgen geführt und die - ein halbes Jahrhundert später - von Jean Jaurès vorgetragene Meinung, der an die engen Grenzen der Produktions- und Einkommensverhältnisse stoßende wachsende kapitalistische Reichtum sei die tiefere Ursache der Revolution gewesen. Beide Thesen schließen sich nicht aus, sondern verhalten sich zueinander wie Anlaß und Ursache. Vor dem Hintergrund dieses Kategoriengegensatzes bestand jedenfalls Übereinstimmung, daß die Revolution von den existentiellen Interessen neuer sozialer Klassen getragen wurde, von vielseitigen Interessen nach Veränderung der an das Feudaleigentum an Grund und Boden gebundenen hierarchischen Beziehungen in der ganzen Gesellschaft. Der fundamentale Interessengegensatz zweier Klassen galt - bei unterschiedlicher Schärfe der Darstellung - als unbestrittene Grundlage der Revolution.

Bevor auf einen an diese Problematik indirekt anknüpfenden Historikerstreit nach dem Zweiten Weltkrieg einzugehen ist, seien die französischen Revolutionshistoriker des 20. Jahrhunderts aufgezählt, welche die »Nouvelle Histoire« (Neue Geschichte) vorbereitet und durch ihr Werk vertreten haben. Zu den Wegbereitern und Mitarbeitern der ANNALES gehörten Alphonse Aulard (1849-1928), der Begründer ihrer Vorgängerin »La Révolution Française« (1909) und langjährige Lehrstuhlinhaber für die Geschichte der Revolution an der Pariser Sorbonne (1885-1922), dessen Nachfolger Albert Mathiez (1874-1952), der sich der Analyse

der arbeitenden Schichten in der Revolution zuwandte, und Georges Lefebvre (1874-1959), der Detailuntersuchungen einzelner Regionen Frankreichs, ökonomische und politische Wandlungen der ländlichen Bevölkerung untersuchte. Des weiteren Ernest Labrousse (1895-1989), der langfristige Trends in der Bewegung der Preise und Korrelationen zu verschiedenen ökonomischen und sozialen Datenreihen aufdeckte und die Sozialforschung mit der ökonomisch-statistischen Analyse beispielhaft für die künftige Forschung in Frankreich verband. Eine wichtige Rolle spielte der Philosoph und Historiker Marc Bloch (1886-1944), der von den Nazis hingerichtet wurde. Hervorzuheben wäre noch Albert Soboul (1914-1982), der in die Fußstapfen Lefebvres trat und neue Fakten und Zusammenhänge die Pariser Sansculotten und ihre politischen Aktivitäten betreffend aufdeckte. Unter den heute lebenden Fortführern einer 200jährigen historiographischen Entwicklung sind noch François Mazaauric und Michel Vovelle, gegenwärtiger Direktor des Sorbonne-Instituts der französischen Revolutionsforschung, zu nennen, aber auch Walter Markov in der DDR, der an der Leipziger Universität ein den Ideen der nouvelle histoire verpflichtetes Institut für vergleichende Revolutionsforschung schuf und eine eigene Schule begründete (Manfred Kossok und andere).

Zu Beginn bildete die Schule der ANNALES noch einen ziemlich einheitlichen monolithischen Block. Diese Einheit zerfiel jedoch spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg. Einige beschränkten sich, wie etwa in Deutschland die Schmollersche Jüngere Historische Schule der Nationalökonomie, auf eine sozial begründete Geschichtsanalyse. Wie diese damit das theoretische Fundament der bürgerlich-demokratischen Reformbewegung legten und leicht ironisch als Kathedersozialisten bezeichnet wurden, so vertraten einige Mitarbeiter der ANNALES mehr bürgerliche Positionen. Hingegen knüpften Lefebvre, Labrousse und Soboul an deren weiterführenden Elementen an und brachten marxistisches Gedankengut in die nouvelle histoire ein. Zu den ANNALES bekannten sich auch David Richet und François Furet, die in den sechziger Jahren allerdings mit revisionistischen Angriffen auf die von einer sozialen Klassenanalyse ausgehende Revolutionsforschung einsetzten.

Die Anfechtung und Revision des klassisch gewordenen Revolutionsbildes begann aber in England und in den USA - nicht ganz zufällig, waren doch dort die Weichen für den Kalten Krieg zwischen der »westlichen Welt« und der Sowjetunion, dem ehemaligen alliierten Bundesgenossen, gestellt worden. Innerhalb der Schule der ANNALES in Frankreich ebenso wie zwischen Revolutionshistorikern in den USA und in anderen westeuropäischen Ländern kam es in der Folge zu einem »Historikerstreit« über das bis dahin weitgehend anerkannte Revolutionsbild.

Die Revision der historischen Grunderkenntnis von einer durch den Kampf von sozialen Klassen ausgelösten und getragenen Revolution setzte in Frankreich und anderswo mit detaillierten Untersuchungen auf der Grundlage neuer wirtschafts- und sozialstatistischer Daten sowie anderer Quellen ein. Sie - so die vertre-

tene These - würden den Beleg liefern, daß die Revolution nicht aus dem Kampf der von erstarrten Feudalstrukturen eingeengten, zum Kapitalismus drängenden, sich formierenden Bourgeoisie und den alten gesellschaftlichen Klassenkräften erwachsen sei, sondern anderer Erklärungen bedürfe. Die einen, der englische Historiker A. Cobban und der US-amerikanische Autor G. Taylor, machten das langsame ökonomische Wachstum in Frankreich für die allgemeine Vermischung von Feudalen und Bürgerlichen, für den Ausgleich der zwischen ihnen vorhandenen Gegensätze verantwortlich, die anderen (F. Crouzet und weitere französische Forscher) das vergleichsweise rasche Wirtschaftswachstum im Frankreich der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts, durch das der Abstand zu England scheller als zuvor verkürzt wurde. Trotz ihrer unterschiedlichen Aussagen kamen sie zu dem gleichen Ergebnis: Die Klassengegensätze seien als Ursache der Revolution überschätzt worden.

Auf der Grundlage dieser Deutung und mit starken Elementen der Zweckinterpretation setzte in den sechziger Jahren der revisions-historische Angriff von D. Richet und F. Furet an. Er erhielt ein besonderes Gewicht und spielte jahrzehntelang eine große Rolle, erfolgte dieser Angriff doch aus den Reihen der Schule der ANNALES selbst. Die Robespierresche dritte Periode der Revolution (1793-94) zeige, daß es sich um eine »Entgleisung« (dérapage) einer in der Tat notwendigen Gesellschaftsveränderung gehandelt habe; die Revolution aber hätte bei größerer Wachsamkeit und Aufgeschlossenheit von Feudaladel und Kirche vermieden und neue Strukturen durch Tätigwerden der herrschenden Kräfte herbeigeführt werden können. Die Versäumnisse dieser Kräfte hätten die Massen erst in Bewegung gebracht. Damit wurde die historische Notwendigkeit dieser Revolution, der Kämpfe neuer und alter sozialer Klassen, und damit die »Klassizität« der Revolution von 1789 sowie ihr Charakter als »bürgerliche Leitrevolution« negiert. Revolutionen seien vermeidbar, es bedürfe nur einer wirksamen Politik der herrschenden Eliten. So trat eine Theorie von der geschichtsbildenden Kraft der Eliten an die Stelle einer Theorie von den die Gesellschaftsentwicklung kämpferisch vorantreibenden oder hemmenden Klassen. - Würde das allgemeine Fazit dieser Geschichtsrevision Schule machen, so könnte das weitreichende Folgen für die Kampfbereitschaft der Volkskräfte für ihre sozialen Ziele haben.

Interessant ist die Reaktion derjenigen Historiker, die die progressive Tradition der Revolutionsforschung fortsetzten. Sie nahmen einzelne Punkte ihrer Kritiker - so die Vernachlässigung neuer Aspekte der Forschung, wie die Beschäftigung mit regionalen und hier insbesondere mit mentalen Prozessen - ernst und bereicherten ihrerseits die vorliegenden Forschungsergebnisse durch neue eigene Studien. Auf dieser Strecke haben sich Claude Mazauric und Michel Vovelle ganz besondere Verdienste erworben. Mazauric wies als erster auf den revisionistischen Charakter der neuen Theorie von Furet und Richet¹ hin und setzte sich in einer kleinen Schrift,² die 1970 erschien, mit ihr auseinander. Vovelle hat in erheblichem Maße zur mentalitätshistorischen Erkundung

1 F. Furet, D. Richet: Die Revolution, Paris 1965/66.

2 C. Mazauric: Sur la Révolution française. Contributions à l'histoire de la révolution bourgeoise, Paris 1970.

3 Michel Vovelle: Die französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, Frankfurt am Main 1985 (italienische Originalausgabe: Rom 1979).

einzelner Aspekte des revolutionären Prozesses beigetragen. So befaßte er sich z.B. mit den Sprachen der Subversion, in denen sich Hoffnung und Angst ausdrückten, oder mit der Veränderung der Physiognomie verschiedener regionaler bäuerlicher Typen, mit der Entdeckung neuer Werte durch die Angehörigen verschiedener sozialer Schichten usw.³ Andere Historiker beschäftigten sich mit dem Wandel der Feste im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen oder mit der veränderten Rolle, die Kinder, Frauen oder andere Gruppen in der Gesellschaft spielten usw. Es gelang ihnen sehr erfolgreich, die versuchte Zurücknahme einer auf zweihundert Jahre zurückgehenden klassischen Revolutionsinterpretation erfolgreich abzuwehren. Dieses auf den humanistischen Fortschritt der Gesellschaft und der Menschheit gerichtete Revolutionsbild hat seine historische Kontinuität besonderen Umständen des realen Geschichtsprozesses in Frankreich zu verdanken: der radikalen Demokratisierung der französischen Bourgeoisie seit 1789 und dem ungewöhnlichen Druck der Massen von ganz unten. - Hier kommt die große Bedeutung eines über zweihundert Jahre zurückreichenden Geschichtsbewußtseins zum Ausdruck.

Im Unterschied zu den meisten deutschen Historikern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und noch im 20. Jahrhundert, wo die »eigentliche« Geschichte sehr wesentlich als politische Geschichte, als Geschichte des Staates und der Diplomatie und nicht zuletzt als Militärgeschichte verstanden wurde, haben französische Revolutionshistoriker, wie Lefebvre und Labrousse, die Geschichte der Revolution als wechselseitigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungszusammenhang untersucht. Die von Lefebvre in die Betrachtung getragene regionale Sicht wurde von den jüngeren Historikern fortgesetzt. Das ermöglichte eine detaillierte Untersuchung der ländlichen Schichten sowohl bäuerlicher als auch handwerklicher Provenienz in ihrem praktischen Verhalten wie in ihrer Mentalität. In der Revolutionsgeschichte fanden regionale kulturelle, mentale und sozialpsychologische Momente ihren festen Platz. Hinzu kamen Anregungen aus der sozialen und historischen Demographie. Auch familiengeschichtliche Zusammenhänge, Geburten, Familiengründungen, Todesfälle und anderes betreffend wurden zur Erklärung unterschiedlicher regionaler Geschichtsverläufe in Frankreich genutzt.

Das so entstehende farbigere, differenziertere, sichtbereicherte Bild der französischen Revolution in ihren verschiedenen Phasen ergab eine Geschichte mit einem eindrucksvoll erweiterten Gegenstand. Damit traten neue Subjekte in die Geschichtsbetrachtung ein, wie z.B. einzelne Mitglieder der Volksgesellschaften und deren Verhalten.

Die Regionalgeschichte, die statistische und historische Demographie, die Mentalitätsgeschichte und nicht zuletzt die in Frankreich keinen unwesentlichen Einfluß ausübende Ethnographie mit der ihr eigenen Begriffsbildung führten zur adäquaten Anwendung von ihnen genutzter Quellen: Dazu gehören Standesamts- und andere Register als auch Prozeßakten, soweit sie wesentliche Einsichten in die Entstehung und Lösung sowie den historischen Wandel von sozialen Konflikten ermöglichten. Auch

die Annäherung von politisch-ökonomisch-sozialer und Rechtsgeschichte trug dazu bei, das Politik-Ökonomie-Verhältnis in der französischen Revolution in das richtige Licht gegenüber den zunächst wesentlich ökonomisch vorbereiteten und geprägten Revolutionsprozessen in England zu setzen.

Der Gegenstand und das Umfeld der französischen Revolutionsforschung erweitern sich also mit der Bereicherung ihres Instrumentariums durch die Nutzung bisher nicht benutzter und erschlossener Quellen und Methoden. Hierbei spielen die Freigabe von Akten, die Öffnung von Registern und Archiven für einen größeren Nutzerkreis eine nicht unbedeutende Rolle. Unter diesem Gesichtspunkt hat sich der - in den sechziger Jahren zwischen den Verfechtern der Grundprinzipien der Annales und den von anderen Prämissen ausgehenden Historikern entstandene - Meinungsstreit bei der Würdigung des Jahres 1789 als außerordentlich fruchtbar erwiesen: Für die Historiographie wurden neue Ansätze gewonnen. Dieser Historikerstreit war ein eminent wissenschaftlicher und kein vor allem politisch-polemischer Streit mit üblen psychologischen Verdrängungs- und Verleumdungsmotiven wie in Deutschland. Er war vorwiegend anderer Natur, als die Täter und Opfer von politischer Willkür und Gewalt undifferenziert betrachtende, persönliche Stigmata und Unschuldzensuren austeilende »Bewältigung« historischer Verstrickung in Deutschland.

Zu den unter die Bezeichnung »nouvelle histoire« fallenden neuen historiographischen Ansätzen gehören weitere Aspekte, auf die an dieser Stelle kurz eingegangen sei.

Die stärker spezifizierte Sicht auf kleinere und kleinste geographische, soziale, ethnographische und andere Einheiten oder Gesamtheiten wird in eine mehr oder minder global angelegte Geschichtsschreibung eingebettet. Der darin liegende Widerspruch wird durch die Unterscheidung von Kurz-, Mittel- und Langfristigkeit aufgefangen. Mit der Frage nach der Vereinbarkeit von Spezifik und Globalität wird das Problem der einheitlichen historischen Zeit aufgeworfen und tritt das Spektrum Kontinuum - Diskontinuum sowie die Beziehung Vergangenheit - Zukunft auf neue Weise ins Blickfeld. Diese globalere und zugleich differenziertere Sicht auf Geschichte hat in dem rasanten, kaum überschaubaren und schon gar nicht vorhersehbaren Wandel der Welt von heute zur »Universalgeschichte« anstelle von »Weltgeschichte« als Geschichte einzelner Länder geführt.

Im Zusammenhang mit diesen und weiteren neuen historiographischen Ansätzen fand die historische Sicht auf die Geschichtsschreibung selbst stärkere Beachtung und führte zu einer größeren Zahl historischer Abrisse über die Entwicklung ihres Kategoriensystems und des philosophischen Inhalts der von ihr verwandten Begriffe und beleuchteten Gesellschaftsfelder. Thematisiert wird Geschichte als Wissenschaft, als Prozeß globalen Fortschritts oder auch Art, Umfang und Bedeutung ihres methodischen Arsenalts usw.

Die Erweiterung des Gegenstandes durch die Zusammenführung nicht zuletzt von Struktur- und Verhaltensanalyse sowie die damit verbundene Bereicherung des methodischen Instrumentariums haben also weitere neue historiographische Ansätze,

wie die Polarisierung von Spezifik und Globalität, die wechselseitige Beziehung von Regionalem und Nationalem, die Entstehung von Universalgeschichte und die Akzentuierung der historiographischen Sicht, mit sich gebracht.

1912 hatte Lucien Febvre das erste große umfassende Werk über eine Region, und zwar »La Franche Comté sous Philippe II.«, geschrieben. Er stützte sich dabei auf die Analyse politischer und ökonomischer, aber auch religiöser, literarischer und künstlerischer Quellen und griff die - eine thematische Begrenzung wie eine inhaltliche Erweiterung darstellenden - Anregungen aus der französischen Revolutionsforschung auf. Diese durch die regionale Sicht eingeengte, durch den umfassenden Sachhorizont erweiterte Geschichtsbetrachtung trug wesentlich dazu bei, den im klassischen Historismus gültigen einheitlichen Zeitbegriff auszuhebeln. Zehn Jahre später stellte die »Schule der Annales« diesen Zeitbegriff radikal in Frage.

Über die Annahme einer in der Zeit fortschreibenden Geschichtsdarstellung und ihre Relativierung bemerkt der US-amerikanische Historiker Georg G. Iggers in seiner Schlußbetrachtung über die »Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert«: »Neben dieser einen Geschichte gibt es die Geschichte der vielen Menschen, Gruppierungen und Kulturen, und diese Geschichten sind im Grund näher an der Wirklichkeit als die abstrakt projizierten Vorstellungen einer einheitlichen Geschichte. Le Goff, Braudel und Thompson sowie Koselleck haben uns bewußt gemacht, wie zeit- und kulturbedingt unser Begriff einer linear fortschreitenden Zeit ist, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbindet. Es gibt viele Zeiten, ›die Zeit der Kirche und der Händler im Mittelalter‹ (Koselleck, Zum Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft), die ›longue durée‹ der sozialen und kulturellen Strukturen und die schnelle Zeit der Ereignisse, Konzeptionen von Zeit, die alle von den Fragestellungen des Historikers und von dem Gegenstand seiner Fragestellungen mitbedingt werden.« Iggers fügt hinzu, daß die Geschichte »durch die Vermehrung der Perspektiven an Bedeutung gewonnen hat.«⁴

Der mehrdimensionale Zeitbegriff ermöglicht größere Differenzierung und Komplexität. Nicht das viel beschworene »Ende der Geschichte« ist ins Auge zu fassen, wohl aber das Ende des klassischen Historismus: Die neuen Ansätze münden zu guter Letzt in eine »Universalgeschichte«, die der Wortbildung gerecht wird.

Von einer Entwicklung der »kombinierten Geschichte aller Länder« zur »universellen Geschichte« sprach bereits der englische Historiker Harold Acton um die Jahrhundertwende. Daran anknüpfend bemerkt der englische Historiker Edward Hallett Carr aus englischer Sicht, daß die Geschichte Asiens und Afrikas bis 1960 »unter der Überschrift Expansion Europas segelte«. »Ohne alle Zweifel war die Geschichte der englischsprechenden Welt in den letzten vierhundert Jahren eine große Geschichtsperiode, aber es ist eine unglückliche Verzerrung der Perspektive, sie als das Zentrum der Universalgeschichte zu behandeln und alles andere an die Peripherie zu verweisen.« Aber auch die von dieser Einsicht geprägte Konzentration auf die Geschichte der USA nach

4 Georg G. Iggers: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 99; Reinhart Koselleck: Zum Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft in der neueren Geschichte, in: Vergangene Zukunft, S. 17-104.

dem Ersten Weltkrieg »hat bis zu einem gewissen Ausmaß die Gefahr mit sich gebracht, den Provinzialismus der englischen Geschichte, der ohnehin schon wie ein Bleiklumpen auf unserem Lehrplan liegt, durch eine noch trügerische und ebenso gefährliche Kirchturnpolitik der englischsprechenden Welt zu untermauern.«⁵

Auch aus deutscher Sicht hat sich die Entwicklung von deutscher Geschichte zu länderübergreifender Geschichte vollzogen, wenn auch die gegenwärtig geforderte »historische Aufarbeitung der Geschichte der DDR« oder auch der beiden deutschen Staaten wieder an einer großen Einengung zu krankem scheint. Indes ist die konsequente Überwindung des noch bis heute grassierenden Eurozentrismus zu gewährleisten. Wie recht hat E. H. Carr. »Nach etwa vierhundert Jahren hat sich der Schwerpunkt der Welt endgültig aus Westeuropa verlagert. Die großen Landmassen Osteuropas und Asiens, mit ihren Ausdehnungen bis nach Afrika hinein, scheinen heutzutage den Ton in den Weltangelegenheiten anzugeben. ›Der Osten, der sich nicht wandelt‹, das ist heutzutage ein völlig ausgeleiertes Klischee.«⁶

Zur Durchsetzung neuer Ansätze haben die Historiker der nouvelle histoire, wie sie in den Annales entwickelt wurde, nicht wenig beigetragen. Davon zeugen zahlreiche Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der zweihundertsten Wiederkehr des Ausbruchsjahres der Revolution von 1789 sowie Kolloquien, Jahrestagungen und Veranstaltungen unterschiedlichster Art zu historischen Themen. Nicht zuletzt belegt das Urteil von G. G. Iggers diese Tatsache. »Die ›Annales‹ sind trotz der Beachtung, die sie international gefunden haben, ein spezifisch französisches Phänomen geblieben. Als Vorbild für neue Wege in der historischen Erforschung von Kultur und Gesellschaft haben sie jedoch eine sehr große internationale Wirkung gehabt«. Iggers nennt in diesem Zusammenhang auch die Sowjetunion,⁷ deren positiver Beitrag zur Deutung von 1789 der Vergessenheit anheimzufallen droht.

Die neuen mikro- und makrohistorischen Ansätze in der Historiographie haben viele unumstößlich erscheinende Vorstellungen in Frage gestellt und zum Nachdenken über das Begriffsinstrumentarium der Geschichte, nicht zuletzt über ihre Hauptkategorien geführt. Die Erörterung der Rolle der biographischen Methode, Fragen nach der Wahrheit von Geschichte stoßen auf das Interesse eines größeren Interessentenkreises und können nur auf einem gesicherten wissenschaftlichen und moralischen Niveau sinnvoll erörtert werden. Sowohl aus der Sicht von Jahrhunderten und Jahrtausenden, die zu unserer zerrissenen, ratlosen Welt in Beziehung zu stellen sind, wie aus aktueller Sicht auf die Umbrüche zu Ende des 20. Jahrhunderts ist der Blick auf den gegenwärtigen Diskussionsstand zur Geschichte in Frankreich von Nutzen.

Es ist zu hoffen, daß sich die neuen historiographischen Ansätze nicht nur im europäisch-amerikanischen Raum weiterentwickeln und durchsetzen mögen, sondern daß auch in Deutschland mit seiner der Aufarbeitung so stark bedürftigen langen und nicht zuletzt jüngsten Geschichte ein den Anforderungen unserer Zeit entsprechender Zugang zu einem kultivierten Diskurs und dem dafür erforderlichen Herangehen allseitig gefunden werde.

5 Edward Hallett Carr: Was ist Geschichte, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981 (englische Originalausgabe: 1961), S. 148-150.

6 Ebenda, S. 145.

7 Iggers, a.a.O., S. 49f.

GÜNTER BENSER

Migration und Arbeiterbewegung

Zum 31. Male hatten sich im September 1995 in Linz auf einer Tagung der ITH (Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung) Historiker eingefunden, um zentrale Themen der Arbeiterbewegung zu erörtern. Diesmal berieten rund 100 Teilnehmer aus 27 Ländern über Migration der Arbeit und Migration der Arbeiter. Wer - von ausgewiesenen Spezialisten der Materie einmal abgesehen - gemeint hatte, die Bedeutung und das Ausmaß der modernen Bevölkerungsbewegung sei ihm bewußt, mußte sich wohl korrigieren. Es war das Verdienst einiger, Länder und Perioden übergreifender, Referate, daß der Einstieg in die Debatte vermittels einer globalen Sichtweise auf Migration, Arbeiter und Arbeiterbewegung erfolgen konnte. Dabei reifte die Erkenntnis, daß der asiatische Raum schon gegenwärtig, aber in Zukunft wohl noch mehr, das größte Feld der Migration darstellt.

Günter Benser - Jg. 1931,
Prof. Dr., Historiker, Berlin,
Forschungsgebiet: Ge-
schichte der unmittelbaren
Nachkriegszeit.

Das Spektrum der Beratungen war zeitlich und räumlich weitgefächert, allerdings mit der Einschränkung, daß auf der gesamten Tagung die Jahre des Faschismus, des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit - von einigen ad-hoc-Interventionen abgesehen - ausgespart blieben. Dies war nicht nur eine empfindliche Lücke in der Behandlung der Thematik, das schränkte auch die Möglichkeit von Verallgemeinerungen ein.

Beiträge zahlreicher Berichtstatter über einzelne Länder oder verschiedene ethnische Gruppen erhellten nicht nur die Spezifik der Migration aus und in einzelnen Ländern, sondern machten viele Vorgänge transparent, die als mehr oder weniger typisch angesehen werden dürfen. Die vorgetragenen - oft sehr detaillierten und durch solide empirische Untersuchungen abgestützten - Forschungsergebnisse lassen den Schluß zu, daß die Konstituierung der Arbeiterklassen in den kapitalistischen Metropolen ohne Berücksichtigung der Migrationsprozesse überhaupt nicht real zu erfassen ist. Es wurden Nachweise erbracht, wie fließend die Grenzen zwischen Sklaverei, Zwangsarbeit, Wanderarbeit, Einwanderung und Selbsthaftwerdung historisch verlaufen sind.

Für die Arbeiterbewegung erwachsen Probleme doppelter Natur. Einwandernde Arbeitskräfte schufen sich ihre kulturellen und sozialen Organisationen, womit sie in die Nähe der Arbeiterbewegung rückten beziehungsweise sich in diese eingliederten. Meist allerdings dominierten zunächst religiös oder ethnisch-kulturell orientierte Vereinigungen unter den Immigranten. In

manchen Ländern mit unterentwickelten Strukturen der Arbeiterbewegung (besonders in den USA) wurden Eingewanderte oft zu Initiatoren von Gewerkschaften, teils auch von Parteien, wobei sie an Organisationserfahrungen ihrer Heimatländer anknüpften. Andererseits wurden die Arbeiterbewegungen der Einwanderungsländer mit dem Problem konfrontiert, wie sie sich gegenüber den neuen, ihnen klassenmäßig verbundenen, aber ethnisch fernstehenden Werkträgern verhalten sollten. Es mußte allgemein registriert werden, daß die Arbeiterbewegungen der kapitalistisch fortgeschrittenen Länder schon zu Zeiten der II. Internationale überwiegend zu einer Politik der Verteidigung ihrer Besitzstände übergingen und deutliche Züge einer nationalen Arbeiterbewegung ausprägten. In der Praxis erwies sich der Internationalismus der meisten Parteien und Gewerkschaften überwiegend als verbal. Am ehesten verwirklichten die Kommunisten der kapitalistischen Hauptländer internationalistische Organisationsprinzipien.

Auch innerhalb der Migranten traten nicht selten erhebliche Spannungen auf, und zwar nicht nur zwischen Einwanderern aus unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlicher Sprache, sondern auch zwischen den zeitlich aufeinander abfolgenden Schüben der Migration gleicher ethnischer Herkunft. Die im Berliner Scheunenviertel aufgetretenen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Berlinern, die bereits eine Akkulturation vollzogen hatten, und nachrückenden - überwiegend orthodox-religiösen Juden aus dem Osten, war offenbar eine Erscheinung, die ihre Parallele in vielen Ländern hat.

Eine abschließende Podiumsdiskussion thematisierte aktuelle Probleme der Migration, die von einigen Diskussionsteilnehmern auch mit deutlicher Kritik an der Gesetzgebung und der Gewerkschaftsbewegung des Gastgeberlandes vorgetragen wurden.

Als nachteilig für die gesamte Diskussion erwies sich, daß diesmal Historiker aus Ländern wie Italien oder Spanien keine Beiträge zum Thema präsentiert hatten. Mehr noch aber wirkte sich aus, daß die Sichtweisen von Soziologen, Politologen und Kulturforschern nicht in die Erörterung der Probleme eingebracht wurden.

Das Thema der nächsten Tagung, die vom 10.-14. September 1996 in Linz stattfindet, verdient wohl die besondere Aufmerksamkeit der mit »UTOPIE kreativ« verbundenen Historiker. Es lautet: Quellen und Historiographie der Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus«.

STEFAN BOLLINGER

Keine Menschenrechte ohne Power

»Armen kann man nur helfen,
in dem man ihnen Zugang zur Macht gibt«

Diese Einsicht des südafrikanischen Theologen *Renier Koegelenburg* (Republik Südafrika) spitzte die Schlußfolgerungen einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zu, die Wissenschaftler, Theologen, Menschenrechtler und Interessierte aus vier Kontinenten vom 10. bis 12. März 1995 vereinte. Im Kontrast zum gleichzeitig stattfindenden Kopenhagener Sozialgipfel wurden »Chancen und Grenzen sozialer Menschenrechte« diskutiert.

Ein anderer Südafrikaner, der Wirtschaftsminister der West-Cape-Provinz *Chris Nissen* (Republik Südafrika), betonte, daß viel Geld für internationale Resolutionen ausgegeben wird, die aber nichts wert sind, wenn Regierungen sich nicht zum Handeln verpflichten. Die Diskussion zeigte, daß die in Dokumenten von UNO oder Europäischer Union fixierten sozialen Menschenrechte (auf Arbeit, Ernährung, Wohnen, Bildung, Gesundheit) lange unter Druck des Ost-West-Konflikts standen. Der Westen war zu gern bereit, jenes von Roosevelt formulierte antifaschistische Kriegsziel von 1941, um »die Freiheit von materieller Not« (gleichberechtigt neben der Freiheit der Rede, der Freiheit des Glaubens und der Freiheit von Furcht) zu kämpfen, wieder zu vergessen. Der Ostblock verfocht soziale Rechte, gegen die der Westen auf die bürgerlich-politischen setzte. Menschenrechte wurden Kampfmittel im Kalten Krieg, wie *Hans-Michael Empell* (Heidelberg) nachwies. Das Ende der Blöcke bot die Chance, diese Thematik zu entpolitisieren und hätte das Entgegensetzen beider zusammengehörenden Rechtsgruppen beenden können.

Stephen J. Lwitutte (Uganda) sieht die Möglichkeit eines Zusammenklingens von Demokratie, wirtschaftlichem Fortschritt und sozialen Rechten. In der Praxis gibt es das aber kaum. Der Münchner Völkerrechtler *Bruno Simma*, deutscher Vertreter im UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, machte eher die Hilflosigkeit solcher Forderungen deutlich. Dieser Ausschuß, von den Staaten ohne jeden Apparat gelassen, kann Berichte der UN-Mitglieder entgegennehmen, auch rügen, ist aber nicht berechtigt, Sanktionen zu verhängen. Man hofft auf ein Protokoll, mit dem individuelle Beschwerden bei Menschenrechtsverletzungen auf diesem Gebiet möglich würden, ähnlich wie schon bei den bürgerlichen Rechten. Die Chancen dafür stehen schlecht, denn schon jetzt mauern die Regierungen, zumal die in Bonn.

Überhaupt schmückt sich Bonn gern mit Erfolgsberichten zu

Stefan Bollinger - Jg. 1954, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; abgewickelter Hochschuldozent und Wissenschaftsbereichsleiter; gegenwärtig Dozent in der Erwachsenenbildung; wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen

»Im Bewußtsein vieler Menschen, vor allem in den westlichen Ländern, wird der Begriff der Menschenrechte auf die bürgerlichen und politischen Rechte reduziert. Demgegenüber macht der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte deutlich, daß Fragen, die sich auf

den Menschenrechten, ohne aber Schwachstellen zu benennen, geschweige denn über soziale Rechte in Deutschland zu berichten. Fast sechs Millionen ohne Arbeit, rund sieben Millionen Arme, eine dreiviertel Million Nichtseßhafte und Obdachlose in der Bundesrepublik sind so nur unerhebliche »Randerscheinungen« der erfolgreichen »Marktkräfte«. Verständlich, daß der Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Andreas Rauch* (Bonn), wenig mit sozialen Menschenrechten in der Entwicklungspolitik anzufangen wußte. Er mußte sich die Kritik von Nichtregierungsorganisationen gefallen lassen, daß von der bescheidenen deutschen Entwicklungshilfe real nur etwa 7 Prozent für soziale Zwecke aufgewendet werden anstelle der durch Einrechnung von Infrastrukturprojekten verkündeten 14 bis 16 Prozent.

Aber das ist angesichts der weltweiten Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht verwunderlich. Manche Teilnehmer dachten angesichts dieser Ordnungspolitik laut darüber nach, ob das nicht ein Bruch des Völkerrechts sei. *Roberto Pineda* (El Salvador) wies auf den Widerspruch zwischen der Regierungsverpflichtung für das Ausfüllen sozialer Rechte und dem Druck von IWF und Weltbank auf den Abbau von Sozialleistungen hin. *Dan Apostou* (Tschechien) stellte heraus, daß auch in Osteuropa der Markt zum Selbstzweck geworden ist. Für *T. Rajamoorthy* (Malaysia) wird heute ein Kalter Krieg des Nordens gegen den Süden geführt, in dem die Verwirklichung sozialer Rechte fast unmöglich wird. Westliche Forderungen, sie umzusetzen, erscheinen so als Heuchelei oder Trojanisches Pferd, mit dem in die Souveränität dieser Länder eingegriffen wird. Die Industrieländer werden selbst ihrem moralischen Anspruch nicht gerecht und die Entwicklungsländer haben keinerlei Chance, beispielsweise IWF oder Weltbank zu kontrollieren und die internationalen Beziehungen zu demokratisieren.

In der Diskussion herrschte die Einsicht vor, daß ohne mehr Power von unten sich nichts ändert, wie es eine pensionierte sozialdemokratische Oberstudienrätin auf den Punkt brachte. *Rolf Künnemann* (Heidelberg), Generalsekretär der FIAN, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für das Recht auf Ernährung einsetzt, plädierte für den Ausbau der Zivilgesellschaft. Nicht wenige Teilnehmer begriffen, daß es weniger um juristische Spitzfindigkeiten als um eine Wende im Bewußtsein und letztlich in der herrschenden Wirtschaftspolitik gehen muß, wenn die Menschen ein menschenwürdiges Leben wollen.

die Arbeit, den Arbeitslohn, die Arbeitsbedingungen sowie die sonstigen im Pakt geregelten Bereiche beziehen, ebenfalls Menschenrechtsprobleme betreffen können. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte haben prinzipiell den gleichen Rang wie die bürgerlichen und politischen Rechte.«
Hans-Michael Empell (Heidelberg)

»Der UN-Ausschuß zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten wurde erst spät gegründet und wenig beachtet. Das hat aber den Vorteil, daß nach 1989 die Frage dieser Rechte endlich entpolitisiert wurde ... Künftig soll das Berichtssystem der Staaten durch die Möglichkeit von Individualbeschwerden ergänzt werden. Dazu ist ein Fakultativprotokoll notwendig, für das sich einige Staaten bereit finden müßten. Die deutsche Regierung wird das sicher nicht sein.«
Bruno Simma (München, deutscher Vertreter im UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

Carl Schmitt:
Staat, Großraum, Nomos.
Arbeiten aus den Jahren
1916-1969,
herausgegeben, mit einem
Vorwort und mit Anmerkungen
versehen von Günter Maschke,
Duncker & Humblot
Berlin 1995,
668 S. (198.- DM)

Der heutzutage in der Bundesrepublik Deutschland am meisten publizierte, edierte, bibliographierte, interpretierte, kommentierte, applaudierte und (zuweilen auch) kritisierte Jurist der Weimarer und der Nazizeit heißt Carl Schmitt (1888-1985).¹ Seine wichtigsten Monographien von damals sind alle im letzten Dezennium wiederaufgelegt worden, darunter seine (undemokratische) »Verfassungslehre« von 1928 in nunmehr achter Auflage und sein erstmals 1940 erschienener Sammelband Positionen und Begriffe einschließlich des unverblüht die Nazi-Morde von 1934 rechtfertigenden Beitrags von 1934 »Der Führer schützt das Recht« (Berlin 1994, S. 199).

Der sich als bloßes Barometer des schwarzen und des braunen Zeitgeistes empfindende (und sich deshalb für unverantwortlich haltende!) C.S. war zugleich sein gekonntester Parolenlieferant: Als Souverän 1922 denjenigen zu bezeichnen, der über den Ausnahmezustand entscheidet,² als Volk 1928 diejenigen, die eben nicht regieren,³ und als Volksgemeinschaft 1935 des Führers Gefolgschaft,⁴ das bringt die Dinge auf einen Begriff, dem man einen Realitätsgehalt jedenfalls dann nicht wird absprechen können, wenn man der Wahrheit von Aussagen auch eine Funktion ihrer Entstehungszeit zubilligt. Das Freund/Feind-Verhältnis 1932 als Wesenszug alles Politischen und seinen Sinn dadurch zu charakterisieren, daß es auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug hat,⁵ im Jahre 1935 den Marxismus zum Todfeind des deutschen Volkes zu erklären,⁶ und 1937 die Losung vom totalen Staat, vom totalen Feind und vom totalen Krieg als Gottesurteil auszugeben,⁷ das macht Sinn, wenn auch einen bösen, genauso wie der gemein-

gefährliche Satz von 1936, daß das Wesen des Kampfes gegen Judentum und Bolschewismus in dem Wort des Führers enthalten sei: »indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn«.⁸

Dieser C.S. war 1945 kein Wendehals geworden. Nur eine Amnestie oder die Kraft des Vergessens forderte er ein (S. 218). Er bereute nichts, wie er sich ja auch jeglichem Entnazifizierungsverfahren verweigerte und kaum eine seiner Meinungen änderte. Kostproben aus seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen von 1947 bis 1951: »Was war eigentlich unanständiger: 1933 für Hitler einzutreten oder 1945 auf ihn zu spucken? [...] Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden von den Deutschen begangen, die Verbrechen für die Menschlichkeit an den Deutschen. Das ist der ganze Unterschied. [...] Juden bleiben immer Juden, während der Kommunist sich bessern und ändern kann. Gerade der assimilierte Jude ist der wahre Feind. [...] Ich bin Katholik nicht nur dem Bekenntnis sondern auch der geschichtlichen Herkunft, wenn ich so sagen darf, der Rasse nach«.⁹

Warum aber konnte ungeachtet voranstehender, nahezu beliebig vermehrbarer Ungeheuerlichkeiten dieser C.S., der seit seinem 65. Lebensjahr in den ungeschmälernten Genuß seiner Professoren Pension kam, nach dem Tausendjährigen Reich eine Resonanz verbuchen, die eher größer war als vorher? Warum wurde sein Wohnsitz zu einem Wallfahrtsort auch für Promovenden und Habilitanden, die ausgerechnet bei ihm »geistige Obhut« suchten und - fanden? Warum wurde er von Kirche und Kapital geschützt und gefördert?

Der von Günter Maschke mit Vorwort, Annotationen, Kommentaren und Registern reichhaltig und bewundernswert (und besser als es der Autor je getan, ja gekonnt hätte!) betreute Sammelband Staat, Großraum, Nomos, der C.S.- Arbeiten aus den Jahren 1916 bis 1969 locker gliedert zusammenstellt, erleichtert eine Antwort auf jene Fragen. Hier hat jemand zur Feder gegriffen, der sich das zu sagen traut, was andere seiner Mitbrüder im Geiste nur denken, oder - schärfer noch - nicht einmal zu denken fähig sind. In diesen Texten wird nicht der Barometerstand des Zeitgeistes abgelesen, hier wird er eingestellt! Wenige Wochen vor der Wahl Hinden-

burgs 1925 zum Reichspräsidenten für diesen zu beanspruchen, daß er nach demokratischen Prinzipien mehr Autorität haben wird als ein vom gleichen Volk gewähltes Parlament (S. 25), 1932 vor der Hauptversammlung des »Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie« und - in geänderter Version - auf der Mitgliederversammlung des »Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen« den starken Staat und eine (staats)freie Wirtschaft mit einem Reichspräsidenten als übrig gebliebene Verfassungslegalität zu propagieren (S. 60, 77), das setzt das Gespür für eine Rechtsentwicklung von Oben voraus, zu der normale Professoren nicht befähigt sind. Selbst dem »deutschen Rechtsstaat Adolf Hitlers« hat es C.S. 1935, also nach den Röhm-Morden, verstanden, einen intellektuellen Glanz zu verleihen, und damit ein gutes Gewissen denen zu machen, die dem »liberalistisch unterwählten Gemeinwesen« den Garaus machten (S. 117).

Vor allem aber sind es die völkerrechtsrelevanten Arbeiten, die dem Sammelband quantitativ und qualitativ das Gepräge geben. Im kriegerisch (kalt oder heiß) oder sonstwie zu bildenden Großraum sei der Staat aufgehoben. Wenn auch der neue Nomos der Erde, die künftige Einheit von Ordnung und Ortung, auf Großräumen beruhen werde, so habe doch der Staat der bedrohlichen, in Bürgerkriegen gipfelnden Invasion der menschlichen Individualität ebenso wie den antichristlichen Universalprojekten zu widerstehen. Solche während des Zweiten Weltkrieges publizierte, im In- und Ausland vorgetragene, auch Herrn Mussolini höchstpersönlich übermittelte (S. 342), von Herrn Hitler aufgenommene (S. 348) Gedanken, wie stets in eine Überfülle ausgefallener ideen- und kulturhistorischer Zusammenhänge eingebettet, haben eine zukunfts-trächtige Eigenschaft: sie sind transformierbar, z.B. in die Welt von Heute, natürlich aus der Sicht derer, die in Macht und Wohlstand sitzen, durch den totalen Krieg zu einem totalen Frieden, um eine C.S.-Formel zu benutzen (S. 388). Denn was von ihm einst, 1942, als »taumelndes Amerika« (S. 423) bezeichnet worden war, erschien ihm zuletzt als das auserwählte »Asyl der Gerechtigkeit«.¹⁰

So eignen sich die im vorliegenden Band zusammengestellten Texte eines sich durch selbstgewählte Feinde - Marxismus, Kosmopolitismus, Unchristentum - definierenden Autors allemal als Wetzstein des Verstandes. Der Zauber, der Halbverstandenen zuzuwachsen pflegt, verdient dechiffriert zu werden.

Anders als die Dutzendware konservativer Bekenntnisse ohne Erkenntniswert lohnen diese hier gegen den Strich gelesen zu werden. Hier war einer am Werk, der es für unter seiner Würde hielt, politische Standpunktlosigkeit auch nur vorzutäuschen. Hier werden Interessen nicht kaschiert, sondern legitimiert. Von geistigen Feindschaften wird am Exempel demonstriert, daß sich in sie ökonomische Interessengegensätze mischen (S. 524); von der »letzten großen Heldentat europäischer Völker«, der Landnahme einer Neuen Welt im 15./16. Jahrhundert wird nicht verschwiegen, daß sie von den Helden der Conquista weniger unter Berufung auf das jus commercii, das Recht auf freien Handel, als vielmehr im Namen ihres christlichen Heilands und seiner heiligen Mutter Maria vollzogen wurden (S. 585); die bekannte Formel des Augsburger Religionsfriedens *cujus regio, ejus religio* (wes das Land, des der Glaube) wird von ihm kurzerhand in die moderne Wahrheit *cujus economia, ejus regio* transformiert,¹¹ (worüber heutige Sozialisten ohne Eigentumsveränderungsanspruch nachzudenken allen Grund hätten).

Es ist die Gegenauflärung, die hier das Wort genommen hat, ohne sich als Postmoderne zu verkleiden, ohne wenn und aber und ohne von der Moral Blässe angekränkt zu sein: was als Botschaft der Göttin der Vernunft begann, habe als Gangsterparole bei Bert Brecht geendet, heißt es bei C.S. (S. 585).

Es wäre verhängnisvoll, nicht bemerkt zu haben, daß Denker der Gegenreformation oft klüger (und erfolgreicher) waren als die Gläubigen der Reformation.

HERMANN KLENNER

1 Vgl. aus den letzten 15 Jahren: H. Becker: Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas, Berlin 1994; J.W. Bendersky: Carl Schmitt - Theorist for the Reich, Princetown 1983; K.Hansen (ed.): Carl Schmitt und der Liberalismus, Opladen 1988; H. Hofmann: Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, Berlin 1992; A. Koenen: Der Fall Carl Schmitt, Darmstadt 1995 (981 S.); D. v. Laak: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993; G. Maschke: Der Tod des Carl Schmitt, Wien 1987; I. Maus: Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur

- Funktion und Wirkung der Theorie Carl Schmitts, München 1980; R. Mehring: Pathetisches Denken. Carl Schmitts Denkweg, Berlin 1989; G. Meuter: Der Katechon. Zu Carl Schmitts fundamentalistischer Kritik der Zeit, Berlin 1994; P. Noack: Carl Schmitt. Eine Biographie, Berlin 1995; H. Quaritsch (ed.): Complexio Oppositorum - Über Carl Schmitt, Berlin 1988; N. Sombart: Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt, München 1991; J. Taubes (ed.): Der Fürst dieser Welt. Carl Schmitt und die Folgen, München 1985; P. Tommissen (ed.): Schmittiana. Bd. I - IV, Weinheim/Berlin 1989-1994; G. Ulmen: Politischer Mehrwert. Max Weber und Carl Schmitt, Berlin 1991. - Vgl. die Dreier-Rezension von Arnold Schölzel in: UTOPIE kreativ, 43/44 (1994), S. 100-107.
- 2 C. Schmitt: Politische Theologie [1922], Berlin 1995, S. 9.
 3 C. Schmitt: Verfassungslehre [1928], Berlin 1995, S. 241.
 4 C. Schmitt: Deutsche Juristen-Zeitung 40 (1935) 924.
 5 C. Schmitt: Der Begriff des Politischen [1952], Berlin 1991, S. 20.
 6 C. Schmitt: Staat, Bewegung, Volk, Hamburg 1955, S. 57.
 7 C. Schmitt: Positionen und Begriffe [1940], Berlin 1988, S. 255.
 8 C. Schmitt: in: Das Judentum in der Rechtswissenschaft, Heft 1, Berlin 1956, S. 14.
 9 C. Schmitt: Glossarium, Berlin 1991, S. 18, 131, 235.
 10 C. Schmitt: Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum [1950], Berlin 1988, S. 265.
 11 Schmitt [Ann.10], S. 285.

**Brita Baume,
 Hannelore Scholz (Hrsg.):
 Der weibliche multikulturelle
 Blick. Schriften. Band 1,
 trafo verlag dr. wolfgang weist
 Berlin 1995, 222 S.**

Wer fragt, welchem Weib ein solcher Blick zur Verfügung stünde, sei an den »Garten der Steine« erinnert: Auch im vorliegenden Buch entsteht dieser Blick aus mehreren (An)Sichten.

Dem trafo verlag gereicht es nicht nur zur Ehre, schon einige Bände mit Ergebnissen aus der Frauenforschung publiziert zu haben, sondern er startet nun gleich zwei Reihen. Deren eine trägt diesen vielleicht etwas merkwürdig anmutenden Titel und wird herausgegeben von der Berliner Germanistin Hannelore Scholz. Die Reihe ist ausdrücklich als Forum konzipiert, »das sich der Darstellung und Diskussion aktueller Ergebnisse der geschlechterspezifischen Forschung, Aufklärung und politischen Bildung widmen wird«. Als Kriterium für die Aufnahme in die Reihe wird nur eins genannt: »ihr weiblicher multikultureller Blick auf die Probleme dieser Welt«.

Für den Band 1 steht der Herausgeberin der Reihe eine zweite Literaturwissenschaftlerin, Brita Baume, zur Seite. Es handelt sich bei diesem - er trägt als erster Band den Titel der gesamten Reihe - um die Dokumentation eines Symposiums mit dem Titel »Nation - Kultur - Geschlechterverhältnisse«. Es fand bereits im November 1992 in Berlin statt. Die Lektüre der achtzehn Beiträge lohnt sich aber auch 1995 und darüber hinaus: Seine

übergreifende Bedeutung und Brisanz resultieren nicht zuletzt aus den »wachsenden nationalistischen Tendenzen und Auseinandersetzungen in Ost- und Westeuropa« (S. 9). Folgerichtig wurde das Symposium von seinen Gestalterinnen auch als Chance verstanden, im europäischen Umbruch der nationalen Kulturen »durch die Diskussion multikultureller Konzepte nach Handlungsanleitungen über den nationalen Rahmen hinaus zu suchen« (ebenda).

Seit dem Beginn der so diffus wie häufig mit »Transformation« bezeichneten Prozesse der neuerlichen Expansion kapitalistischer Verhältnisse mit den »neu entflammten Verteilungskämpfen um Macht und Vorherrschaft, um Profit und Aneignung gesellschaftlichen Reichtums« (ebenda) ist bekanntlich die geographische Ost-West-Trennlinie verschoben, scheinen die östlichen Schwestern ihren deutschen weiter entfernt, die Nachrichten werden spärlicher, das Wissen um die konkrete Situation und die aktuellen Probleme verschwimmt hinter den medial servierten Vor-Urteilen. Um so höher ist zu schätzen, daß neben deutschen, niederländischen und US-amerikanischen auch Frauen-Blicke aus Bulgarien und Lettland im Band vertreten sind. Für die Frauen wiederholt sich »das bekannte Grundmuster rassistischer und sexistischer Ausgrenzung ... Frauen in Osteuropa und Ostdeutschland wurden und werden massenhaft aus gesicherten Arbeitsverhältnissen in ungesicherte befristete Jobs gedrängt.«(ebenda)

Der Band ordnet die Beiträge von jeweils neun Autorinnen zwei Problemkreisen zu:
 I. Kulturelles Gedächtnis: Aspekte ästhetischer Wahrnehmung von deutscher nationaler Identität und Geschlechterbeziehungen, und

II. Multikulturelle Ansätze: Aspekte soziokultureller Wahrnehmung von Nationalität - Ethnizität - Kultur - Geschlecht.

Im ersten Teil bleiben die Deutschen unter sich und untersuchen sehr unterschiedliche ästhetische Wahrnehmungsmuster zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert. Vorwiegend über die Analyse des Lebenswerkes ganz bestimmter Frauen versichern sich die sechs west- und drei ostdeutschen Autorinnen ihrer Wurzeln: Lucia Licher (Oldenburg), in-

dem sie Karoline von Günderodes Aufforderung »Du mußt Dich in entferntere Empfindung versetzen« aufgreift und deren Strategien interkultureller Annäherung; Hannelore Scholz (Berlin) über die »soziale ›Ordnungzerbrochener Existenzen« in Vera Calderon-Canettis Literaturkonzept im Zusammenhang mit dem Austromarxismus; Marianne Schuller (Hamburg) untersucht unter dem Titel »Maskeraden« Schrift, Bild und die Frage des Geschlechts in der frühen Prosa Else Lasker-Schülers; Barbara Hahn (Berlin) Margarete Susmans kulturtheoretische Reflexionen im Spannungsfeld ihrer dualen weiblichen Identität einer jüdischen Deutschen und deutschen Jüdin mit dem Wissen um die Schuld des deutschen Volkes an der Shoa des jüdischen und auch Karin Bruns (Bochum) sucht nach »Figuren des Weiblichen - Szenarien des Nationalen« bei der wenig beachteten (Drehbuch)Autorin Thea von Harbou (1888 bis 1954). Helga Brandes (Oldenburg) denkt in ihrem Beitrag »Robinson und Robinsonin« über alte und neue Formen der Geschlechterbeziehung in Robinsonaden des 18. Jahrhunderts nach, während Kerstin Wilhelms (Hamburg) in der Medien-Präsentation der Übernahme der DDR durch die BRD in einer »Vereinigungsmetaphorik« einen augenfälligen Beweis sieht für die Überlagerung der »Vorstellungen vom glücklichen Paar ... mit Anspielungen auf die asymmetrische Machtverteilung zwischen Geschlechtern, die so auch für das deutsch-deutsche Verhältnis behauptet wird« (S. 37). Weshalb sie ihrer Beobachtung am Beispiel einer früheren Umbruchsituation in Deutschland nahegeht: »Michel und Germania - ein deutsches Geschlechterverhältnis«.

Am weitesten in die Gegenwart vor wagen sich Monika Melchert mit einer Analyse von Erinnerungsbüchern von Schriftstellerinnen, in denen »Kindheit als Quelle der schwierigen weiblichen Identität« ausgemacht wird, und Brita Baume (beide Berlin) und gehen damit auch das größte Wagnis ein: Die große Nähe zu historischen Vorgängen ermöglicht selten wirklich souveränes Analysieren, hat allerdings den Vorzug des (eben vielleicht exklusiven?) Originären: »Heldinnen nach Plan« nennt Brita Baume ihre sehr persönlichen Überlegungen zur literarischen Soziali-

sation (auch ihrer selbst) und zum Umgang mit der Frauenfrage in der DDR.

Unter den neun, die sich im Schwerpunkt II den multikulturellen Ansätzen zuwenden, sind die »westsozialisierten« Frauen in der Minderheit: Gisela Brinker Gabler (z. Z. Binghamton, USA) titelt »Borderlands« und widmet ihren Beitrag Überlegungen zu einem Neuentwurf der Nation von den Rändern, während Barbara von Balen (Amsterdam, Niederlande) »Kultur, Nation und das Verhältnis der Geschlechter« thematisiert und mit ihrem Schlußsatz: »Inzwischen sind fast sechszwanzig Jahre (weiblichen Aufbegehrens, A.H.) vergangen, und noch immer ist es keine Selbstverständlichkeit, daß Frauen ihr Leben selbst in die Hand nehmen.« dem Mythos von den »Frauen im Westen, die den Feminismus gelebt« hätten, widerspricht. Im zweiten Schwerpunkt überwiegen die gegenwärtigen Bezüge. Ingrid Kuczynski (Halle) mit ihrer Untersuchung der Reiseerlebnisse viktorianischer Frauen und der Schutz- und Freiräume in ihrer Begegnung mit fremden Kulturen - »Wild Travel« - bildet hier die einzige Ausnahme mehr historischen Herangehens. Die Anglistin Jana Gohrisch (Berlin) zeigt an Hand der »Rezeption bestimmter Aspekte der Literatur ethnischer Minderheiten in Großbritannien, welche Mechanismen dazu beitragen, diese sehr vielgestaltige Literatur auf einige wenige männliche Autoren und auf das Roman-genre zu reduzieren« und »daß sich diese Selektion bewußt entlang ethnischer, geschlechtsspezifischer und sozialer Linien vollzieht« (S. 135), die auf das nationale Selbstverständnis Großbritanniens als früherer Weltmacht führen. Frauenbilder bilden gleich zweimal das Thema - für Alla Kusch (Riga), die sie und die Frauen im Spiegel der lettischen Massenmedien untersucht und bei Nikolina Burneva (Veliko Tirnovο, Bulgarien), die ihre Beschreibungen bulgarischer Frauensituationen mit »Uns geht's prima, doch es wird schon besser werden« zusammenfaßt. Aus demselben Ort kommt Penka Angelova, die Betrachtungen zum Drachenmotiv aus der bulgarischen Folklore anstellt, um die neue (uralte) Rollenzuteilung für Frauen zu zeigen, Objekt männlicher Lust und Ideologie zu sein. Emilia Staitschewa (Sofia, Bulga-

rien) versucht, der Selbstwahrnehmung der Dichterin Blaga Dimitrowa auf die Spur zu kommen: Die Frau und die Macht. Irina Novikova (Riga, Lettland) untersucht den literarisch-ideologischen Diskurs in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Sowjetunion und seine Herkunft aus dem Frauenbild der russischen Kultur wie dem der neuen Frau in der sowjetischen Geschlechterideologie, die sie als immer noch »not deconstructed as a patriarchal project that failed« charakterisiert und worum sie sich in ihrem Beitrag bemüht.

Nicht zu vergessen: Dem interessanten und empfehlenswerten Band, dessen Beiträge auch internationaler Erfahrungsaustausch sein sollen, »um unser kulturelles Gedächtnis als Frauen in die aktuellen Debatten einzubringen« (S. 12) gibt die Arbeit »Kleine Tecuna« von Karla Woisnitza aus dem Jahre 1986 sein Gesicht.

ANGELIKA HAAS

1 Ziemlich ärgerliche (anscheinend aber überall üblich werden-de?) Druckfehler des Originals wurden in den hier verwendeten Zitaten automatisch und stillschweigend korrigiert.

Jürg Ulrich: Leo Trotzki als junger Revolutionär, Decaton Verlag Mainz 1995, 131 S. (22,80 DM)

Leo Trotzki (1879 - 1940) ist ohne Zweifel eine der umstrittensten Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte. Von der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten und kommunistischen Parteien wurde er fast bis zum Ende der UdSSR als »Unperson« behandelt, von konservativen Historikern und Massenmedien als Kronzeuge gegen den Stalinismus genutzt und von trotzkistischen Gruppierungen nicht selten als Stammvater »der einzig wahren revolutionären Lehre« heroisiert. Nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« ist es nun an der Zeit, sich Trotzki mit kritisch-historischer Distanz zu nähern.

Jürg Ulrich, 1930 geboren, Professor für Neuropathologie in Basel und in seiner Studenten- und Assistenzarztzeit in der Sozialistischen Jugend Zürich aktiv, wendet sich

mit seinem Buch erklärtermaßen vor allem an den jungen Leser, um ihm die Orientierung in der heutigen politischen Landschaft zu erleichtern. Daß sich der Autor bei dieser Zielstellung dem jungen Trotzki zuwendet, ist nur logisch. Daß Ulrich den Bogen von der frühen Kindheit des Revolutionärs bis zur Oktoberrevolution 1917 spannt und Trotzki zu diesem Zeitpunkt dann bereits 38 Jahre zählte, wird der Historiker mit dem Blick für geschichtliche Zäsuren gern verzeihen.

Lew Trotzki (eigentlich Laib Bronstein) wurde als Sohn eines nicht gerade wohlhabenden jüdischen Gutsbesitzers geboren, besuchte die Höhere Schule in Odessa und Nikolajew, wo er sich 1897 zunächst den Narodniki anschloß. Bald darauf bekannte er sich zum Marxismus und gründete den Südrussischen Arbeiterbund mit. 1898 wurde er verhaftet und nach Sibirien verbannt. Im Sommer 1902 floh er von dort nach England. 1905 schloß er sich auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) in der Frage des Parteiaufbaus den Menschewiki an. In der Revolution von 1905 wurde Trotzki - nach Rußland zurückgekehrt - einer der Wortführer und schließlich Vorsitzender des Petersburger Sowjets. Verhaftet und erneut nach Sibirien verbannt, gelang ihm wiederum die Flucht nach Westeuropa. London, Wien, Zürich, Paris und schließlich die USA waren Stationen seines Emigrantenlebens. Dort erreichte ihn dann die Nachricht vom Ausbruch der Februarrevolution 1917 in Rußland. Im Mai 1917 nach Rußland zurückgekehrt, schloß er sich den Bolschewiki an und beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution.

All diese Lebensabschnitte schildert Jürg Ulrich anschaulich in einer gut lesbaren Sprache, doch leider wahrt er nicht die nötige historische Distanz zum Gegenstand seines Buches. Statt dessen gibt er die Ideen und Auffassungen Trotzkis unkritisch wieder und verzichtet auf eine Bewertung dieser Ideen aus heutiger Sicht. So erweckt er bei dem nach Orientierung suchenden jungen Leser den Eindruck, als seien all die Positionen, die Trotzki Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte, samt und sonders auch heute noch gültig. Diese Art der

Darstellung läßt schnell vergessen, daß Jürg Ulrich in seinem Vorwort selbst feststellt, mehr als fünfzig Jahre nach Trotzki's Tod seien viele seiner Vorstellungen, die er zur Strategie des internationalen Klassenkampfes entwickelte, veraltet (S. 8). Festgemacht wird dies von Ulrich allerdings nur an einer Passage des Übergangsprogramms der IV. Internationale von 1938, die besagte, daß die ökonomischen Voraussetzungen für die proletarische Revolution schon längst den höchsten Punkt erreicht hätten, der unter dem Kapitalismus überhaupt erreicht werden könne (S. 122).

Trotzki's wichtigste eigene Beiträge zum Marxismus - so Ulrich - seien seine Entwicklung und Anwendung des Marxschen Konzepts der permanenten Revolution, die Analyse der von Stalin begründeten Bürokratenherrschaft in der Sowjetunion sowie das Verständnis des Faschismus als Versuch der Rettung der bürgerlichen Herrschaft. Jürg Ulrich meint: »Nicht veraltet ist [...] seine (Trotzki - J.W.) dynamische Betrachtungsweise, die in den Klassengegensätzen die treibende Kraft der Geschichte sieht. Mehr als jemals zuvor trifft es zu, daß die Menschheit in Klassen zerfällt, und daß Klassen nur beseitigt werden können, wenn die bisher Unterdrückten die politische Macht ergreifen und wenn ihre demokratische Herrschaft auch vor den Wirtschafts- und Eigentumsfragen nicht Halt macht« (S. 8). Trotzki's Leben zeige »die Notwendigkeit des demokratisch-sozialistischen Aufstandes aller Ausgebeuteten und Mißbrauchten unter Führung der Lohnabhängigen, des Proletariats« (S. 7).

Jürg Ulrich hat jedoch übersehen, daß es das Proletariat, die Arbeiterklasse, wie sie in der zweiten Hälfte des 19. und bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts als revolutionäres Subjekt existierte, heute nicht mehr gibt. Zwar ist der Anteil der Lohnarbeitenden an der Gesamtbevölkerung stetig gewachsen, doch sind die Lohnarbeitenden in sich äußerst differenziert und in der Regel kein einheitlich handelndes Subjekt mehr. Zudem hat nicht zuletzt das Scheitern des »real existierenden Sozialismus« offenbart, daß mit der einmaligen Eroberung der politischen Macht durch die revolutionäre Gewalt einer Klasse, daß mit dem Auswechseln von Machteliten und der radikalen Negation von

zivilisatorischen Errungenschaften der modernen kapitalistischen Gesellschaften Menschheitsfortschritt nicht zu erreichen ist. Die gesellschaftliche Wirklichkeit zeigt, daß entlang der für das Überleben der Menschheit notwendigen Fragen der Erhaltung des Friedens, des Schutzes der natürlichen Umwelt und der Lösung des Nord-Süd-Konflikts wechselnde kollektive Handlungssubjekte gibt, die sich je nach Handlungsgegenstand unterschiedlich sozial zusammensetzen. Das Klassenkampfdenken der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts mit seinen Schwarz-Weiß-Schemata und seinen scheinbar einfachen Lösungen, in dem Jürg Ulrich befangen scheint, hilft hier nicht weiter.

Nicht genug damit, daß Ulrich theoretische Positionen bedient, die der Vergangenheit verhaftet sind, unterlief ihm noch eine Reihe sachlicher Fehler, die bei einer sorgfältigeren Edition hätten vermieden werden können. So verlegt der Schweizer Autor Ustj-Kut (gemeint ist Trotzki's erster Verbannungsort Ust-Kutowo im Gouvernement Irkutsk) vom Oberlauf der Lena an deren Unterlauf (S. 24), dafür Beresow (gemeint ist Berjosowo, der zweite Verbannungsort Trotzki's) vom Unterlauf des Ob an dessen Oberlauf (S. 59). Die am Fluß Mariza liegende türkische Stadt Adrianopel (Adrianopolis, das heutige Edirne) wird bei ihm zur Hafenstadt am Schwarzen Meer (S. 88). Der Vater Trotzki's mutiert bei Ulrich nach wenigen Buchseiten vom Bauern (S. 9) zum Unternehmer, der Bauern unterdrückte (S. 13) usf.

Insgesamt bietet der Autor kaum Neues. Lediglich Trotzki's Tätigkeit als Kriegskorrespondent in den Balkankriegen ist ausführlicher dargestellt als in der Autobiographie des Revolutionärs, auf die sich Ulrich weitgehend stützt. Der an Trotzki interessierte (junge) Leser sollte daher lieber zum Original greifen - zu Trotzki's »Mein Leben«.

JOCHEN WEICHHOLD

**Hanna Behrend, Anneliese
Braun, Hans Wagner:
Emanzipation = menschliche
Selbstveränderung?
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 1995, 227 S.
ISBN 3-930412-73-X**

Als die AutorInnen dieses Buch in einer wissenschaftlichen Diskussion der Öffentlichkeit vorstellten, signalisierte die Zahl der TeilnehmerInnen ein für heutige Verhältnisse überraschend großes Interesse am Thema »Emanzipation«. Vielleicht war es auch der Titel der damit eröffneten Schriftenreihe zu globalen Fragen, der die LeserInnen angezogen hatte: »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«. Jedenfalls trifft die Herausgeberin Hanna Behrend und Mitautorin des ersten Bandes mit ihrem Anliegen offensichtlich den Nerv vieler Intellektueller und praktisch an gesellschaftlichen Alternativen Interessierter, und dies nicht nur im Osten des Landes. Es werden Forschungsergebnisse einer Gruppe von WissenschaftlerInnen vorgestellt, deren Geschichte Jahrzehnte zurückreicht und die, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Verlust von Utopien, sich nicht einfach von dem, was als marxistisches Denken galt, ab- und neuen Theorien zuwandten. Vielmehr unterzogen sie sich der Mühe, den Irrtümern und falschen theoretischen Voraussetzungen des eigenen Denkens nachzuspüren, und schufen sich damit ein verlässlicheres Instrumentarium, neue, brauchbar erscheinende theoretische Ansätze zu prüfen. Der Leser wird an dieser Suche beteiligt und damit auch am Gewinn der kritisch/selbstkritischen Aufarbeitung von Denkgeschichte.

Vor allem die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit feministischen Theorien haben die AutorInnen zu einem rassen-, klassen- und geschlechtsübergreifenden Theorieansatz geführt, mit dem sie unter anderem Gründe für das Scheitern neuerer Emanzipationsbewegungen - der sozialistischen wie der feministischen - analysieren und nach neuen Wegen für die Gestaltung menschengerechter Verhältnisse suchen.

Emanzipatorische Leistungen und Defizite

marxistischer und feministischer theoretischer Positionen respektive praktischer politischer Bewegungen sind Gegenstand des ersten Beitrages der Anglistin und Historikerin Hanna Behrend. Anneliese Braun, Ökonomin, betrachtet unter anderem emanzipatorische Leistungen und Begrenzungen des patriarchalisch geprägten Staatssozialismus in der DDR und vergleicht sie mit patriarchalischen Verhältnissen im Westen Deutschlands. Beide Autorinnen kommen zu dem Schluß, daß die heutigen globalen Bedrohungen die Aufhebung der patriarchalen und der Kapitalverhältnisse verlangen und daß ein Analyseansatz gebraucht wird, der beide einbezieht. Sie arbeiten als theoretische Voraussetzung heraus, daß der methodologische Zugang bei der Betrachtung von Geschichte und Gesellschaft nicht wie bei Marx in der Produktion der Lebensmittel, sondern vielmehr in der Produktion des Lebens selbst gesucht werden muß. Favorisiert wird die Kategorie der Lebensweise gegenüber der Kategorie der Produktionsweise. Braun verweist darauf, daß nur so der Blick für ganzheitliche Lebenserfordernisse und -bedingungen frei wird, zu denen auch die Natur gehört. (vgl. Braun, S. 113f.) Behrend macht deutlich, daß die Begrenzung der Analyse auf die Reproduktion der Lebensmittel bei Marx auch Konsequenzen hatte für subjekttheoretische Ansätze, die damit auf den Bereich der Warenproduktion beschränkt blieben. (vgl. Behrend S. 22f) Aber auch Verfälschungen der Theorie durch die praktische sozialistische Bewegung sind Gegenstand der Reflektion.

Des Ökonomen Hans Wagners Thema ist die Lösung der gegenwärtigen Entwicklungskrise als Krise des industriellen Stoffwechsels mit der Natur. Indem er soziale Übergänge in der Geschichte der industriellen Entwicklung analysiert, kommt er sozialen Entwicklungsstrukturen auf die Spur, aus denen er die Möglichkeit einer »schließlichen Integration der menschlichen Gesellschaft in die Natur« ableitet. Die soziale Geschichte der Menschen mit Marx als eine »Geschichte ihrer individuellen Entwicklung« betrachtend, setzt er auf die Fähigkeit zur menschlichen Selbstveränderung.

Daß hier wie in den beiden vorangehenden Beiträgen historische Subjekte nicht in der

Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen oder sozialen Klasse, Schicht, oder gar einem Geschlecht verortet, sondern im Zusammenhang mit den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten des Menschen gesucht werden und daß nach gangbaren Alternativen außerhalb festgefügter oder sich wieder festfügender Macht- und hierarchischer Strukturen geforscht wird, gehört zu den hoffnungsvoll stimmenden Momenten dieser sozialwissenschaftlichen Überlegungen.

RENATE LIEBSCH

**Gudrun Hentges, Guy Kempfert,
Reinhard Kühnl (Hrsg):**

Antisemitismus.

**Geschichte - Interessenstruktur
- Aktualität,**

**Distel Verlag Heilbronn 1995,
190 S. (26,80 DM)**

Was dieses Buch vor anderen auszeichnet, ist, daß es fachübergreifend Unternehmer, Journalisten, Wissenschaftler vereinigt die etwas zum Thema Antisemitismus zu sagen haben. Herausgekommen ist nicht nur eine Artikelsammlung, sondern ein Teamwork, in dem die Ursprünge des Antisemitismus ebenso beleuchtet werden wie die vielfältigen religiösen, ethnischen, ökonomischen und sonstigen Gewänder, in die er schlüpfen muß, um wirksam zu werden, seinen Zweck zu erfüllen.

Es erweist sich als überaus vorteilhaft, daß die Herausgeber Fachleute aus so vielseitigen Wissensgebieten für ihr Vorhaben gewinnen konnten. Der Leser hat zwar zunächst den Eindruck, daß jeder Autor, je nach Wissensgebiet, bei der Ursachenforschung einen anderen Schwerpunkt setzt. Letztlich erweist sich aber gerade dies als Gewinn. Die eigentlichen Wurzeln des Antisemitismus, die meines Erachtens in der ökonomischen Sphäre zu suchen sind, d.h. in dem Bereich des Lebenserwerbs mit den dort auftretenden Interessen, Gegensätzen und Schwierigkeiten, werden durchaus erwähnt, bleiben aber merkwürdig schwach; sehr viel schwächer jedenfalls, als von Weber oder

Fuchs sehr einsichtig herausgearbeitet worden ist. Dafür treten aber die vielfältigen Bedingungen und Einflüsse deutlich hervor, die dem Antisemitismus sein konkretes, von den jeweiligen Zeitläuften geprägtes, Gesicht geben; und auch die Gegebenheiten, die dazu beitragen, daß es gerade die Juden sind, an denen sich der Haß festmacht, anstatt, wie es unter anderen Umständen vielleicht der Fall gewesen wäre, Hexen, Farbige, Ausländer, Moslems oder Christen usw. zu treffen.

Stegemann, Theologe, legt zum Beispiel den Schwerpunkt auf die christlichen Wurzeln des Antisemitismus und zeigt zugleich, daß das orthodoxe Judentum in der Zeit der Aufklärung als das Gegenteil des Fortschritts erschien, in der Bismarck-Zeit dagegen das liberale Judentum als das Gegenteil figurierete, als Träger eines zersetzenden intellektuellen Fortschritts. Für die Judenfeindschaft kann das Judentum also trotz allen Formwandels als der asymmetrische Gegenbegriff schlechthin gelten; immer vorausgesetzt, ein besserer griffiger Aufhänger sei nicht gegeben. Unter den gleichen Voraussetzungen ist in einer tief christlich geprägten Gesellschaft wiederum das Judentum der »natürliche« Antipode, an dem sich aufsteigender Frust und Haß abarbeiten, gegebenenfalls auch entladen kann.

Kühnl, Politikwissenschaftler, relativiert wiederum die christlichen und zeigt die sozialökonomischen Wurzeln des Antisemitismus, verbindet sie mit dem Aufkommen des Rassismus im Imperialismus, der sich mit der glaubensmäßigen Grundlage des Antisemitismus verband, sie nach und nach verdrängte und ihm eine rassistische Grundlage gab; aus der ideologischen wurde eine biologische Identität der Juden. Der Antisemitismus entwickelte sich schließlich zu einer kompletten Weltanschauung, mit der sich das Geschehen in Politik und Gesellschaft erklären ließ. Eine Weltanschauung, die späterhin ideologische Grundlage des Holocaust werden sollte.

Pätzold, Historiker, arbeitet wiederum die konkreten Umstände der Nazizeit heraus, zeigt die Vielfältigkeit der Gruppen und Interessen, die durch die Judenverfolgung bedient werden konnten und den Antisemitismus so ebenso zur Befestigung der Macht als auch zur Befriedigung materieller Interessen nutzte.

Alle Facetten anzusprechen, die von den verschiedenen Autoren, ausgehend von ihren jeweiligen Fachgebieten, herauspräpariert wurden, ist hier nicht möglich; Obermüllers Abrechnung mit der Auschwitz-Lüge beispielsweise, oder Claussens Darstellung des Verhältnisses von Antisemitismus und Antizionismus usw. Es ergibt sich ein Kaleidoskop vielfältiger Interessen, Bedingungen, Einflüsse usw., aus denen solche ideologischen Giftgewächse wachsen.

Das Buch ist mit Gewinn zu lesen. In gewissem Sinne faßt es die Erkenntnisse der verschiedensten Fachgebiete zum Antisemitismus zusammen. Es wäre zu wünschen, daß aus solch wohl eher zufälligen Zusammenarbeit eine bewußte würde, die die Antisemitismusforschung vorantreiben könnte, denn Antisemitismus ist nur ein Synonym für allerlei derartige Fehlvorstellungen, deren sich niedere Interessen, wie gerade in Bosnien-Herzegowina zu sehen, trefflich bedienen können.

ROBERT KATZENSTEIN

Claudia von Zglinicki:

Ich, Prinzessin Viola.

**Ein altes Haus und
seine Besetzer,**

Aufbau Taschenbuch Verlag

Berlin 1995, 206 S. (15,90 DM)

»Ich bin ich. Ich lasse mich nicht ... einsortieren und abstempeln.« Im Frühjahr 1994 lernte die Journalistin Claudia von Zglinicki in ihrer Nachbarschaft im Berliner Prenzlauer Berg die sechzehnjährige Henrike und die anderen obdachlosen Punks kennen, die durch ihr provozierendes Äußeres auffielen und das Leben im Kietz veränderten. Sie hatten im vorangegangenen Winter ein altes Backsteinhaus besetzt. Nach zweimaliger Räumung lebten sie zwei Wochen lang auf dem Bürgersteig vor dem Objekt ihrer Begierde, bevor sie die beiden oberen Etagen wieder bewohnen durften. Claudia von Zglinicki wollte die »Außenseiter« persönlich kennenlernen, um mehr über sie zu erfahren, als Statistiken über obdachlose Kinder und Jugendliche so hergeben: »Neugier auf die bunten Bewohner. Die Schmuttelkinder,

denen die meisten Leute auf der Straße lieber ausweichen...Von denen die meisten Menschen vermuten, daß sie klauen und saufen und Drogen nehmen, daß sie jedenfalls irgendwie auf Kosten der Soliden leben« (S. 7f.). Sie nimmt Kontakt auf, und die Bewohner fassen langsam Vertrauen, einige sind bereit, auch vor laufendem Tonband von ihrer Vergangenheit, ihren Gefühlen und Hoffnungen zu erzählen. Die Autorin hat sich entschieden, »ihnen alles zu glauben, was sie erzählen. Natürlich werten sie, wählen sie aus, wie jeder, der erzählt. Machen Erlebtes größer, kleiner. Das ist normal. Grundsätzlich sind die Geschichten aber so passiert, es ist ihr Leben, ganz real. Später stelle ich fest, wie einzelne Episoden, die verschiedene Personen schildern, zusammenpassen und stimmen. Sie erzählen auch Dinge, die weh tun.«

Das Buch gibt auf eine berührende, gerade durch seine Authentizität Sympathie hervorrufende, Art die Gespräche mit acht jungen Frauen und Männern wieder: zum Beispiel mit Viola, der »Prinzessin«, die in einer westdeutschen Kleinstadt lebte, bevor sie nach Berlin kam, mit Henrike, Riese und Müller sowie Enno, »der bei der Nationalen Volksarmee gewesen war, als die DDR verschwand und er unerwartet, ohne den Schimmer einer Ahnung, zum Bürger eines anderen Staates wurde, ohne Übersiedlung, überhaupt ohne Bewegung, ohne irgendetwas unternommen zu haben. Er hätte auch nicht gewußt, warum.« (S.12). In den Berichten wird deutlich, daß die Ursachen, warum das Leben der Jugendlichen an irgendeinem Punkt aus der Bahn geraten ist, meist ähnlich sind: katastrophale soziale Verhältnisse und die völlige Unfähigkeit zur Kommunikation in den Familien. Sie kennen Einsamkeit, einige wollten ihrem Leben ein Ende setzen, und doch formulieren sie ähnliche Wünsche und Hoffnungen: eine feste Wohnung, ein interessantes Projekt, an dem sie mitarbeiten können, verlässliche Beziehungen.... »Jede Generation sucht ihren eigenen Weg, rebelliert und provoziert, heißt es. Falsch, denke ich... Nur manche in jeder Generation tun das.« Dieses Buch und die ehrlichen Fotos sind eine Chance, sie kennenzulernen.

MARION KUNZE

Jahresinhaltsverzeichnis 1995

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: China und wir: Chancen für ein Ende der Fremdheit? (Heft 52)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Wann entsteht ein Krieg? Fragen aus Büchern zu den deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen in den zwanziger und dreißiger Jahren (Heft 55)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Die »Weltrevolution« im nächsten Jahrünft. Dokumente zum Komintern-China-Verhältnis 1920-1925 in einem deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekt (Heft 59)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Interview mit Hans-Jürgen Wagener (Heft 61)
- AMZOLL, STEFAN: Interview mit Thomas J. Richter (Heft 57)
- BEHRENS, ROGER: Die Aktualität des Utopischen in der Kunst. Ein Streifzug, verstreute Gedanken zum Form-Inhalt-Problem aufnehmend (Heft 62)
- BERGMANN, THEODOR; Kessler, Mario: Die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Internationale. Geschichte und Bedeutung (Heft 55)
- BLOCH, ERNST: Über Lenin. 1928 (Heft 58)
- BOCK, HELMUT: Utopie und Vermächtnis des Weltbürgers. Zum 140. Jahrestag: Das politische Testament Heinrich Heines (Heft 53)
- BOLLINGER, STEFAN: »Weiter so Deutschland!«? - Auf der Suche nach einer neuen Entwicklungslogik für die Bundesrepublik (Heft 53)
- BRIE, ANDRÉ: Zur Verteidigung von Theorie und Politik sozialistischer Moderne (Heft 61)
- BURMEISTER, HERBERT: Ein Jahr Bürgermeister. Versuch einer Bilanz - nach Tagebuchnotizen (Heft 56)
- BUSCH, ULRICH: Walter, Kerstin: Langfristige Strukturveränderungen und Frauenerwerbstätigkeit im Land Brandenburg (Heft 53)
- CERNY, JOCHEN: Die »Republik Schwarzenberg« - das un/passende Beispiel (Heft 57)
- CHRAPA, MICHAEL: Studierende in Ost und West zum Umgang mit Geschlechterverhältnissen (Heft 53)
- CROME, ERHARD: Nach-Jalta. Einige Anmerkungen zum zweimaligen Umstülpen des internationalen Systems im Verlauf eines Halbjahrhunderts (Heft 56)
- DIETZEL, HORST: Ist der Sozialstaat noch zu retten? (Heft 56)
- DÜMCKE, WOLFGANG; VILMAR, FRITZ: Was heißt hier Kolonialisierung? (Heft 60)
- DWARS, JENS-FIETJE: Feuerbach. Materialien einer verfehlten Revolution (Heft 56)
- EINE DEUTSCHE KARRIERE: Friedrich Panzinger. Protokoll eines Verhörs. (Heft 55)
- FELD, RAIMUND: Das »Volkshelm« am Scheideweg - Die Karriere eines »Modells« mit ungewisser Zukunft (Heft 56)
- FETSCHER, IRING: An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend: Ist der Fortschritt noch zu retten? (Heft 57)
- FISCHER, CRISTINA: Gegen das Sauberschaben des Dunkels (Heft 61)
- GASS, KARL: »Revolution am Telefon«. Erinnerungen an eine Fernsehdokumentation über den 20. Juli 1944 (Heft 60)
- GASZO, FERENC L.: Blühende Geschäfte in öden Landschaften (Heft 59)
- GINGOLD, PETER: Der 8. Mai und das Europa der Resistance - das eigentliche Europa der Zukunft (Heft 55)
- GREEMAN, RICHARD: Victor Serge über Sieg und Niederlage der russischen Revolution (Heft 62)
- GREZKLI, MILLI N.: Hat es Sozialismus gegeben? (Heft 54)
- GRIENIG, REINHARD: Das ist der Gipfel. 50 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen versammeln sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer zur 1. Weltkonferenz für soziale Entwicklung (Heft 53)
- GRIENIG, REINHARD: Prima Klima auf der Titanic? Gedanken zu möglichen Auswegen auf der globalen Zivilisationskrise (Heft 54)
- HAAS, ANGELIKA; LIEBSCH, RENATE: »Für zwei aus den neuen Bundesländern gehts uns super.« Zwei Befragungen einer Ostdeutschen (Heft 58)
- HARDER, JÜRGEN: Zeitgeist als historische Totalrevision. Unzeitgemäßes zu weiner »überraschenden« Begleitmusik (Heft 57)
- HAUSER, HARALD: Aus dem Nachlaß: Gedanken in der Eulenstein, 1988 (Heft 52)
- HECKER, ROLF: Zur Herausgeberschaft des »Kapitals« durch Engels. Resümee der bisherigen Edition in der MEGA (Heft 61)
- HEDELER, WLADISLAW: Wladimir Wernadskis Tagebuchnotizen: Zwischen Schadenfreude und Zorn ... (Heft 51)
- HEDELER, WLADISLAW: Die Schatten der Vergangenheit und der Streit um Rußlands lichte Zukunft (Heft 54)
- HEDELER, WLADISLAW: Moskau zwischen Ostern und 1. Mai (Heft 56)
- HEDELER, WLADISLAW: Die Zähmung der Widerspenstigen. Dokumente über die Sowjetisierung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1929 (Heft 57)

- HEDELER, WLADISLAW: Wahlkampf vor und nach dem Unabhängigkeitstag in Rußland (Heft 59)
- HEDELER, WLADISLAW: Keiner wollte das Aschenputtel sein (Heft 62)
- HEIDER, PAUL: Die NVA im Herbst 1989 (Heft 54)
- HELPER, ANGELA; MÄRKE, ERIKA: Feministische Partei DIE FRAUEN (Heft 58)
- HEUER, UWE-JENS: Zur Geschichte der marxistischen Demokratietheorie (Heft 59)
- HEUER, UWE-JENS: Demokratisierung im heutigen bürgerlichen Staat (Heft 62)
- HÖPCKE, KLAUS: Wie freiwillig wurde, war und bin ich Antifaschist? Was hat meine Gesinnung mit Verordnungen zu tun? (Heft 55)
- HÖPP, GERHARD: Dschihad um Palästina? Zur historischen und aktuellen Rolle des Islam in der palästinensischen Nationalbewegung (Heft 52)
- HOFFMANN, GERD-RÜDIGER: »Wenn ihr nicht seht, was ich sehe, dann sehr ihr: Ich weißle«. »Andorra« von Max Frisch am Theater in Senftenberg (Heft 52)
- HUNDT, MARTIN: »... wie eine Wissenschaft studiert werden.« Bemerkungen zum gegenwärtigen »Engels-Jahr« (Heft 61)
- JACOB, WILLIBALD: Sozialbewegung und Sozialgipfel - unterwegs von Chotanagpur nach Kopenhagen (Heft 56)
- JACOBS, HERMANN: Theorie zwischen den Stühlen. Zur Frage der Disproportionalität von Ware und Geld im Kapitalismus und im Sozialismus. Eine Antwort an Harry Nick (Heft 52)
- KATZENSTEIN, ROBERT: Zur Judenfrage (Heft 52)
- KEBIR, SABINE; SALHI, HOURIA: Algerien zwischen Gewalt und Demokratisierung. Ein Gespräch (Heft 53)
- KESSLER, MARIO; BERGMANN, THEODOR: Die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Internationale. Geschichte und Bedeutung (Heft 55)
- KIEHNBAUM, RITA: Ein dicker Roman. Kein großer (Heft 58)
- KRAWATTE PER FAX (Heft 61)
- KRÜGER, PETER: Von der Biogeochemie zur Noosphäre - die Geochemie als »Denkzeug«. Zum 50. Todestag des russischen Naturwissenschaftlers W.I. Wernadski (Heft 51)
- KUCZYNSKI, THOMAS: Die Aktualität der Altersbriefe von Friedrich Engels im Lichte des Zusammenbruchs des »Realsozialismus« (Heft 62)
- KÜLOW, VOLKER: Der Morgenthau-Plan (Heft 59)
- LAVIGNE, MARIE: Über den Einfluß der EU-Mitgliedschaftsbedingungen auf die Wirtschaften der mitteleuropäischen Länder (Heft 51)
- LIESCH, RENATE; HAAS, ANGELIKA: »Für zwei aus den neuen Bundesländern gehts uns super.« Zwei Befragungen einer Ostdeutschen (Heft 58)
- LÖTZSCH, RONALD: »Links ist da, wo keine Heimat ist« (Heft 54)
- LÖTZSCH, RONALD: Friedrich Engels und die »Staatsnation« (Heft 62)
- MÄRKE, ERIKA; HELFER, ANGELA: Feministische Partei DIE FRAUEN (Heft 58)
- MERKEL-MELIS, RENATE: Friedrich Engels in historisch-kritischer Sicht. Zu Ergebnissen der Arbeit an der MEGA (Heft 61)
- MONETA, JAKOB: Volksfronten sind zum Scheitern verurteilt. Das Beispiel Frankreichs 1934-1938 (Heft 55)
- MORGENSTERN, KARL: Schritte zu einer zukunftsträchtigen Produktions- und Lebensweise. Selbstversorgung - Regionalisierung - Internationalisierung (Heft 54)
- NICOLIC, MILOS: Fünf Jahre Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Ergebnisse, Probleme, Perspektiven (Heft 59)
- NIEDERSTADT, JENNY: Angekommen im westdeutschen Alltag. Frauenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern (Heft 60)
- NIEMANN, HERBERT: Kein Licht im Tunnel. Die wachstumszehrende Wirkung des Zinses und ihre Folgen (Heft 52)
- OKUN, BERND: Die fatale Logik des Beitritts-szenarios. Der Weg aus der Sackgasse (Heft 60)
- PARMALEE, PATTY LEE: Über die Arbeit (Heft 52)
- PAVELCSAK-KISSNE, AGNES: Der Kern des modernen Ost-West-Konflikts in Europa (Heft 59)
- PLENER, ULLA: Kurt Schumacher über Demokratie und Kommunisten. Auf der Suche nach Gründen einer lebenslangen Feindschaft: die zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre (Heft 60)
- REIMANN, GÜNTER: 1945 - Alternativen und Perspektiven (Heft 59)
- RICHTER, THOMAS J. (im Interview mit Stefan Amzoll): »Wir sind mindestens um hundert Jahre zurückgefallen.« (Heft 57)
- SALHI, HOURIA; KEBIR, SABINE: Algerien zwischen Gewalt und Demokratisierung. Ein Gespräch (Heft 53)
- SCHELER, WOLFGANG: Die Irrationalität des Krieges und die NVA im Rahmen des Warschauer Vertrages (Heft 54)
- SCHELER, WOLFGANG: Kriegsideologie - Friedensideologie. Substanz und Gestaltwandel nach dem Kalten Krieg (Heft 56)
- SCHENK, CHRISTINA; SCHINDLER, CHRISTIANE: Mottenkistenfeminismus (Heft 58)
- SCHINDLER, CHRISTIANE; SCHENK, CHRISTINA: Mottenkistenfeminismus (Heft 58)
- SCHÖLZEL, ARNOLD: Engels im Jubiläumsjahr. Eine kurze Zeitschriftenrevue (Heft 61)
- SCHORR, REIMER: Wem nützen die Seehofer-Reformen? (Heft 51)
- SCHRÖTER, URSULA: Die 4. Weltfrauenkonferenz und die ostdeutschen Frauen (Heft 58)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: »Die große Verschwörung« oder: Geschichtsrevisionismus von links (Heft 51)

SEIDEL, HELMUT: Reflexionen über den Utopie-Begriff (Heft 58)

SEPPMANN, WERNER: Philosophie der konkreten Utopie. Zum Gedenken an Leo Kofler (1907-1995) (Heft 60)

SPRÖSSEL, KLAUS-DIETER: Demokratie als Vision und als Realität in der kommunalen Selbstverwaltung der neuen Bundesländer (Heft 56)

SPRÖSSEL, KLAUS-DIETER: Fünf Jahre Deutschland: Retrospektive und Resümee. Das Beispiel Altmark (Heft 60)

STRÜTZEL, DIETER: Anmerkungen zum Brecht-Kolloquium (Heft 51)

SUBKOWA, JELENA JURJEWNA: Sowjetunion: Gesellschaft und Reformen 1945-1964 (Heft 55)

V. TÖRNE, LARS: Die Enteignung der ostdeutschen Öffentlichkeit. Tageszeitungen in den neuen Bundesländern: Vom SED-Zentralismus zur Herrschaft der Großverlage (Heft 60)

TOLSTYCH, V.; GALKIN, A.; LOGINOV, V.; BUZGALIN, A.: Der russische Faschismus im Widerstreit (Heft 52)

TRAVERSO, ENZO: Friedrich Engels und die nationale Frage (Heft 62)

ÜBER WERNADSKI. Aus Zuschriften an Peter Krüger (Heft 57)

VILMAR, FRITZ; DÜMCKE, WOLFGANG: Was heißt hier Kolonialisierung?

WAGENER, HANS-JÜRGEN (im Interview mit Wolfram Adolphi): Die Insel kann Festland werden. (Über die Europa-Universität »Viadrina«.) (Heft 61)

WALTER, KERSTIN; BUSCH, ULRICH: Langfristige Strukturveränderungen und Frauenerwerbstätigkeit im Land Brandenburg (Heft 53)

WEINHOLZ, ERHARD: Das Schwierige, das schwer zu machen ist. Ein paar Überlegungen zur Strategie der sozialistischen Linken (Heft 58)

WEISS, ULRICH: Die geborgte Kraft des Systemkonflikts. Thesen über die Rolle der Arbeiterbewegung und des Real-«Sozialismus» für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation im 20. Jahrhundert (Heft 59)

WEISS, ULRICH: Die menschliche Emanzipation - von der Utopie zur Wirklichkeit. Wir die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft durch klassenungebundene Bewegungen möglich? (Heft 61)

WERNADSKI, W.I.: Brief an W.P. Wolgin, 19. Juni 1950 (Heft 51)

WINKLER, ROSE-LUISE: Wohl eher Zorn! Kritische Anmerkungen zu den Tagebuchnotizen Wernadskis in der Diktion von Wladislaw Hedeler (Heft 57)

WOLF, WINFRIED: Zum Tod Ernest Mandels (1923-1995) (Heft 62)

WURL, ERNST: Die Geschichte der DDR - die Crux von Erleben, Politik und Wissenschaft (Heft 53)

WURL, ERNST: Das subtile, doch unerläßliche Band zwischen Politik und Utopismus. Theoretische Notizen zu einem Problem der Linken (Heft 62)

ZEILINGER, DORIS: Freiheit und Ordnung des Marktes. Eine Perspektive für den organisierten Kapitalismus? (Heft 58)

ZWEI GEHEIMBEFEHLE DER NSDAP (Heft 55)

Konferenzen & Veranstaltungen

ADOLPHI, WOLFRAM: Erquickender Streit um Pufendorf. Bericht über ein Kolloquium »Demokratie und soziale Emanzipation« des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. am 17. Dezember 1994 in Berlin (Heft 52)

BRANGSCH, LUTZ: Für eine grundlegende Wende in der Sozialpolitik - PDS diskutiert Alternativen zur Regierungspolitik (Heft 58)

BRESLER, SIEGFRIED: »Deutsche Emigranten in Moskau - ihr Leben und Schicksal.« 5. Symposium der Heinrich-Vogeler-Gesellschaft (Heft 61)

EHRICH, UTE: NSDAP in Österreich (Heft 52)

FAULAND-WECKMANN, HILDE: Ist Demokratisierung mehr als Parlamentarische Demokratie? - Ein Versuch »von unten«, im politologischen »Weltkongreß« präziser zum Thema zu kommen (Heft 51)

FLECHSIG, STEFFEN: Argentinien auf dem Sprung - aber wohin?

HÖTZEL, MANFRED: »August Bebel - Sozialdemokratische Tradition und Gegenwart«. Podiumsgespräch in Berlin (Heft 56)

HOFFMANN, GERD-RÜDIGER: Der Weltsozialgipfel ist in Sicht, doch wer sieht durch, was das alles soll? (Heft 53)

HOFFMANN, ARNDT: Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen (Heft 51)

HOFFMANN, ARNDT: Der Klima-Gipfel in Berlin - ein hoffnungsloser Fall (Heft 54)

LÖTZSCH, RONALD: Stigma und Normalität. 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation (Heft 59)

JOSEPH, DETLEF: 3. Ostdeutscher Juristentag (Heft 52)

SCHEERER, REINHARD: »Journalisten zwischen Fundamentalismus von links und rechts in Kirche und Gesellschaft« (Heft 59)

SCHÖLZEL, ARNOLD: Tagung der Ernst-Bloch-Assoziation (Heft 51)

SCHÖLZEL, ARNOLD: Utopie einer neuen Demokratie in Deutschland. Kolloquium in Schwarzenberg zur Nachkriegsgeschichte (Heft 57)

Bücher & Zeitschriften

ANNA SEGHERS - eine Biographie in Bildern. Mit einem Essay von Christa Wolf. Hrsg.

- von Frank Wagner, Ursula Emmerich, Ruth Radvanyi (Brigitte Stuhlmacher - Heft 55)
- APITZSCH, URSULA (Hg.): Neurath, Gramsci, Williams. Theorien der Arbeiterkultur und ihre Wirkung (Sabine Kebir - Heft 59)
- ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK: Memorandum '94 (Ulrich Busch - Heft 52)
- BERGMANN, THEODOR; HEDELER, WLADISLAW; KEBLER, MARIO; SCHÄFER, GERT (Hg.): Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive (Andreas Wiesner - Heft 53)
- BETZ, KARL; RIESE, HAJO (Hg.): Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft (Ulrich Busch - Heft 59)
- BINSWANGER, HANS CHRISTOPH; VON FLOTOW, PASCHEM (Hg.): Geld & Wachstum. Zur Philosophie und Praxis des Geldes (Ulrich Busch - Heft 53)
- BOCK, HELMUT; PLÖSE, RENATE (Hg.): Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier (Günter Feudel - Heft 59)
- BRANDENBURGER VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG »ROSA LUXEMBURG« E.V. (Hg.): Befreiung - wovon, wodurch, wofür? Studien zum 8. Mai 1945 (Jörn Schüttrumpf - Heft 61)
- BRODSKI, JEFIM A.: Sabweniju nje podshhit (Der Vergessenheit nicht anheimzufallen) (Ines Mietkowska-Kaiser - Heft 59)
- BUCK-BECHLER, GERTRAUDE; JAHN, HEIDRUN (Hg.): Hochschulerneruerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren (Hans-Jürgen Schulz - Heft 54)
- BÜRGENMEIER, BEAT: Sozioökonomie. Für eine ethische Erweiterung der wirtschaftspolitischen Diskussion (Ulrich Busch - Heft 56)
- BUTTERWEGGE, CHRISTOPH; GRUNDMANN, MARTIN (Hg.): Zivilmacht Europa. Friedenspolitik und Rüstungskonversion in Ost und West (Paul Heider - Heft 59)
- CASSIUS: Der Prozeß gegen Mussolini. Hrsg. u. eingeleitet von Theodor Bergmann und Mike Jones; und: Blinkorn, Martin: Mussolini und das faschistische Italien (Harald Neubert - Heft 54)
- CIPOLLA, CARLO M.: Geld-Abenteuer. Extra vante Geschichte aus dem europäischen Wirtschaftsleben (Ulrich Busch - Heft 57)
- CONRAD, CHRISTOPH; KESSEL, MARTIN (Hg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne (Roger Behrens - Heft 56)
- CZICHON, EBERHARD: Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik (Harald Lange - Heft 58)
- dzis (Gerd Kaiser - Heft 51)
- DUCHROW, ULRICH: Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie (Arndt Hopfmann - Heft 52)
- DUX, GÜNTER: Die Spur der Macht im Verhältnis der Geschlechter (Ulf Grieger - Heft 53)
- DWARS, JENS-FIETJE; STRÜTZEL, DIETER; MIETH, MATIAS: Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss (Arnold Schölzel - Heft 60)
- ELSÄSSER, JÜRGEN: Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland (Robert Katzenstein - Heft 57)
- FALIN, VALENTIN: Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition (Stefan Bollinger - Heft 60)
- FALKNER, THOMAS: Absturz in die Marktwirtschaft (Ulrich Busch - Heft 51)
- FALTIN, GÜNTER; ZIMMER, JÜRGEN: Reichtum von unten. Die neuen Chancen der Kleinen (Ulrich Busch - Heft 60)
- FOWKES, BEN: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa (Stefan Bollinger - Heft 62)
- GALLAS, ANDREAS: Politische Interessenvertretung von Arbeitslosen (Friedhelm Wolski-Prenger - Heft 52)
- GRANSOW, BETTINA; LI HANLIN: Chinas neue Werte. Einstellungen zu Modernisierung und Reformpolitik (Wolfram Adolphi - Heft 57)
- GRUNERT, HORST: Für Honecker auf glattem Parkett (Carmen Schwitter - Heft 57)
- HOFFMANN, THEODOR: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich (Ulrich Weiss - Heft 55)
- HUFFSCHMID, JÖRG: Wem gehört Europa? Bd. 1 Wirtschaftspolitik in der EG, Bd. 2 Kapitalstrategien (Arndt Hopfmann - Heft 54)
- JUCHLER, JAKOB: Osteuropa im Umbruch (Arndt Hopfmann - Heft 51)
- KLAUS, MANFRED; RÖSSEL, UWE-JENS; BISCHOFF, JOACHIM (Hg.): Bürgernahe Kommunalpolitik - Handreichung für aktive BürgerInnen (Wolfram Friedersdorff - Heft 58)
- KOCH, MAX: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft. Theoretische Diskussion und empirische Analyse (Horst Hartmann - Heft 58)
- KOWALCZUK, ILKO-SASCHA (Hg.): Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft (Walter Schmidt - Heft 51)
- KRESCHNAK, HORST: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus (Arndt Hopfmann - Heft 61)
- Krisis Nr. 14 - beiträge zur kritik der waren-gesellschaft (Gerd Bedszent - Heft 56)
- LANDAUER, GUSTAV; MAUTHNER, FRITZ: Briefwechsel 1890-1919, bearb. v. Hanna Delf, hrsg. v. Hanna Delf und Julius Schoeps (Roger Behrens - Heft 53)
- LAVIGNE, MARIE (Ed.): Capitalismes a l'Est. Un accouchement difficile (Gunther Kohlmeier - Heft 60)
- LEGGEWIE, CLAUD: Die 89er - Porträt einer Generation (Stefan Bollinger - Heft 61)
- LÜKEN, MATHILDE (GENANNT KLABEN): Währungskonkurrenz und Protektion. Peripherisierung und ihre Überwindung aus

- geldwirtschaftlicher Sicht. Studien zur monetären Ökonomie, Bd. 12 (Arndt Hopfmann - Heft 58)
- MANDELA, NELSON: Der lange Weg zur Freiheit (Hanna Ndlovu - Heft 59)
- MANOSCHEK, WALTER: »Serbien ist judenfrei«. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42 (Martin Seckendorf - Heft 61)
- MARXISMO OGGI; und: Rivista dell'Associazione Culturale Marxista (Harald Neubert - Heft 56)
- MAUS, INGBORG: Zur Aufklärung der Demokratie (Sabine Kebir - Heft 51)
- MIEGEL, MEINHARD; WAHL, STEFANIE: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst (Ulrich Busch - Heft 62)
- MÜLLER-MADEJ: Das Mädchen von der Schindler-Liste. Aufzeichnungen einer KZ-Überlebenden (Robert Katzenstein - Heft 56)
- NARR, WOLF DIETER; SCHUBERT, ALEXANDER: Weltökonomie. Die Misere der Politik (Arndt Hopfmann - Heft 55)
- NIETHAMMER, LUTZ (Hg.): Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente (Klaus Drobisch - Heft 55)
- NOLTE, DIRK; SITTE, RALF; WAGNER, ALEXANDRA (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands. Eine Bilanz (Ulrich Busch - Heft 61)
- NORTH, MICHAEL: Das Geld und seine Geschichte (Ulrich Busch - Heft 54)
- PASTERNAK, PEER (Hg.): IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive (Hans-Jürgen Schulz - Heft 57)
- PIRKER, THEO; LEPSIUS, M. RAINER; WEINERT, RAINER; HERRTLE, HANS-HERMANN: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen (Arndt Hopfmann - Heft 60)
- PODBERSKIN, A.I. u.a. (Hg.): Der unbekannteste Ruzkoj: Ein politisches Porträt (russ.); und: Dobrochotov, L.N. u.a. (Hg.): Jelzin - Chasulatov: Einheit, Kompromiß, Kampf (russ.); und: Jelzin, Boris: Aufzeichnungen des Präsidenten (russ.) (Wladislaw Hedeler - Heft 51)
- POLIS (Gerd Kaiser - Heft 54)
- PROKLA 1995, Heft 100 (Arndt Hopfmann - Heft 62)
- REICH, ROBERT B.: Die neue Weltwirtschaft (Ingo Schmidt - Heft 51)
- REIMANN, GÜNTER: Berlin-Moskau 1932. Das Jahr der Entscheidung (Stefan Bollinger - Heft 53)
- RICHERT, JOCHEN (Hg.): Subjekt und Organisation. Neuorientierung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (Friedhelm Wolski-Prenger - Heft 57)
- RICHTER, HORST-EBERHARD: Wer nicht leiden will, muß hassen; und: Ders.: Umgang mit Angst (Reinhard Grienic - Heft 51)
- RÖD, WOLFGANG: Der Weg der Philosophie (Hermann Klenner - Heft 51)
- RIESEBERG, HANS JOACHIM: Arbeit bis zum Untergang. Die Geschichte der Naturzerstörung durch Arbeit (Stefan Bollinger - Heft 55)
- SAAGE, RICHARD: Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant (Hermann Klenner - Heft 62)
- SANA, HELENO: Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg (Arnold Schölzel - Heft 60)
- SHAHAR (Heinz Behling - Heft 54)
- SCHERER, KLAUS-JÜRGEN; WASMUTH, ULRIKE C. (Hg.): Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar (Arnold Schölzel - Heft 53)
- SCHREINER, OTMAR: Arbeit für alle? Wege aus der Arbeitslosigkeit (Friedhelm Wolski-Prenger - Heft 56)
- SEIDEL, HELMUT: Spinoza zur Einführung (Gottfried Stiehler - Heft 52)
- STRECKER, OTTO A.: Der Wandel ökonomischer Systeme: Entwicklung und Transformation aus monetärer Sicht an den Beispielen Thailands und Ungarns (Ulrich Busch - Heft 55)
- STREHLE, RES: Wenn die Netze reißen. Marktwirtschaft auf freier Wildbahn (Arndt Hopfmann - Heft 53)
- VERSTER, MICHAEL; HOFMANN, MICHAEL; ZIERKE, IRENE (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. (Ulrich Busch - Heft 58)
- VOLKOV, SHULAMIT: Die Juden in Deutschland 1780-1918. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 16 (Robert Katzenstein - Heft 53)
- WECHSELWIRKUNG 1995, Heft 75 (Gerd Bedtzent - Heft 62)
- WENDE, MICHAEL: Metaphysik und Mensch. Das System der Philosophie von Hegel und die Eröffnung der Möglichkeit des Menschen (Holger Förster - Heft 56)
- WENZKE, RÜDIGER: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung. Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 5 (Stefan Bollinger - Heft 58)
- WIDER DIE RESIGNATION DER LINKEN. STIMMEN GEGEN ANTIKOMMUNISMUS, KONTERREVOLUTION UND ANNEXION. Mit einem Geleitwort von Heinz Kamnitzer /Reinhard Scheerer - Heft 52)

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugs halber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hier von unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI,
ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), MARION KUNZE,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF
Hrsg: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
unter Vorsitz von GUNTHER KOHLMHEY
und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführer: OLAF WITTKÉ
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-28409561)
Druck: Tribüne Druck GmbH, Am Treptower
Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a, 13156
Berlin (Tel.: 030-4764527)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00